

Stenographisches Protokoll.

77. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Donnerstag, den 15. Dezember 1921.

Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Urlaubserteilung (Seite 2683).

Beschriften der Bundesregierung.

Betreffend die Gesetzentwürfe:

1. über Maßnahmen zur Hintanhaltung einer Schmälerung der inländischen Steuerbemessungsgrundlagen (Steuerficherungsgesetz vom Jahre 1921) (663 der Beilagen [Seite 2745] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 2746]);
2. betreffend die Ergänzung der Bestimmungen über die Voreinzahlung der direkten Steuern (zweites Steuervoreinzahlungsgesetz) (664 der Beilagen [Seite 2745] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 2746]);
3. über einige Änderungen des IV. Hauptstückes des mit Kundmachung vom 13. Mai 1921, B. G. Bl. Nr. 275, wiederverlautbarten Personalsteuergesetzes (665 der Beilagen [Seite 2745] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 2746]).

Vorlage der Bundesregierung.

Zuweisung von 662 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 2745).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (594 der Beilagen), betreffend das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1922 (628 der Beilagen — Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppen: XI „Land- und Forstwirtschaft“ und XVI „Volksernährung“ — Redner: die Abgeordneten Witternigg [Seite 2683], Klug [Seite 2686], Falle [Seite 2689], Wimmer [Seite 2694], Forstner [Seite 2696], Weigl [Seite 2697], Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Hennet [Seite 2700], die Abgeordneten Laimer [Seite 2705], Niedrist [Seite 2706], Freundlich [Seite 2710], Haneis [Seite 2717], Spezialberichterstatter zu Gruppe XI „Land- und Forstwirtschaft“ Eichenhut [Seite 2718] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2719] — Spezialdebatte über die

Gruppen XII: „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“ und XVIII „Sozialisierung“ — Redner: Spezialberichterstatter zu Gruppe XII „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“, Kapitel 21 und Kapitel 22 „Handel, Gewerbe, Industrie“ Partik [Seite 2719], Spezialberichterstatter zu Kapitel 23 „Bergwesen“ Dr. Schürff [Seite 2720], Spezialberichterstatter zu Kapitel 24 „Bauten“ Dr. Odehnal

[Seite 2722], Spezialberichterstatter zu Gruppe XVIII „Sozialisierung“ Dr. Angerer [Seite 2723], die Abgeordneten Scheibin [Seite 2724], Lump [Seite 2726], Strunz [Seite 2728], Johann Gärtler [Seite 2730], Zwanzger [Seite 2732], Dr. Reibler [Seite 2735], Bösch [Seite 2742] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2744].

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Reiß**, dritter Präsident
Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Sever**, **Bösch**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus:
Breisky.

Bundesminister: Dr. **Waber** für Inneres und Unterricht, Dr. **Gürtler** für Finanzen, Dr. **Pauer** für soziale Verwaltung, Dr. **Grünberger** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und Leiter des Bundesministeriums für Volksernährung, Dr. **Hennet** für Land- und Forstwirtschaft, Dr. **Rödler** für Verkehrswesen, **Wächter** für Heereswesen.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Dem Herrn Abgeordneten **Altenbacher** habe ich einen zehntägigen Urlaub erteilt.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag, und zwar der Gruppen XI: „Land- und Forstwirtschaft“ und XVI: „Volksernährung“.

Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten **Witternigg** das Wort.

Abgeordneter Witternigg: Hohes Haus! Seit mehr als zwanzig Jahren weht über dem Ackerbauministerium die grüne Fahne. Seit Ebenhoch, Auersperg, Hohenblum, dem damaligen Bauernführer, ist das Ackerbauministerium im Besitz der christlichen Bauern. (Zwischenruf.) Seitdem die grüne Fahne weht, sollte in Österreich die Landwirtschaft gehoben werden, es sollte für alle die, die im Bauernstand, in der Agrikultur beschäftigt sind, ein anderer, besserer Zustand herbeigeführt werden. Wir haben nun, obwohl die Agrarier das Ackerbauministerium erobert hatten, gesehen, daß auch sie immer die Interessen des Großgrundbesitzes und des Großagrarierturns in den Vordergrund gestellt haben. Wir erinnern uns an die Zollpolitik des Führers Hohenblum, an alle jene Kämpfe im alten Parlament, die damals unter der grünen Flagge geführt worden sind. Wenn wir nun den Übergang von der alten Monarchie zur Republik

ins Auge fassen, so sehen wir auf der Ministerbank der Republik als ersten Minister für Land- und Forstwirtschaft den ehemaligen Staatssekretär Stöckler. Der ehemalige Staatssekretär Stöckler hat bei seinem Antritt die Erklärung abgegeben: Nun wird mit der alten Agrarpolitik gebrochen, die Grafenherrschaft hat ein Ende, von nun an ist die wirkliche Bauernpolitik inauguriert. Wir werden das Bestreben haben, in anderer Form die Land- und Forstwirtschaft zu heben — Bruch mit der alten Zeit! Wie hat der ehemalige Staatssekretär Stöckler seine Erklärung in die Wirklichkeit umgesetzt? Was hat er getan? Wir haben zwar keine Grafen- und keine Fürstenpolitik mehr gesehen, aber wir haben den Schutz des Großagrarierturns unter der Führung Stöckler in der republikanischen Zeit genau so wahrgenommen wie früher. Der Herr Abgeordnete Stöckler hat sich als Staatssekretär in den ersten Monaten nach der Revolution dazu emporgeschwungen, eine Erklärung abzugeben, auch die Agrarier wären bereit, der Zeit Rechnung zu tragen, indem sie an die Spezialisierung der Forstwirtschaft denken. Er war sogar so weit gegangen, daß er dem Rechnung tragen wollte, ist aber dann von diesem Gedanken abgekommen und bis zum heutigen Tage ist dieser Gedanke aus dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft verschwunden. Die wirkliche Bauernpolitik, die er zu betreiben versprochen hat, hat davon ihren Ausgangspunkt genommen, daß die Agrarier in der Republik die Freihandelspolitik aufgenommen haben.

Eine Fortsetzung der Freihandelspolitik der früheren Zeit hat nun das Agrarierturn in Österreich zu seiner Plattform gemacht. Während man früher in der Zollpolitik die Zollgrenzen aufgerichtet hat, ist man jetzt daran gegangen, den freien Handel einzuführen, alle Maßnahmen, die in der Not des Krieges geschaffen worden sind, niederzureißen und es ist Ihnen tatsächlich gelungen, diese Politik mit Erfolg zu führen. Sie haben heute die freie Getreidebewirtschaftung, Sie haben den freien Viehverkehr, Sie haben den freien Geldverkehr, Sie haben eine Reihe von Maßnahmen des freien Handels tatsächlich durchgesetzt. Es ist nur die Frage offen, ob mit dieser Politik dem Staate und der übrigen arbeitenden Bevölkerung gedient war. Diese Politik war eine sehr einseitige Interessenpolitik für die Agrarier und diese einseitige Politik haben Sie bis zum heutigen Tage verfolgt und sind auch heute noch bestrebt, sie aufrechtzuerhalten. Obwohl Ihnen aus fachlichen Kreisen dargelegt und begründet

wurde, daß diese Politik der Bevölkerung zum Schaden gereicht, haben Sie unentwegt die Interessen der Produzenten in den Vordergrund gestellt und verfolgt. Auf der anderen Seite haben Sie den Jagdherrn den Schutz der Forste angedeihen lassen. Man war der Meinung, in der republikanischen Zeit werde den Kleinhäuslern, den Bauern geholfen werden; aber wir haben gesehen, innerhalb der drei Jahre der Republik, wo Sie das Ackerbauministerium vollständig beherrschten und jederzeit mit Ihrem Manne besetzt haben, haben Sie jede Maßnahme, die zum Schutze des Kleinbauern notwendig gewesen wäre, hintertrieben oder verflechtet. Hingegen haben Sie den Großbauern Schutz in weitestem Maße zuteil werden lassen.

Wir haben ferner in diesem hohen Hause eine sehr wichtige Erscheinung wahrgenommen. Als die Verfassung der Republik in Verhandlung stand, war es das Bestreben der agrarischen Kreise, daß der größte Teil der agrarischen Angelegenheiten aus diesem Hause in die Landtage verlegt werde. Sie haben es durchgesetzt, daß die Agrarfrage in den wichtigsten Dingen in den Landtagen zur Verhandlung kommt. Wir haben nun auch ihre Tätigkeit in den Landtagen beobachten können. Was haben wir nun da wieder gesehen? In den Landtagen wurde dieselbe Politik weitergeführt, wie in diesem hohen Hause: Schutz den Großbauern, Schutz den Jagdherrn und Besitzern von Forstdomänen. Die arbeiterfeindliche Politik gegenüber der Landarbeiterschaft! Wir haben das kennen gelernt, als im Vorjahre die Landarbeiterordnungen in den Landtagen zur Verhandlung standen; da wurden alle Maßnahmen und Vorschläge, die der Hebung der sozialen Lage des Landarbeiters gedient hätten, von den Agrariern niedergestimmt und man hat alles unternommen, um den Landarbeiter in dem alten Unrecht zu belassen, ihm ja keine Freizügigkeit zu verschaffen.

Wenn wir nun den Gang der Politik in der Landwirtschaft weiter verfolgen, wenn wir uns gegenwärtigen, wer den eigentlich die Führer der landwirtschaftlichen Organisationen sind, der Bauern sowohl wie der Landarbeiter, so sehen wir, daß die Führer zumeist nicht Bauern sind. Wenn sich auch im Parlament einige Abgeordnete als Bauernführer deklarieren, so wissen wir ganz genau, daß in Wirklichkeit die Führer der Bauernorganisationen hohe Geistliche oder Advokaten und in den meisten Fällen Gastwirte sind. An der Spitze der Landarbeiterorganisationen finden wir meistens einen Kooperator oder sonst einen geistlichen Herrn. Wo immer wir hinkommen, in Oberösterreich wie in Salzburg oder Tirol, sehen sie Geistliche als Führer. Und wenn Sie sich der Mühe unterziehen, nachzusehen, wer die Zeitschriften, die für die Bauern geschrieben werden, schreibt, so finden Sie in den meisten Fällen, daß

Geistliche die Schriftsteller für die agrarischen Zeitschriften sind. *(Zwischenrufe)*.

Die Bauern sind am Gängelbunde der hohen Geistlichkeit, der Advokaten und Gastwirte. Sie haben die Bauern auf diese Weise in der Hand und das Bestreben ihrer Parteipolitik geht nicht dahin, die Landwirtschaft wissenschaftlich zu heben, die Erziehung und Schulung der agrarischen Kreise zu fördern, sondern den Bauer und den Landarbeiter im patriarchalischen Zustande zu erhalten und dafür zu sorgen, daß alle Angehörigen der Landbevölkerung gute Söhne der Kirche bleiben. *(Rufe: Bravo! Sehr gut!)* Von dem neuen Geist der Zeit aber, sei es im Erziehungswesen, sei es in der Schulung der Landarbeiter, schließen Sie sich hermetisch ab. Und wenn Sie schon irgendwo eine Erziehungsanstalt für die Landwirtschaft errichten, so werden Sie an der Spitze eines solchen Instituts wieder einen geistlichen Herrn sehen.

Der heutige Zustand in der Landwirtschaft gleicht genau dem, der vor 50 Jahren in Handel, Gewerbe und Industrie bestand. Damals herrschten auch dort patriarchalische Verhältnisse. Der Geselle war beim Meister in Kost und Quartier, er war dort ein Familienmitglied, der Meister hatte für sein Wohl und Wehe zu sorgen. Der Geselle hatte keine Krankenversicherung, keine Unfallversicherung, kein Recht auf irgendeinem Gebiet, er war in dem gleichen Verhältnis wie heute der Landarbeiter. Wie aber dieser Zustand im Handel, Gewerbe und Industrie verschwunden ist, so werden wir auch die heutigen Verhältnisse in der Landwirtschaft schwinden sehen. Dieser Übergang ist eine Erscheinung der sozialen Entwicklung, die Sie nicht hemmen und nicht hindern werden.

Wie war es denn vor 50 Jahren bei den Arbeitern? Aber wir brauchen gar nicht so weit zurückgehen, noch vor 20 und 30 Jahren sehen wir den Arbeiter hilflos und rechtlos. Er hat sich in den siebziger Jahren, aus eigener Kraft unter den schwierigsten Verhältnissen Berufsorganisationen geschaffen und der schwere Kampf bis zur heutigen freien Gewerkschaft war um die Rechte geführt, die ihm vorenthalten worden sind. So lange im alten Österreich die privilegierten Stände in diesem hohen Hause die Macht innegehabt haben, war es außerordentlich schwer, irgendein soziales Recht für den Arbeiter zu erstreiten. Es ist anders geworden. Der Geist der Zeit ging vorwärts und der Arbeiter in der Industrie, im Handel und Gewerbe ist zu einem geschulten, qualifizierten, erstklassigen Arbeiter emporgestiegen. Darum hat heute die Industrie, darum hat der Handel Weltruf. Warum blickt man heute mit Stolz auf verschiedene Industrien in unserer Republik? Ich erwähne hier die Galanterieindustrie in Wien. Die Galanteriearbeiter bilden in der ganzen Welt eine erstklassige qualifizierte

Arbeitskraft. Sie sind erstklassige Menschen. Wie war es vor dreißig und fünfzig Jahren? Da waren sie, ebenio wie heute die Landarbeiter, rechtlos und in schlechten sozialen Verhältnissen. Heute sehen Sie diese Arbeiter als freie, erstklassig qualifizierte Arbeiter, als Staatsbürger mit gleichen Rechten in der Arena im Kampf um höhere Kulturgüter stehen. Dasselbe ist in der Metallindustrie, in der Holzindustrie und in anderen Berufen der Fall. Ich erwähne hier weiters die Konfektionsindustrie. Sie hatten im heurigen Jahr Gelegenheit, die Frucht des geschulten Arbeiters auf der Wiener Messe anschaulich zu sehen. Wer hat diese schönen, kunstvollen und künstlerischen Sachen geschaffen? Der rückständige Arbeiter oder der erstklassige, qualifizierte? Der qualifizierte Arbeiter, der durch die freie Gewerkschaft dazu geworden ist, der um seine Ausbildung gekämpft hat, der gekämpft hat um das Fortbildungswesen, um das Gewerbeschulwesen, um die Verbesserung während der Lehrzeit, damit er in der Lehrzeit nicht als Mädchen für alles verwendet werde, sondern in der drei- bis vierjährigen Lehrzeit etwas lerne und aus der Lehrzeit als qualifizierter Arbeiter hervorgehe. *(Abgeordneter Edlinger: Das sind Lehrlinge aus der alten Zeit! Wir werden sehen, was die Lehrlinge können, die heute lernen!)* Um die, verehrter Herr Kollege, kümmern wir uns ebenso wie um die andern. Wir sind bestrebt, daß das Schul- und Erziehungswesen für die gewerbliche Jugend in der heutigen Zeit ebenso ausgebaut werde wie in der Vergangenheit. Der Weltruf, den unsere Industrie, unser Handel und Gewerbe genießen, ist nur aufgebaut auf den qualifizierten Arbeitskräften, die in diesen Berufen tätig sind.

Warum hat die Landwirtschaft in der Schweiz und in den nordischen Staaten Weltruf? Wenn Sie hier tiefer blicken, werden Sie darauf kommen, daß die Landwirtschaft in diesen Staaten deshalb einen Weltruf hat, weil dort eine jahrzehntelange Schulung der agrarischen Bevölkerung vorausgegangen ist. In der Schweiz haben wir eine mehrhundertjährige Erziehung der agrarischen Bevölkerung. Solange sich bei uns die agrarische Bevölkerung im Dunstkreis der Kirche befindet, solange bei uns die katholische Geistlichkeit und die Mächte, die heute die Bauern in der Hand haben, jedes Bestreben der Schulreform hintertreiben, so lange wird bei uns ein hochqualifizierter Arbeiter in der Landwirtschaft nicht sein. Es ist daher von Ihrem Standpunkt aus ein Irrtum, wenn Sie sich gegen jede schulreformatorische Bestrebung zur Wehr setzen. *(Abgeordneter Edlinger: Unsere Priester sind dafür, daß Schulen gegründet werden! Dazu brauchen wir Subventionen! Gestern hat sich aber der Herr Schneidmadl gegen die Subventionen ausgesprochen!)* Nicht durch Subventionen werden qualifizierte Arbeiter herangebildet, sondern durch emsige

eigene Arbeit, durch schwere Arbeit. Verkennen Sie ja nicht, geehrter Herr Abgeordneter, daß die Erziehungsarbeit bei den Arbeitern, die durch 30 Jahre hindurch geleistet wurde, etwa leicht gewesen ist. Die vielen Hunderte und Tausende von Vorträgen aller Art, sei es über Volkswirtschaft, sei es über Staatswissenschaft, sei es über welche Materie immer, die dort nach 10- bis 12stündiger Arbeitszeit stattfanden, haben mit dazu beigetragen, daß wir diese qualifizierten Arbeiter haben.

Ich verkenne nicht, daß es auch geistliche Herren gibt, die eheliche Bestrebungen haben. Aber der Kern und das Wesen bleibt immer, daß jedes schulreformatorische Bestreben von Ihrer Partei hintertrieben wird. Wenn wir für die Ausdehnung der Schulzeit und dafür eintreten, daß jedes Kind bis zum 14. Lebensjahre die Schule besucht, so kommen Sie, meine Herren, aus den Recken der Agrarier, und sagen: Wir brauchen Schulbeihilfen-erleichterungen für die Kinder von 12, 13 und 14 Jahren. Sie nehmen diesen Kindern die zur Erziehung notwendige Zeit weg. Wenn wir verlangen, daß auch das Kind des Bauern und Landarbeiters vollauf seine Schulzeit absolvieren soll, wie das Kind des Arbeiters in der Stadt, so sind wir dadurch nicht Feinde Ihrer Partei, sondern wir sind nur bestrebt, aus dem Nachwuchs der agrarischen Bevölkerung qualifizierte Menschen, geschulte und hochstehende Menschen zu machen. Das sind unsere Bestrebungen und Sie fallen uns da immer in den Rücken und denken dabei immer ganz anders, als es in Wahrheit ist. Der Weltruf der Landwirtschaft der nordischen Staaten und der Schweiz beruht eben in der Erziehung und Schulung der dortigen agrarischen Bevölkerung.

Wenn gestern der Abgeordnete Bösch gesagt hat, er blicke mit Reid nach der Schweiz hinüber, immer sei ihm die Schweiz vor Augen, so ist der Reid, der da zum Ausdruck kommt, berechtigt. Tatsächlich steht in der Schweiz und ebenso in den nordischen Staaten die Landwirtschaft auf einem höheren Niveau, dort sind aber auch die Volksschulen, die Volksuniversitäten, die Erziehungsanstalten ganz andere als bei uns. Das ist nicht erst von heute so, sondern schon seit Jahrzehnten. Und wenn wir in Österreich irgendeine Anregung auf diesem Gebiete machen, wenn wir irgendeinen Antrag einbringen, der darauf fußt, daß wir die kulturelle Hebung auf diesem Gebiete wünschen, so erblicken Sie darin immer das Streben, daß wir die Landbevölkerung sozialistisch erfassen wollen. Durch Ihre Politik erzeugen Sie gerade das Gegenteil, durch Ihre arbeiterfeindliche Politik hier im Hause und in den Landtagen, wo Sie in die Landarbeiterordnungen überall den Geist hineintragen: Nur kein Recht diesen Arbeitern. *(Widerspruch. — Abgeordneter Edlinger: Das ist nicht wahr!)* Bitte, wir

haben die Debatten im oberösterreichischen Landtag, im steirischen Landtag und im Salzburger Landtag über die Landarbeiterordnungen gehabt und wir könnten Ihnen aus den Protokollen konkrete Beweise dafür vorlegen, welche diesen Geist bestärken.

In der jüngsten Zeit ist den Landtagen überall die Vorlage über die Bauernkammer zugegangen. Da zeigt sich dieser Geist wieder klar und deutlich. In die Bauernkammer wollen sie als fünftes Rad am Wagen den Landarbeiter einfügen, wollen ihn unter die Vormundschaft des Großbauern stellen, wollen ihm jedes Recht nehmen. Ja, meine Herren, wenn Sie mit einem so unzialem Geist arbeiten, werden Sie von selbst . . . *(Abgeordneter Edlinger: Wer hat denn das landwirtschaftliche Krankenversicherungsgesetz so lange verhindert? Ihre Partei ist es gewesen!)* Das gerade Gegenteil ist Wahrheit. Als Abgeordneter Hanusch auf der Ministerbank saß und bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes auch die Ausdehnung auf die Landarbeiter forderte, da waren Sie eifrig bestrebt, ja nicht auch für den Landarbeiter dasselbe Recht zu schaffen, das durch das Gesetz für den Industriearbeiter geschaffen worden ist. Sie haben dieses Recht bei den Großbetrieben, beim Großgrundbesitz verhindert. Warum? Warum haben Sie sich gefürchtet, daß das Betriebsrätegesetz auch bei dem Großgrundbesitz, bei den Großbetrieben eingeführt wird. Weil sie der Meinung gewesen sind, daß dadurch der Weg geöffnet wird für die sozialistische Weltanschauung, für die sozialistische Organisation. Wir waren uns dessen bewußt, daß der Großteil der landwirtschaftlichen Arbeiter noch lange nicht sozialistisch ist und wenn Sie unserer Forderung zugestimmt hätten, so wären sicherlich sehr viele Betriebsräte nicht Sozialdemokraten, sondern Christlichsoziale gewesen. Trotzdem haben Sie es verhindert, trotzdem haben Sie mit allen Mitteln dagegen gekämpft und haben die Bestrebungen des Staatssekretärs Hanusch hintertrieben.

Wenn Sie die Landwirtschaft heben wollen, dann müssen Sie mit dem Geist der alten Zeit vollständig aufräumen. Sie müssen in der Landwirtschaft den neuen Zeitgeist einziehen lassen, Sie müssen für den Landarbeiter soziales Verständnis haben. Solange Sie aber den Landarbeiter zu einer Arbeitszeit von 16 Stunden zwingen, solange Sie dem Landarbeiter keinerlei Rechte einräumen, solange Sie den Landarbeiter unter die Herrschaft der Geistlichkeit stellen, so lange werden Sie das Gegenteil erreichen von dem, was sie erreichen wollen. Die Landarbeiter fliehen deshalb Ihre Produktionsstätten und gehen eben dorthin, wo sie bessere Rechte haben. Hier will ich ein konkretes Beispiel anführen. Wir haben im Lande Salzburg ein großes Werk im Bau, das Stubachkraftwerk. Dieses

Stubachkraftwerk ist mitten in einem großen agrarischen Gebiete. Die dortigen Bauern haben sich nun an die Behörden gewendet, sie mögen irgendwelche Maßnahmen treffen, damit die Landarbeiter nicht zu diesem Bau gehen. Sie wollen die Zuwanderung der Landarbeiter zu diesem Bau hemmetisch abschließen, weil die Landarbeiter bei diesem Bau zum erstenmal etwas sehen, was ihnen Vorteile bringt, bessere Arbeitszeit, eine andere Einschätzung ihrer Arbeitskraft, eine andere Entlohnung. Eine Stunde vom Kraftwerk entfernt sind die bäuerlichen Betriebe. Dort herrscht ein patriarchalisches Verhältnis wie im Mittelalter, dort herrscht die Rechtlosigkeit, dort sieht der Landarbeiter anschaulich den Unterschied zwischen seiner sozialen Stellung und jener seines Kollegen, der auch nichts anderes als seine Arbeitskraft verkauft, die aber doch anders gewertet und eingeschätzt wird, als jene des Landarbeiters.

Der Landflucht werden Sie nur dadurch begegnen können, daß Sie die soziale Beziehung für die Landarbeiter inaugrieren, daß Sie durch die Tat beweisen, daß Sie sozial denken. Bisher haben Sie diese Taten nicht gezeigt und nicht bewiesen, bisher haben Sie überall einen sozialfeindlichen Geist an den Tag gelegt und diese Handlungen werden Ihnen einst zum Schaden werden. Wollen Sie die Hebung der Landwirtschaft, dann brechen Sie mit dieser Ansicht und machen Sie den Landarbeiter zu einem Arbeiter mit den gleichen Rechten, wie sie der Industriearbeiter hat! Wenn Sie das machen, dann wird so wie Handel, Gewerbe und Industrie auch die Landwirtschaft zu einem Welt-rufe kommen. Solange Sie aber mit dem Geiste der Vergangenheit in der neuen Zeit ihr Auskommen zu finden glauben, werden Sie Schiffbruch leiden. *(Beifall.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Klug.

Abgeordneter Klug: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Herren Vorredner aus allen drei Parteien haben sich in ihren Ausführungen beim Kapitel „Landwirtschaft“ auf einer Plattform getroffen, indem sie alle erklärten, ihr Ziel sei die Hebung der Landwirtschaft und damit die intensive Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Wir Vertreter der Landwirtschaft haben das allermeiste Interesse daran, weil wir die unmittelbar Beteiligten sind. Aber auch die Allgemeinheit hat ein Interesse an der Hebung der Landwirtschaft, weil dies die ganze Volkswirtschaft fördert.

Als ein Mittel zur Hebung der Produktion in der gesamten Landwirtschaft wurden die Meliorationen, Flußregulierungen und dergleichen bezeichnet. Der Herr Abgeordnete Schneidmahl hat gestern

zu diesem Kapitel gesprochen. Seine Ausführungen waren sonst ganz sachlich, nur mit einem Satze kann ich nicht einverstanden sein. Er meinte nämlich, die Hebung der Landwirtschaft dürfe nicht auf dem Wege von Subventionen erfolgen, die Meliorationen müßten aus privaten Mitteln durchgeführt werden. Wir sind ganz einverstanden damit, daß keine Subventionen erteilt werden, aber dann müssen wir auch in Erwägung ziehen, ob es möglich ist, diese Aktionen, die so unbedingt notwendig wären, auf privatem Wege durchzuführen. Es gibt viele Gemeinden und Bezirke, in denen die Grundbesitzer wirtschaftlich schwach sind. Kann man von diesen kleinen Besitzern, die kaum ihre eigenen Baulichkeiten, wie Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude instand halten können, verlangen, daß sie noch die Mittel für solche Meliorationen, Flußregulierungen und dergleichen aufbringen? Das ist wohl ganz und gar unmöglich. Daher ist eine Debatte über dieses Kapitel zwecklos und es ist schade um jede Minute und Stunde, die man darauf aufwendet. Es ist nur leeres Stroh dreschen, denn zum Schlusse kommt doch nichts heraus. Wir wollen gewiß keine Geschenke vom Staate und der Öffentlichkeit, aber wir verlangen, daß die Landwirtschaft auf eine solche Höhe gebracht werde, daß sie auch imstande ist, die Ertragssteuern aus dem Bodenertrag zu entrichten. Diese Subventionen fließen ja dem Staate wieder zurück. Der Staat leiht sozusagen dieses Geld nur der Landwirtschaft und es hat nicht bloß der Private, der Landwirt, davon einen Nutzen, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wohl alle Parteien einsehen, daß in diesem Falle Subventionen nicht zwecklos sind und daher gewährt werden müssen.

Solche Aktionen erfordern bekanntlich ausreichende Geldmittel und der Herr Abgeordnete Schneidmader darf sich daher nicht darüber aufregen. Denn im Voranschlag sind gewiß keine großen Summen für dieses Kapitel vorgesehen. Für Entwässerungen und Flußregulierungen, für das ganze Meliorationswesen überhaupt sind nur 426 Millionen eingelegt. Von diesen 426 Millionen kommen 340 Millionen für Unterstützungen anlässlich der Hochwasserschäden in Abzug. Hochwasserschäden, Wetterkatastrophen und Elementarereignisse kommen ja alle Jahre in hinreichender Menge vor, man darf daher nicht denken, daß für das Meliorationswesen allzuviel übrig bleibt. Es sind ja im ganzen für die Meliorationen, das heißt für Entwässerungen von versumpften Grundstücken, und für Bewässerungen 6 Millionen bestimmt, welche, nach dem heutigen Geldwerte umgerechnet, zirka 60.000 K ausmachen, so daß man sich vorstellen kann, was man damit anfangen kann. Dieser Betrag ist nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein und der Staat

wird mit diesen Subventionen nicht allzu sehr belastet. Es gibt aber andere Subventionen, zum Beispiel für die soziale Fürsorge, die den Staat ganz gewaltig belasten; sie müssen zwar sein, sie sind unbedingt notwendig, ich will mich darüber gar nicht aufhalten. Aber wenn sich auf diesem Gebiete die Notwendigkeit für Subventionen ergibt, so ist diese Notwendigkeit auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft vorhanden, an der die ganze Volkswirtschaft interessiert ist.

Man sagt immer, der Bauer habe sich in der Kriegszeit zu einem ungeheuren Wohlstande aufgeschwungen. Wenn man sich aber an die Höchstpreise und die Zwangswirtschaft erinnert, so kann man dies wohl nicht annehmen, denn während der ganzen Kriegszeit waren die Preisverhältnisse derart gedrückt und niedrig gehalten, daß es ausgedehnt ist, daß sich der Bauer mit einem Schlage zum Wohlstande erheben konnte. Gewisse Ausnahmen gibt es ja; wenn zum Beispiel ein größerer Besitzer eine größere Anzahl von Vieh abzustossen hatte, so hat er eine einträgliche Einnahme gemacht, aber er hat andererseits seine Wirtschaft dadurch geschädigt, daß er sein Vieh aus dem Stalle nehmen mußte, ohne Rücksicht darauf, ob er es für seinen Betrieb braucht oder nicht. Er hat dadurch eine gewaltsame Operation an seiner Wirtschaft vorgenommen und der erhaltene Erlös ist nur ein Scheinerlös gewesen, denn die Wirtschaft wurde dadurch gewiß in horrender Weise geschädigt.

Ganz besonders hat die Düngerproduktion durch die Reduzierung des gesamten Viehstandes gelitten. Gewiß hat sich nach Aufhebung des Viehmonopols und der Vieherequirierungen der Viehstand seit einem Jahre der Zahl nach beträchtlich erholt, aber nun ist ein anderer Feind gekommen, nämlich die Maul- und Klauenseuche, die im Vorjahre den Viehstand ganz bedeutend reduziert hat. Diese verheerenden Wirkungen sind aber nicht auf das Vorjahr beschränkt geblieben, sie haben auch auf das heutige Jahr übergreifen und dadurch sind Tausende und Tausende Stück Vieh zugrundegegangen. Darunter hat nicht nur die Fleischproduktion gelitten, wurde der Konsum gefährdet und geschädigt, aber auch viele Besitzer sind durch diese Katastrophe in einen argen wirtschaftlichen Mißstand geraten. Ich glaube, es wäre kein hinausgeworfenes Geld, wenn man diese Besitzer von Staats wegen unterstützen würde, denn manche von ihnen können sich aus eigener Kraft nicht mehr aus dieser Misere heraushelfen. Ich habe mich bemüht, für diejenigen Besitzer, die ihren Viehstand verloren und Schaden erlitten haben, irgendeine Subvention herauszuschlagen, aber es war gewiß nicht der Mühe wert, denn manche Besitzer hatten einen Schaden von 50.000 bis 300.000 K und sie bekamen 5000, 10.000 oder höchstens 30.000 K. Man darf gewiß

nicht darüber allzu pessimistisch denken, daß die Landwirtschaft vom Staate etwa zu viel unterstützt wird. Im Gegenteil, wir verlangen gar nichts, wenn es uns möglich ist, uns selbst herauszuhelfen, unsere Wirtschaft aus eigener Kraft insstand zu setzen. Diejenigen aber, denen das nicht möglich ist, haben, wie ich glaube, auch das Anrecht darauf, eine Unterstützung aus einem allgemeinen öffentlich-rechtlichen Fonds zu erhalten.

Ein großes Hemmnis für die Produktion ist noch heute der Düngermangel. Der Stalldünger reicht bei weitem nicht aus — wie dies ja schon in der gestrigen Debatte ausführlich besprochen wurde —, um die Grundstücke zur Gänze ertragsfähig zu machen. Insbesondere aber können die Wiesen nicht hinlänglich mit Dünger beliefert werden. Denn es ist ja kaum möglich, daß nur die Äcker für den Getreidebau beliefert werden. Für die Wiesen ist also in erster Linie Kunstdünger in Anwendung zu bringen. Der Kunstdünger kann aber im Inlande nicht in der nötigen Menge erzeugt werden, er müßte also aus dem Auslande herbeigeschafft werden. Durch die heutigen valutarischen Verhältnisse ist es aber ausgeschlossen, daß wir auf eine Kunstdüngereinfuhr rechnen können. Einen Ausweg haben wir hier in der Möglichkeit der Gewinnung von Höhlendünger. Wie die praktischen Erfahrungen gelehrt haben, kann man mit Höhlendünger ganz gute Wirkungen erzielen. Dieser Höhlendünger kann in Steiermark, insbesondere in der Anlage von Murnitz gewonnen werden. Ich möchte nun an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft den Appell richten, die Höhlendüngerkaktion mit allen Mitteln zu fördern, denn das ist noch die billigste Kunstdüngergewinnung. Dann wäre es auch möglich, daß der Bauer auch die Wiesen — wenigstens teilweise — mit Dünger beliefern könnte.

Ein großer Mangel hat sich auch in bezug auf die Salzbelieferung in Steiermark bemerkbar gemacht. Bekanntlich ist es unbedingt notwendig, dem Vieh Salz zu verabreichen, denn Salz ist immer ein unbedingt erforderliches Mittel zur Verdauungsförderung. Heuer sind nun die Bauern durch die schlechte Futterernte infolge der allgemeinen Trockenheit gezwungen, oft bedenkliche Stoffe für die Viehfütterung zu verwenden und da ist es um so notwendiger, daß man eine beträchtliche Beigabe von Salz dem Vieh verabreicht. Nun herrscht aber in ganz Steiermark so große Salznot, daß nicht einmal das nötige Quantum an Kochsalz für den Haushalt beschafft werden kann. Ich möchte daher an den Herrn Bundesminister für Landwirtschaft den Appell richten, er möge beim Finanzministerium seinen Einfluß dahin geltend machen, daß sobald als möglich Salz für Steiermark und die anderen Bundesländer geliefert wird.

Ein weiteres Mittel zur Hebung der Landwirtschaft bezieht sich auf die Arbeitskräfte und die Maschinen. Infolge der enormen Höhe der Preise können sich heute die meisten Besitzer die für ihren Betrieb erforderlichen Maschinen nicht mehr anschaffen. Es kostet ja zum Beispiel ein Motor, der früher 1000 K gekostet hat, heute 200.000 bis 300.000 K und noch mehr. Ja, ich glaube, wir werden in allernächster Zeit für einen Motor mit vier Pferdekraften 400.000 K zu bezahlen haben. Das ist gewiß für manche Besitzer ganz unerschwinglich. Diese — besonders die kleinen und mittleren Besitzer — sind also hauptsächlich auf die Handarbeit angewiesen. Da spielt nun die landwirtschaftliche Arbeiterfrage eine große Rolle. Es wird immer die achttündige Arbeitszeit verlangt. Man will die achttündige Arbeitszeit auch schon auf das Land ausdehnen. Das ist wohl ein Unsinnen, das ganz und gar keinen Halt hat. Denn der Landwirt muß sich die Arbeitszeit nach dem Wetter, nach den Witterungsverhältnissen einrichten. Jetzt im Winter zum Beispiel, wo die Feldarbeit ruht, wo, man kann sagen, nur Haus- oder Forstarbeit zu machen ist, da kommt er ohnehin kaum auf acht Stunden Arbeit. Im Sommer aber, wenn die Zeit der Heu- und Getreideernte ist, kann man die Arbeit nicht mitten in der Ernte niederlegen und sagen: Jetzt sind die acht Stunden aus. Jetzt legen wir die Arbeit nieder! Wenn Gewitter- oder Elementarereignisse drohen, müssen wir nicht nur 16, sondern auch 20 Stunden arbeiten. Es kommt aber eine Zeit, wo sich die Arbeit wieder verringern läßt, wo man nicht einmal auf acht Stunden kommt. Man kann die Arbeit nicht schablonenmäßig wie in der Industrie oder in der Werkstätte einrichten. Man muß die ganzen Witterungsverhältnisse ins Auge fassen. Das kann nie und nimmer zur Einführung kommen, daß man die Arbeitszeit bei den landwirtschaftlichen Arbeitern stundenmäßig festsetzt.

Ein weiteres Kapitel, um unsere landwirtschaftlichen Arbeiter in unseren landwirtschaftlichen Betriebsstätten zu erhalten, betrifft die Fürsorgeaktion. Ich kann mit großer Genugtuung feststellen, daß die Krankenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, obwohl sie lange auf sich hat warten lassen, endlich durchgeführt und zum Gesetz erhoben worden ist. Ich möchte daran aber den Wunsch knüpfen, daß auch die Alters- und Invaliditätsversicherung ehestmöglichst der Krankenversicherung angereicht werden möge, damit die landwirtschaftlichen Arbeiter die volle Beruhigung haben, daß sie, wenn sie einmal arbeitsunfähig sind und nicht mehr als Arbeitskräfte verwendet werden können, standesgemäß und nach menschlichen, humanitären Begriffen gepflegt und unterstützt werden. Das ist mein ganz besonderer Wunsch.

Ich möchte auch noch auf das Genossenschaftswesen zurückkommen. Das Genossenschaftswesen muß auch bei der Landwirtschaft unbedingt ausgebaut werden. Denn es werden wirtschaftliche Krisen kommen, Zeiten, wo sich der vereinzelter Bauer unmöglich auf der Oberfläche wird erhalten können. Er muß sich in Genossenschaften zusammenschließen. Besonders werden die Viehgenossenschaften in der allernächsten Zeit eine ganz besonders große Rolle spielen. Da wir im Getreideanbau mit dem Ausland nicht konkurrieren können, müssen wir uns auf eine intensive Viehzucht verlegen. Denn durch diese können wir, wenn einmal Überflüsse vorhanden sind, wertvolles Material gewinnen, das auch im Ausland ein guter Absatzartikel ist. Und das Genossenschaftswesen ist ein unbedingt notwendiges Mittel, um die Viehzucht zu heben.

Einiges möchte ich noch über das Wiederbesiedlungsgesetz sagen. In der gestrigen Debatte ist daran schon ausführliche Kritik geübt worden. In vielen Fällen bin ich um Intervention angerufen worden, daß gewisse Objekte mancher Bewerber endlich einmal zur Durchführung kommen. Da habe ich mich bei der Agrarbezirksbehörde erkundigt, wie es mit dieser Sache steht. Dort ist mir mitgeteilt worden, daß die Agrarbezirksbehörden, insoweit ihnen das forsttechnische Beamtenmaterial nicht zur Verfügung gestellt werden kann, mit dieser Aktion nicht weiter kommen können, daß es einzig und allein nur davon abhängt, ob das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft das nötige Beamtenpersonal, das technische Personal zur Verfügung stellt. Ich habe mich auch an dieses Ministerium gewendet und ich kann sagen, es wurde mir in entgegenkommender Weise zugesichert, daß sofort, besonders für die Agrarbezirksbehörde in Graz, eine Ausschreibung gemacht wird, damit dort ein forsttechnischer Beamter bestellt werde. Wenn dies allein das Hindernis ist, so möchte ich an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft nochmals den Appell richten, alles daran zu setzen, daß das nötige Beamtenpersonal diesen Behörden zur Verfügung gestellt werde. Ich bitte daher die Herren Abgeordneten aller Parteien dieses hohen Hauses, dahin zu wirken, daß endlich an die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion geschritten wird; denn das liegt nicht bloß im Interesse des einzelnen Wirtschaftsbefizers, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Witternigg hat einen Antrag überreicht, der lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, die landwirtschaftlichen Schulen aus dem Bundesministerium für Landwirtschaft auszuscheiden und sie dem Bundesministerium für Unterricht zu unterstellen.“

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Faller.

Abgeordneter Faller: Verehrte Damen und Herren! Es ist von mehreren Rednern nachgewiesen worden, daß das Ackerbauministerium in Österreich seit Jahrzehnten von den Vertretern der Agrarier beherrscht wird; es ist aber auch nachgewiesen worden, daß trotz dieser Tatsache die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Bodens in keinem Verhältnis zu der allgemeinen großen Umwälzung in allen Zweigen der Produktion steht. Wenn wir betrachten, daß in den letzten Jahrzehnten auf allen Gebieten des menschlichen Schaffens eine ungeheure Umwälzung vor sich gegangen ist, daß alle Produktionsmittel ungeheuerlich verbessert wurden und die Produktion völlig umgewälzt wurde, und wenn wir diesen großen kulturellen Fortschritt auf allen Gebieten des menschlichen Schaffens mit der Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion vergleichen, so müssen wir sagen: es hat fast den Anschein, als ob sich die Bauern des Alpenlandes hinter den Alpen gegen den kulturellen Fortschritt verschaukelt hätten. Obwohl in der Landwirtschaft die Berufstätigkeit eine viel größere ist als in allen anderen Produktionszweigen, obwohl dort 67 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung berufstätig sind — davon 50 Prozent Frauen —, obwohl dort also alle im Betriebe mitarbeiten: der Bauer, die männlichen Mitglieder der Familien, die Frauen und die Kinder, war der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion ein erschreckend niedriger, und der Herr Abgeordnete Pölzer hat nachgewiesen, daß der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich in keinem Verhältnis zu dem Ertrag der Produktion in der Schweiz und in den anderen Ländern Mittel- und Nordeuropas steht. Die Vertreter der Agrarier müßten sich doch sagen: Ja, es muß doch eine Ursache geben, warum, trotzdem die Vertreter der agrarischen Kreise jahrzehntelang das Ackerbauministerium beherrschen und obwohl in der Landwirtschaft alle fleißig mitarbeiten, die Verhältnisse so rückständig sind. Da müßten Sie sich fragen, ob die bisherige Agrarpolitik auch die richtige war. Statt darüber zu lachen, wie es bei den Ausführungen verschiedener Redner geschah, müßten Sie doch das Empfinden haben, daß die Landwirtschaft auf der Grundlage der bisherigen Agrarpolitik auf eine schiefe Ebene geraten ist. Sie sollten sich fragen: Was geschieht denn mit der alpenländischen

Landwirtschaft, wenn die Agrarpolitik die gleiche bleibt? Meine Herren! Haben Sie denn keine Sorge um die Zukunft des Bauernstandes? Ich meine, es werden wohl auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien der Ansicht sein, daß es bei dem jetzigen Stande der landwirtschaftlichen Produktion unmöglich bleiben kann und daß die Masse der Bauern zu Schaden kommen muß, wenn die bisherige Agrarpolitik fortgesetzt wird.

Im Berichte des Finanzausschusses ist zu lesen, daß die Bauernschaft durch die vernünftige Zollpolitik der letzten Jahre vor dem Kriege auf eigene Füße gestellt wurde. Ich möchte konkrete Daten darüber haben, wie die Zollpolitik die alpenländische Bauernschaft auf eigene Füße gestellt hat, welche Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion, welche Fortschritte in der Entschuldung der alpenländischen Bauernschaft sie bewirkt hat. Ich bin nämlich der gegenteiligen Ansicht, daß gerade die Zollpolitik den verhängnisvollen Fehler für die alpenländische Landwirtschaft bedeutet hat, daß die Agrarpolitik, die vor dem Kriege im alten Österreich betrieben wurde, die Massen der alpenländischen Bauernschaft schwer geschädigt hat und ich weiß nicht, wie der Herr Berichterstatter dazu kommt, zu behaupten, daß durch die vernünftige Zollpolitik die Bauernschaft auf eigene Füße gestellt wurde. In Wirklichkeit hat die Agrarpolitik vor dem Kriege, die darauf gerichtet war, die Zölle auf Lebensmittel in die Höhe zu treiben, nur den großen Viehzüchtern und den Getreidemagnaten genützt, jenen Agrariern, die in der Lage waren, allmonatlich oder allwöchentlich Hunderte von Stücken Vieh auf den Markt zu werfen. Aber wenn wir untersuchen wollten, was die große Masse der alpenländischen Bauernschaft, die Kleinbesitzer, die Mittel- und Kleinbauern von dieser Agrarpolitik profitiert haben, dann kämen wir wahrscheinlich zu einem erschreckenden Resultat.

Die Besitzverhältnisse in unserem Staate sind derart, daß beiläufig drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe Klein- und Mittelbetriebe sind. Nach der neuesten Statistik, die anlässlich der letzten Volkszählung für das Land Kärnten gemacht wurde, gibt es zum Beispiel in diesem Lande, wenn man die Zwergbetriebe bis zu zwei Hektar Ausmaß wegchnet, 64,7 Prozent solcher Betriebe, die bis zu zehn Hektar Acker- und Wiesengrund umfassen und wenn man die Zwergbetriebe bis zwei Hektar zu diesem Kleinbesitz dazurechnet, kommt man zu dem Resultat, daß 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe solche sind, die nur ein Ausmaß bis zu zehn Hektar Acker- und Wiesengrund umfassen. Ich möchte nun wissen, was denn so ein landwirtschaftlicher Besitzer von fünf bis zehn Hektar Acker- oder Wiesengrund zu verkaufen in der Lage ist, was der Knechtler, der

Kleinbauer auf den Markt werfen kann und was die Besitzer dieser landwirtschaftlichen Betriebe, die die ungeheure Mehrheit aller landwirtschaftlichen Betriebe dieses Staates ausmachen, von der Zollpolitik profitiert haben. Ich glaube, wenn man darüber Untersuchungen anstellt, ob die Zollpolitik, die vor dem Kriege betrieben wurde, der Masse der Bauernschaft nützlich war, müssen wir zwischen den Kleinbauern und Knechtlern auf der einen Seite und den Großbauern auf der anderen unterscheiden. Ich rechne die Leute, die ich genannt habe und die die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Besitzer in Österreich sind, zu den sogenannten Arbeitsbauern, zum Unterschiede von den anderen Agrariern, die durch die Zollpolitik wirklich in die Höhe gekommen sind. Aber Schuld daran, daß die Kleinbauernschaft, daß die große Mehrheit der alpenländischen Bauern vor dem Kriege nicht entschuldet wurden, wie in dem Berichte behauptet wird, daß sie nicht auf eigene Füße gestellt wurden, sondern, wie wir feststellen können, vor dem Kriege bis zum Hals in Schulden steckten und Hörige des Hypotheken- und Handelskapitals geworden sind, Schuld daran, daß die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit und die Ertragsfähigkeit des Bodens nicht gesteigert werden konnte, ist meiner Ansicht nach die verhängnisvolle Zollpolitik, die vor dem Kriege durch die Vertreter der Agrarier in diesem Staate gemacht wurde. Wir wissen, daß die Kleinbauernschaft vor dem Kriege sehr verschuldet war, daß sie Hypothekenschulden hatte und dem Handelskapital ausgeliefert war. Ich möchte vom Herrn Berichterstatter konkrete Daten darüber erfahren, ob die Entschuldung des Bauernstandes in den letzten Jahren vor dem Kriege wirklich Fortschritte gemacht hat, weil sonst die Behauptung, daß die Bauernschaft durch die Zollpolitik auf eigene Füße gestellt wurde, nicht gerechtfertigt werden kann.

Während aber in den Jahren vor dem Kriege die Vertreter der Agrarier wie hypnotisiert auf die Zoll- und Agrarpolitik, die von der berücktigten agrarischen Zentralstelle geleitet und beeinflusst wurde, starrten, blieb die Produktionsförderung vollkommen vernachlässigt. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hat nur ganz geringe Fortschritte gemacht. Während die ganze Aufmerksamkeit der agrarischen Vertreter darauf gerichtet war, hohe Zölle für Lebensmittel und Vieh zu erreichen, gingen Tausende von Kleinbesitzern zugrunde und wurden durch die Nutznießer der Zollpolitik aufgefressen. Es ist bekannt, daß in den letzten Jahrzehnten viele Tausende landwirtschaftlicher Kleinbetriebe durch Jagdbesitzer gelegt wurden, daß die Jagdgebiete vergrößert wurden durch die Auslaugung der kleinen Besitzer auf dem Lande. Nach einem Berichte, den der Generalsekretär des Landes-kulturrates in Kärnten kürzlich erstattet hat, sind in

manchen Gegenden die meisten Menschen aufgekauft worden, die Gebäude wurden niedergerissen und sind zum Teil verkauft.

Wenn wir also feststellen müssen, daß die Agrarpolitik vor dem Kriege und insbesondere die Zollpolitik — die Agrarpolitik vor dem Kriege bestand im wesentlichen darin, die Zölle auf Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte in die Höhe zu treiben — wohl die Oberschichte der Agrarier bereichert hat, daß aber die Masse der alpenländischen Bauernschaft durch diese Zollpolitik schwer geschädigt wurde und daß zu gleicher Zeit Tausende von Kleinbesitzern und Kleinbauern durch den Großbesitz aufgekauft wurden, so müssen wir sagen: was hat es denn für einen Sinn, wenn jahrzehntelang gerade von den Vertretern der Agrarier darüber gejammert wird, daß am Lande eine so ungeheuerliche Leutenot besteht? Die Agrarier haben doch selbst jahrzehntelang durch ihre Politik das Ackerbauministerium entscheidend beeinflusst. Sie hatten vor dem Kriege und haben jetzt das Ackerbauministerium als ihr Instrument in der Hand. Wenn so viele Kleinbesitze aufgekauft, aufgefreßen wurden gerade von jenen Agrariern, die die Nutznießer der Zollpolitik waren, die in der Lage waren, allmonatlich Hunderte Stück Vieh auf den Markt zu werfen oder massenhaft Getreide zu verkaufen, so ist es ja klar, daß die kleinen Besitzer, die aufgefreßen wurden, proletarisiert wurden und daß die Leutenot durch diese Politik noch vergrößert wurde. Ebenso trägt zur Leutenot auf dem Lande bei, daß jetzt vielfach in den agrarischen Kreisen daran gegangen wird, den Kleinbesitzern und Knechtlern die Zugtiere, das Gespann zu verweigern. Die Kleinbesitzer, denen keine Zugtiere und Gespanne mehr beigestellt werden, gehen natürlich bei nächster Gelegenheit vom Lande weg und ziehen in die Stadt. Dazu tragen die Agrarier durch ihre Politik selbst bei. Ebenso ist es bei der Umgehung des Pächterschutzgesetzes. Dieses Gesetz hat nach meiner Ansicht den wesentlichen Zweck, die kleinen Leute auf dem Lande vor der Willkür der größeren Grundbesitzer zu schützen, die Grund und Boden in Pacht geben. Wenn man aber das Pächterschutzgesetz so umgeht, daß man statt des Zinses von den Pächtern Naturalleistungen verlangt, die ja, wenn ich richtig informiert bin, verboten sind, und zwar in einer so drückenden Höhe verlangt, daß die Pächter auf die Grundstücke verzichten und bei nächster Gelegenheit ebenfalls in die Stadt ziehen, so wird begreiflicherweise die Leutenot durch solche Maßnahmen und eine solche Politik noch vergrößert.

Ein Vertreter der deutschen Bauernpartei hat gesagt, daß die Sozialdemokraten die Dienstboten auf dem Lande verheizen und dadurch die Leutenot noch vermehren. Ich selbst bin der Sohn eines Kleinbauern und kenne einigermaßen die Verhältnisse

der Dienstboten auf dem Lande. Wenn Sie bedenken, daß der Dienstbote unter den jetzigen Verhältnissen in den seltensten Fällen die Möglichkeit hat, ein Mensch zu werden, das heißt, daß er nicht mehr die Möglichkeit hat, eine Familie, einen eigenen Herd zu gründen, und wenn Sie bedenken, in welchen Wohnungen vielfach die Dienstboten untergebracht sind, dann müssen Sie die Leutenot am Lande verstehen. Ich sage nicht, daß etwa die Besitzer daran schuld sind oder die Masse der alpenländischen Bauern, nein, die bisherige Agrarpolitik ist schuld daran, daß die Verhältnisse der Dienstboten auf dem Lande derartige sind, daß es eine Kulturschande ist, so etwas weiter zu dulden. Kennen Sie das Einlegewesen, das vielfach noch existiert? Wissen Sie, daß alle Dienstboten, die arbeitsunfähig geworden sind, von Stall zu Stall wandern, daß sie schließlich förmlich von Ungeziefer aufgefressen werden und ihr Leben oft am Misthaufen beenden. (*Abgeordneter Geisler: Das mag bei Ihnen der Fall sein!*) Bei uns ist das vielfach der Fall. Verstehen Sie, was es bedeutet, ein Leben lang in schwerer Arbeit auf dem Lande zu verbringen und dann in einem solchen Zustand zu sterben? Sie jammern über die Leutenot auf dem Lande und wie sind die Verhältnisse in Wirklichkeit? Ich bin der Sohn eines Kleinbauern, wir waren zehn Kinder. Als der älteste Sohn den Besitz übernommen hat, hat er zu uns gesagt: Liebe Brüder und Schwestern, schaut, daß Ihr hinauskommt zur Türe, der Besitz kann nicht einmal mich ernähren. Wir gingen in die Welt und suchten das Brot dort, wo es besser und Lichter zu verdienen ist. Wenn Sie, die Sie jahrzehntelang das Ackerbauministerium beeinflusst haben, die Sie die Zollpolitik beeinflusst haben durch die berückichtigten Herren Hohenblum und Auerzperg, die Aufmerksamkeit auf diese Zustände auf dem flachen Lande und darauf gelenkt hätten, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Ertragsfähigkeit des Bodens zu heben, dann wären wir vielleicht heute in einer anderen Lage. Wenn Sie aber nur darüber schimpfen, daß wir die Dienstboten und die Landarbeiter aufheizen und sich nicht darum kümmern, wie die Verhältnisse dieser Landarbeiter sind, werden Sie sehen, wie weit Sie kommen. Die sozialdemokratische Partei hat wiederholt Gelegenheit genommen, Vorschläge zu erstatten, wie die landwirtschaftliche Produktion und die Ertragsfähigkeit gesteigert werden könnte, und ich erinnere daran, daß mein Parteigenosse Dr. Renner im Jahre 1907 ein großes Agrarprogramm dem Hause vorgelegt hat. Es sind ja in dem Vorentwurfe zum Kulturförderungs-gesetz, das das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgearbeitet hat, die Vorschläge Dr. Renners und auch jene Otto Bauers, die er im Juni dieses Jahres in einem Aufsatz im „Kampf“ veröffentlicht hat, zum Teil

berücksichtigt worden. Ich will mich nicht über die Einzelheiten dieser Vorschläge verbreitern und möchte nur nochmals darauf hinweisen, daß nach meiner Ansicht eine der Ursachen des erschreckenden Zustandes der landwirtschaftlichen Produktion in der bisherigen Agrarpolitik gelegen ist. Die Masse der alpenländischen Bauernschaft hat vor dem Kriege, wie ich bereits erwähnt habe, unter der großen Schuldenlast gelitten, die Masse der Bauernschaft war vor dem Kriege nichts anderes als Hörige des Hypothekenskapitals, sie hat mit dem Proletariat das Schicksal geteilt, daß sie durch das Hypotheken- und Handelskapital ausgebeutet wurde. Während des Krieges konnte die alpenländische Bauernschaft infolge der Geldentwertung die drückendsten Schulden abstoßen, und als die Hungerperiode nach dem Kriege kam, hat, wie man feststellen muß, die Bauernschaft, die zum großen Teil schuldenfrei geworden war, die Hungerperiode bei weitem nicht so gespürt wie die Arbeiterschaft und hat unvergleichlich besser gelebt. Nach dem Kriege mußten die Bauern wohl noch eine Zeit lang Vieh, Getreide und Milch abliefern. Aber das, was das Proletariat in den Städten und Industrieorten in der ersten Zeit nach dem Kriege an Leiden und Entbehrungen durchgekostet hat, bekam die Bauernschaft nicht zu spüren. Wenn Sie sich an das erste Jahr nach dem Zusammenbruch des Krieges und an den zweiten Winter nach dem Kriege erinnern, wie damals die Rationen auf ein Vierteltkilogramm herabgesetzt wurden, wie es keine Kohle und kein anderes Heizmaterial gab, wenn Sie sich daran erinnern, was damals die Industriearbeiterschaft auszuhalten hatte, dann muß man sagen, daß die Bauernschaft in dieser Zeit unvergleichlich besser gelebt hat und daß die Leiden der Nachkriegszeit fast spurlos an ihr vorübergegangen sind.

Aber was haben während dieser Zeit die Vertreter, die angeblichen Vertreter der Bauernschaft gemacht, damals als das Volk hier buchstäblich um sein nacktes Leben rang, in der Hungerperiode nach dem Kriege? Damals haben sie eine Hege gegen die Zwangswirtschaft inszeniert. Sie sind aus das flache Land hinaus gegangen und haben die Bauern nicht nur gegen die Zwangswirtschaft, sondern auch gegen die Republik aufgebracht. Und um zu beweisen, wie Sie dazu beigetragen haben, die Autorität des Staates zu heben, brauche ich Ihnen nur die Flugzettel zu zeigen, die damals unter der Landbevölkerung verbreitet wurden und die Staatsfunktionäre verunglimpften und in den Notzeiten, die Bilder die damals von bürgerlicher Seite herausgegeben und gerade unter der Landbevölkerung verbreitet wurden, die Schauernächrichten wie die, der Präsident Seitz habe ein Palais gekauft und seine Kinder — die nicht existieren — fahren im Automobil in die

Schule usw. Und gerade jene Partei, die Deutsche Bauernpartei, die sagt, daß wir die Dienstboten auf dem Lande aufheken, hat in dieser Hinsicht das Menschenmögliche getan. Ich kann mich erinnern, daß ich einmal einen Funktionär dieser Partei in einer Versammlung getroffen habe, wo er gerade über die damals in Beratung gestandene Vermögensabgabe geizert und den Leuten vorgelogen hat, die Sozialdemokraten wollten, daß die Bauern von jedem Rock, von jedem Hut, von jedem Schuh usw., den sie kaufen, Steuer zahlen müssen. So wurde damals, in der kritischsten Zeit dieses Landes, die Autorität des Staates durch die Vertreter der Agrarier geschützt und gehoben. Und was im übrigen die Geistlichkeit in jener Zeit getan hat, hat Dr. Gimpl in seiner Rede, die er vor einigen Tagen in der Spezialdebatte zum Aktus gehalten hat, zu sagen vergessen. Ich will nicht darauf eingehen, aber wenn er gesagt hat, daß die katholische Kirche der Republik große Dienste geleistet hat, indem sie zum Gehorsam gegenüber der republikanischen Autorität aufgefordert hat, und daß es manchmal zu schweren Erschütterungen gekommen wäre, wenn nicht die Geistlichen beruhigend eingewirkt hätten, so möchte ich demgegenüber behaupten, daß gerade die Geistlichkeit vielfach gegen die Republik gehegt hat. Ich lenke diesbezüglich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Anfrage, die letzterzeit der ehemalige Abgeordnete Gröger in diesem Hause gestellt hat und in der die Exzesse eines Geistlichen auf der Kanzel festgestellt wurden. Diese Exzesse sind nicht vereinzelt, sie kommen in ziemlich großer Zahl vor und es haben daher die bürgerlichen Parteien keine moralische Berechtigung, uns vorzuwerfen, daß wir die Autorität untergraben haben. Ich meine, die Hege, die damals in der schweren Zeit nach dem Kriege gegen die Republik und im besonderen gegen die sozialdemokratische Partei eingelegt hat, die Hege gegen die Zwangswirtschaft und für den freien Handel war für die große Masse der alpenländischen Bauernschaft und jene Kleinbesitzer, Kleinbauern und Häusler, die ich früher genannt habe und die drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, nichts anderes als eine Hazardpolitik, die den freien Handel erzwingen, die Zwangswirtschaft zerrissen, die Preise in die Höhe getrieben und das Geld entwertet hat. Aber das ist nicht das Entscheidende! Diese Politik zwang auch die Arbeitsbauern — das ist der Bauer bis zu 10 und 15 Hektar Acker- und Wiesengrund, also die große Mehrheit der Bauern — wieder unter das Diktat des Handelskapitals. Der freie Handel beherrscht jetzt das Feld und die parasitären Elemente am Lande draußen, das sind die Vieh-, Holz- und Getreidehändler, haben jetzt die Bauern wieder in der Hand und das war Zweck und Ziel jener

Politik, weil gerade diese Leute, die am Lande draußen als die Ausbeuter bekannt sind, die Dorfprogen, die Leute, die mit Vieh, Holz und Getreide handeln, die Agitatoren der Christlichen und der Bauernbündler sind. Es war Zweck und Ziel dieser Politik, die Zwangswirtschaft zu zerreißen, den freien Handel einzuführen und die Masse der Bauern, die Kleinbauern, wieder unter das Diktat des Handelskapitals zu stellen. Die Bauernschaft hat ihre Schulden im Kriege abgestoßen, aber die Unabhängigkeit, die sie durch die Konjunktur im Kriege und die Geldentwertung wieder erlangt haben, ist zum Teil wieder durch die Politik verloren gegangen, die gerade die Vertreter der Agrarier nach dem Kriege inszeniert haben. Die Vieh-, Holz- und Getreidehändler sind ja die Exponenten der agrarischen Vertreter hier im Hause und wir verstehen es, daß es ihr Interesse war, wieder den freien Handel einzuführen. Aber, meine geehrten Vertreter der Agrarier von der bürgerlichen Seite, ich richte an Sie die Frage: was glauben Sie denn, was die Zukunft für die Masse der alpenländischen Bauernschaft bringt, wenn diese Politik weiter getrieben wird? Der Kleinbauer ist wieder unter das Diktat des Handelskapitals geraten. Er hat im Laufe des Krieges das Diktat abgeschüttelt, aber die Abhängigkeit vom Hypothekenskapital, in der er sich vor dem Kriege befand und die er im Laufe des Krieges zufolge der Entwertung des Geldes abgestoßen hat, kommt wieder, wenn Sie diese Politik fortsetzen. Glauben Sie denn, geehrte Herren Vertreter der Agrarier, daß dieser Staat sich den Luxus wird leisten können, den sich die alte Monarchie geleistet hat, daß er wieder so hohe Zölle auf Getreide und Vieh wird einführen können und daß Sie dann die Bequemlichkeit haben werden, Ihre Aufmerksamkeit wieder ausschließlich auf die Zollpolitik zu lenken und die Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Bodens außer acht zu lassen? Glauben Sie, daß der alpenländische Bauer bei Fortsetzung dieser Politik nicht zugrundegehen muß? Wenn Sie meinen, daß diese Republik, die drei Viertel aller Lebensmittel aus dem Auslande einführen muß, sich den Luxus hoher Zölle wird gestatten können, so täuschen Sie sich! Wenn Sie Ihre Aufmerksamkeit nicht endlich auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Ertragsfähigkeit des Bodens lenken, wenn Sie nicht endlich einmal die Vorschläge, die die sozialdemokratische Partei wiederholt im Hause gemacht hat, akzeptieren, so werden Sie sehen, daß Sie die Bauern wieder so zugrunde richten, wie Sie vor Kriegsausbruch durch die Politik, die Sie jetzt fortzuziehen geneigt sind, zugrunde gerichtet worden sind. Es wird unsere Aufgabe am flachen Lande sein, die Kleinrentner, die Kleinrentner und die landwirtschaftlichen Arbeiter auf diese Politik auf-

merksam zu machen; es wird unsere Aufgabe sein, den Leuten zu sagen, daß das Ziel dieser agrarischen Politik darin besteht, die Masse der alpenländischen Bauern wieder unter das Hypotheken- und Handelskapital zu zwingen und die Exponenten der bürgerlichen Parteien auf dem Lande, die Vieh- und Getreidehändler wieder zu unbeschränkten Herrschern zu machen. Es wird unsere Aufgabe sein, die arbeitenden Bauern, die Mehrheit aller alpenländischen Bauern, zum Bewußtsein ihrer Klassenlage, zur Selbstkenntnis zu bringen. Und wenn es Ihnen gelungen ist, jahrzehntelang in der Bauernschaft dadurch Ihre Stellung zu behaupten, daß Sie den Bauern den Besitzraub, den angeblich die Sozialdemokraten wollen, an die Wand gemalt haben, und wenn Sie heute, nachdem dieses Märchen zerpfückt und zerrissen ist, die Bauernschaft damit hinhalten wollen, daß Sie ihr von dem Religionsraub erzählen, den wir angeblich an den Bauern begehen, so wird auch diese Mär durch die wirklichen Tatsachen zerpfückt und zerrissen werden. Die Masse der alpenländischen Bauernschaft gehört nach ihrer wirtschaftlichen Lage zu uns, zum arbeitenden Volk, zum Proletariat und es fehlt ihr nur die Selbstkenntnis, das Bewußtsein ihrer eigenen Lage.

Geehrte Damen und Herren! Wie unerhört die Bauernschaft an der Nase herumgeführt wird, beweist ja die Tatsache, daß, wenn ein Wiener Monarchist aufsteht und gegen die Wehrmacht heizt, dann die Vertreter der Bauern ihm Beifall klatschen. Wenn Sie das tun, geehrte Herren, so kennen Sie die Empfindungen der alpenländischen Bauernschaft nicht. Sie scheinen nicht zu wissen, was gerade die Bauern vom Militarismus, vom alten Militarismus noch in Erinnerung haben. Sie kennen die Empfindungen nicht, Sie scheinen nicht zu wissen, wie gerade die Bauernsöhne im Frieden schon, bevor noch der Krieg mit seinen Entsetzlichkeiten gekommen ist, behandelt und mißhandelt wurden von jenen Leuten, die einen langen Schleppsaß getragen haben. Und wenn Sie wüßten, daß im Kriege 40jährige Familienväter, Bauern, von jungen Auszubehenden geohrfeigt und mißhandelt wurden, und wenn Sie jetzt, wenn über die Wehrmacht geschimpft wird, Beifall klatschen, so wissen Sie nicht, daß Sie damit der Bauernschaft, der wirklichen Bauernschaft in unserem Staate nicht aus dem Herzen reden. Niemand ist so antimilitaristisch wie die Bauernschaft, niemand wurde durch den alten Militarismus in seiner Menschenwürde so mißhandelt wie gerade die Söhne der Bauern, niemand ist des Militarismus so satt wie gerade der Bauer. Und Sie klatschen Beifall, wenn der Herr Abgeordnete Terzabeck über die Wehrmacht spricht! Ich war im Kriege und weiß, was man sich getraut hat gegen Bauern, weil man angenommen hat, sie seien nicht so intelligent, nicht

nur im Krieg, sondern auch vor dem Krieg. Und wenn Sie hinausgehen und die Bauern fragen, ob sie mit dieser Wehrmacht einverstanden sind oder ob sie wieder diejenige Disziplin herbeiführen, die den Wehrmann vor dem Offizier in den Staub zwingt, wenn Sie den Leuten das sagen, dann werden Sie daraufkommen, wie die Bauern über die Wehrfrage denken.

Der Klassenkampf des industriellen Proletariats war der Hebel zu dem großartigen Kulturfortschritt, der seit vielen Jahrhunderten seinen Einzug gehalten und in den letzten Jahrzehnten der Welt ein anderes Gepräge gegeben hat. Wir hatten kein eigenes Ministerium im alten Staat, aber wir, die Sozialdemokraten, haben die Lage der industriellen Arbeiter unvergleichlich mehr verbessert als Ihr die der Bauern, obwohl Ihnen ein Ministerium zur Verfügung stand, das ausschließlich von den Vertretern der Agrarier beherrscht wurde. Und so wie der Klassenkampf in der Industrie der Hebel für den Kulturfortschritt, für die Umwälzung der Produktion, der Produktionsmittel war, wie er das Proletariat aus einer dumpf dahinsiechenden Masse zu einer selbstbewußten Klasse erhoben hat, so wird es, glauben Sie mir, meine Herren, auch auf dem Lande draußen sein. Auch auf dem Lande wird es nur durch den Klassenkampf möglich sein, die Frage der Leuschler, der Kleinbauern, der arbeitenden Bauern gegenüber ihren Ausbeutern, den Vieh- und Getreidehändlern und gegenüber den Dorfsproßen zu heben. Auch dort wird der Klassenkampf, der Hebel zum Fortschritt sein, zum Fortschritt hinsichtlich der Steigerung der Produktion und der Ertragsfähigkeit des Bodens und zur Hebung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter. Auch auf dem Lande wird eine wesentliche Besserung nur eintreten, wenn einmal die sozialistische Idee die große Mehrheit des Landvolkes, des arbeitenden Landvolkes beherrscht und wenn dort einmal der Klassenkampf gegen die Proßen Fuß faßt. Die Zeit wird kommen. Der Klassenkampf auf dem Lande ist in einigen Ländern schon zur Wahrheit geworden. Und wenn Sie mit Ihrer Agrarpolitik, die Sie vor dem Krieg jahrzehntelang betreiben haben, die wohl die Vieh- und Getreidehändler reich gemacht, aber die Massen der alpenländischen Bauernschaft in Abhängigkeit vom Hypothek- und Handelskapital gebracht hat, wenn Sie diese Politik, die für die alpenländischen Bauern so verhängnisvoll war, fortsetzen, dann wird die Zeit noch früher kommen, als sie sonst kommen müßte, daß sich das Proletariat auf dem Lande, die Kleinbesitzer, die Kleinbauern zum Klassenkampfe erheben. Auch die Lage des arbeitenden Landvolkes wird nur verbessert werden im Zeichen des Sozialismus! *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Wimmer.

Abgeordneter Wimmer: Hohes Haus! Seitdem wir ein Ackerbauministerium haben, hat eigentlich die Landwirtschaft in dem hohen Hause etwas zu reden. Aber wenn man an die früheren Budgetberatungen zurückdenkt, so hat die Landwirtschaft im Verhältnis zu den anderen Ressorts immer und so auch heuer den Aschenbrödelanteil bekommen. Wir haben vor zwei Jahren uns hier zur Beratung des Budgets für Land- und Forstwirtschaft versammelt, es sind Anträge gestellt und genehmigt worden, aber was ist geschehen? Wir haben uns dann später zwei Tage mit der Frage der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion beschäftigt, es ist viel gesprochen worden, die Zeitungen haben viel geschrieben, aber geschehen ist wieder sehr wenig. Und wenn wir uns die Gesetze anschauen, die in unserem landwirtschaftlichen Ausschusse beschlossen werden, so müssen wir wieder sagen: Ja, Gesetze sind gemacht worden, aber es fehlt an der Durchführung.

Der Kollege Schneidmahl hat gestern den Abbau von Beamten im Landwirtschaftsministerium verlangt. Ich bin der gegenteiligen Ansicht. Wenn man alle die Gesetze, die wir gehabt und gemacht haben und die die agrarischen Operationen betreffen, zusammenfaßt, so sehen wir, daß die 161 Beamten, die wir haben, die noch dazu auf 7 Landesbehörden kommen — Vorarlberg ausgenommen, das hat noch keine — und 23 Agrarbezirksbehörden, daß diese Beamten alle die folgenden Arbeiten zu machen hätten: Grundzusammenlegungen, Teilungsregulierungen, Servitutsablösungsgesetze, Alpenzucht, Alpenmeliorationsdienst, Luftkutschenablösungen, Weidengesetze und Wiederbesiedlungsgesetze.

Fragen wir uns einmal, warum es mit diesen Arbeiten nicht vorwärts geht. Es ist im Budget dafür eine Post von sage und schreibe 24 Millionen enthalten. Damit sollen nun die Beamten außer ihren Gehältern alles bewerkstelligen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und wer ist es, der uns immer Prügel unter die Füße wirft. Es ist die linke Seite des Hauses, die wohl immer von der Hebung der Produktion spricht, aber wenn es gilt, für diese Zwecke etwas zu bewilligen, da haben Sie verschlossene Ohren. So kann es nicht vorwärtsgehen.

Es ist auch noch etwas anderes daran schuld, daß die Landwirtschaft bei uns nicht so auf der Höhe steht, wie es sein soll. Schauen wir einmal nach Deutschland oder in die Schweiz. Dort sind die Leute schon früher mit Ernst darangegangen, die Lage zu verbessern. Wir hätten im Budget jetzt nicht diese großen Summen stehen, die auf die Lebensmittel daraufgezahlt werden müssen, wenn nach dem Kriege energisch an die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion geschritten worden wäre und wenn die Gesetze, die gemacht worden sind, auch zur Ausführung gelangt wären. Wenn ich

einem Fabrikanten seine Maschinen aus der Fabrik nehmen, so möchte ich wissen, womit der Arbeiter arbeiten kann. So ist es auch, wenn man dem Landwirtschaftsministerium nicht die Beamten und die nötigen Kredite bewilligt.

Wenn man ihm ein solches Bettelgeld zuweist, dann kann man ihm tatsächlich keinen Vorwurf machen, daß bis heute nichts geschehen ist. Man spricht von einem Beamtenabbau bei diesem Ministerium.

Meine Herren, ich wüßte einen anderen Weg. Verwenden wir das, was im Budget für Lebensmittelzuschüsse steht, für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, so sind, wenn wir aus der Ernte mehr herausbekommen, im Volksernährungsamt genug Beamte übrig, die abgebaut werden könnten. Aber zuerst muß der Hebel angefaßt werden, wo man eigentlich arbeiten kann. Die Agrarier können nicht arbeiten, wenn sie die nötigen Behelfe nicht haben. Es ist genau berechnet worden, daß man, wenn es so fort geht, 300 Jahre braucht, bis diese Gesetze durchgeführt werden.

Nun die Meliorationen! Wir haben in Deutschösterreich nicht weniger als 600.000 Hektar unmeliorierten Grund. Hohes Haus! Das ist gewiß eine Menge Grund. Und was ist im Budget dafür vorgesehen? Das ist wieder eine Nullnummer, wo überhaupt nichts geschehen kann. Drei Jahre zahlten wir ununterbrochen Arbeitslosenunterstützung. Ist es notwendig, wenn man 600.000 Hektar unmeliorierten Grund hat, daß man Arbeitslose in Österreich hat? Schauen wir in andere Länder! Ob jemand nun ein Zahnmechaniker ist oder was immer — Arbeit ist keine Schande, auch für den wäre es keine Schande gewesen, wenn er zugegriffen und etwas für das Volkswohl geleistet hätte.

Ich möchte jetzt nur ganz kurz einiges über die Verhältnisse bei der Alpenförmierung sagen. Da sind Vollzugsanweisungen hinausgegangen, daß das Weidevieh, das zur Alpenförmierung kommt, auf den Bahnen fünfzig Prozent Ermäßigung genießt. Wer aber einmal einen solchen Waggon Vieh zur Alpenförmierung ins Gebirge hinaufgebracht hat, wird es kein zweites Mal tun. Was für Laufereien hat man bloß bei der hohen Eisenbahn, ehe man einen Waggon bekommt! Ich selbst habe das heuer im Herbst mitgemacht. Ich hatte mein Weidevieh in Bruck-Jusch im Gebirge und mußte es mir selbst abholen. Schon um 8 Uhr vormittag war ich beim Beamten und habe ihn gebeten, ob ich nicht bis Mittag einen Waggon bekommen könnte. Der sagt: Nein, lieber Herr, das ist unmöglich, das ist nur eine kleine Station, da muß ich die Direktion Innsbruck anrufen. Ich sagte darauf: Das Vieh geht doch schon heute acht Stunden von der Alpe her und jetzt soll ich noch warten? Wann soll ich es zur Fütterung nach Hause bringen?

Da ist doch Saalfelden, vielleicht läuft auf der Strecke ein leerer Wagen? — Unmöglich, ich kann nichts machen. — Zu meinem großen Glück hat ein anderer nicht einwaggoniert und so bekam ich einen Waggon und der Waggon mit meinem Vieh und dem Vieh einiger anderer rollte ungeniert bis Salzburg. Auf dem Frachtenbahnhof Salzburg bitte ich den Herrn diensthabenden Beamten, er soll mich mein Vieh auswaggonieren lassen. Es war 1/2 6 Uhr abends. Unmöglich, sagt der, dazu habe ich kein Recht, da müßte ich die Direktion Innsbruck anrufen. Also bitte, sage ich, geben Sie mir den Waggon weiter bis in meine Station Seckirch-Mattsee. Auch das geht nicht. Kann ich hier telefonieren? Bitte, hier ist das Telephonzimmer. Ich rief den Inspektor Geigl in Salzburg an und dieser gab den schriftlichen Auftrag. Dann ist es gegangen, früher nicht. Und ebenso geht es bei der hohen Eisenbahn mit der Hinfahrt. Es sind 50 Prozent Ermäßigung bewilligt, aber bis heute haben wir nichts davon. Wir haben die ganze Fracht bezahlt, die Sache liegt seit September bei der Direktion in Linz und ist bis heute nicht erledigt. Die Herren sind so groß in der Sache, daß man lieber die ganze Alpenförmierung aufgibt, wenn man lauter solche Beschwerden hat, ehe man zu seinem Recht kommt.

Eine Sache, die im Budget gänzlich veraussen worden ist, ist die Fischzucht. Es ist wirklich lächerlich, was da im Budget steht. Ich habe schon vor zwei Jahren von dieser Stelle aus da on gesprochen, wie bedeutungsvoll die Sache wäre, da wir doch ein sehr seen- und teichreiches Land sind, und wie wenig das bei uns ausgenutzt wird. 300.000 K sind dafür bewilligt. Dafür kann man sich heute nicht einmal ein Netz kaufen. So steht bei uns die Sache, so sachmännisch wird das durchberaten. Aber wenn es heißt: Hebung der Produktion, wenn es gilt, den Bauern etwas zu leihen — wir verlangen nichts Geschenktes —, findet man taube Ohren und kein Gehör.

Ich möchte im Interesse der Allgemeinheit, ebenso wie Kollege Abram gesagt hat, ausrufen: Bürger, Bauern und Arbeiter, beraten wir, was wir brauchen! Auch hier in diesem Hause sitzen Bürger, Bauern und Arbeiter, hier wäre der Ort, zu beraten, wie wir unsere Not beheben. Mit Streitigkeiten und Parteisucht wird die Produktion nicht gehoben. Nicht nur im Tiroler Landtag, sondern vor allem hier im Volks Hause gilt es, der Allgemeinheit zu helfen. Nur so können wir unserem Volke den besten Dienst erweisen, können wir aus der Schuldenlast zum Wohle der Allgemeinheit herauskommen. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erteile dem Herrn Abg.ordneten Forstner das Wort.

Abgeordneter Forstner: Geehrte Herren! Der Herr Abgeordnete Schneidmahl hat schon gestern einiges über die Zustände im Staatshengstendepot mitgeteilt und ich muß feststellen, daß viele von uns, die wir ja in diesem Hause in bezug auf altösterreichische Verwaltung ziemlich vieles gewohnt sind, über die Mitteilungen, die in dieser Beziehung gemacht worden sind, sehr überrascht waren. Es sieht wirklich so aus, als ob die Herren, die mit der Verwaltung des Staatshengstendepots betraut sind, annehmen würden, daß die Hauptsache nicht die Staatshengste, sondern sie selbst sind. Hauptsache ist den Herren ihre ruhige und schöne Existenz. Daß dabei der Staat um viele Hunderte Millionen jährlich geschädigt wird, wenn so gewirtschaftet wird, daran denken die Herren nicht.

Ich will die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schneidmahl durch einige Mitteilungen ergänzen. Es wurden schon im Jahre 1920 und heuer in Wien in Schönbrunn die Staatshengste zusammengezogen, angeblich in ein Winterquartier. Mann hat in Schönbrunn 50 oder 60 Stück teurer Staatshengste bester Qualität in einem einzigen Stalle zusammengezogen, was heute kein Mensch mehr macht, denn dadurch gefährdet man alle Pferde auf einmal. Kein Mensch auf der Welt, der von Pferdmaterial nur ein wenig versteht, kann so dumm sein, 50 bis 60 Stück der teuersten Qualität in einem einzigen Stalle zusammenzustellen, wodurch alle Pferde gefährdet werden, wenn eines davon von Rotz, Influenza oder einer sonstigen Infektionskrankheit befallen wird. Auf einen Ruck müssen dann alle Pferde in Kontumaz eingestellt, eventuell der Vernichtung zugeführt werden, wodurch das ganze in Niederösterreich befindliche Hengstmaterial, das zur Deckung zur Verfügung stehen soll, plötzlich vernichtet ist. Abgesehen davon, weiß jedes Kind, das mit Fuhrwerk und Pferden zu tun hat, daß man in einem Stalle nicht mehr als 10 bis 15 Stück stellt, damit nicht das ganze Material auf einmal durch eine Infektionskrankheit gefährdet werde.

Es kommt mir beinahe so vor, als ob es den Herren, die mit der Verwaltung des Staatshengstendepots betraut sind, nur darum zu tun wäre, in Wien zu bleiben, wo es Theater und Konzerte gibt und das Leben im Winter angenehmer ist, als ob sie sich hier viel wohler fühlen würden, als draußen auf einer Station. Das kann man niemanden erzählen, daß die Stallungen draußen in den Stationen so schlecht sind, daß man dort Pferde über den Winter nicht einstellen kann. Und wenn sie so schlecht sind, müssen sie entsprechend eingerichtet werden und man hätte Zeit genug dazu gehabt. Also wie ist denn die Sache? Es war beabsichtigt, die ehemaligen Hoffstallungen für die Wiener Messe bereitzustellen und das Fuhrwerk-

depot von den Hoffstallungen nach Schönbrunn zu verlegen. Aber innerhalb 14 Tagen oder drei Wochen sind die Hengste aus ganz Niederösterreich zusammengezogen worden, als bekannt geworden ist, daß eine Kommission nach Schönbrunn kommt, um zu untersuchen, ob dort nicht Platz für den Fuhrwerksbetrieb ist. Innerhalb von 8, 14 Tagen war der ganze Stall voll Hengste. Es zeigt sich ganz deutlich die Absicht, zu verhindern, daß Platz für die Wiener Messe geschaffen wird.

Ich konstatiere: es geht absolut nicht an, daß die Herren von der Verwaltung des Staatshengstendepots meinen, ihre Bequemlichkeit sei die Hauptsache und das Wichtigste, und die anderen, volkswirtschaftlich wichtigen Dinge seien Nebensache. Uns ist die Wiener Messe tausendmal mehr wert als alle Hengste und alle Herren beim Hengstendepot zusammen. Wir brauchen Platz für die Wiener Messe und für die Wiener Messe muß Platz geschaffen werden, weil das volkswirtschaftlich für Österreich von größter Bedeutung ist. Uns sind die Hengste nicht so wichtig, ganz besonders deshalb nicht, weil auswärts genügend Platz für die Tiere vorhanden ist. Ich behaupte daher, daß die Hengste hier in Wien nur deshalb zusammengezogen und in diesen schlecht ventilierten, großen Stallungen untergebracht wurden, um zu verhindern, daß der Fuhrwerksbetrieb zusammengezogen wird. Die Herren glauben eben, sie seien der Nabel der Welt, sie seien die wichtigsten Personen und um sie drehe sich die ganze Sache. Ich möchte dem Herrn Minister schon empfehlen, da beim Staatshengstendepot einmal gründliche Remedur zu schaffen. Eine solche Sanwirtschaft existiert ja beinahe auf keinem Gebiete wie hier. Pensionieren Sie doch einmal ein paar von diesen Herren, wenn sie sich so unfähig erweisen, die Geschäfte zu führen, und als unfähig haben sie sich in diesem Falle wie in allen anderen Fällen erwiesen, wie gestern schon Kollege Schneidmahl angeführt hat. Sieben Beante — zwei Hengste! (Heiterkeit.)

Es ist ja zum Verrücktwerden! Stellen Sie sich vor, daß irgendein Privatmann so wirtschaften würde! Der würde nicht nur zugrunde gehen, sondern käme wegen verbrecherischer Krüda ins Landesgericht. Aber beim Staate geht die Wirtschaft so fort. Eine ganze Menge pensionierter Offiziere scheint dort untergebracht zu sein und sie glauben, daß sie dort das Lotterleben, das sie im Kriege geführt haben, jetzt in diesem armen, ausgebluteten Staate weiterführen können. In diesem Staate muß sich jeder einschränken, jeder Mensch muß schwere Verpflichtungen auf sich nehmen und sich schwer sorgen. Wenn die Herren so in den Tag hineinleben und nur dafür sorgen, ihre Bequemlichkeit zu sichern, ohne Rücksicht darauf, ob der Staat geschädigt wird, kann man überhaupt

nicht existieren, da muß der Staat zugrunde gerichtet werden, dann wird er zugrunde gerichtet durch die Staatsverwaltung selbst, die dazu da ist, für ihn zu sorgen. Draußen stehen die Hengstendepots vollkommen leer. Draußen stehen Schläffer leer. Was ist es mit den Stallungen in Eckartsau, in Artstetten, in Bruck an der Leitha? Was ist es mit dem Staatsgestüt in Waldhof bei Hainfeld usw.? Was sucht denn überhaupt die große Zahl von Hengsten in Wien? Züchtet man denn um Himmels willen hier Pferde? Braucht man hier Hengste zu dem Zwecke, den sie erfüllen sollen? Die Fuhrwerker hier haben nur Gebrauchspferde, aber niemand züchtet hier Pferde, das tun nur die Bauern, und es wundert mich, daß die Agrarier es sich gefallen lassen, daß so gewirtschaftet wird, daß die Hengste, die zur Deckung da sind, zur Kuhnziegung, zum Einspannen, Ernten, Pflügen und Säen verwendet werden und zu Fahrwerksleistungen herangezogen werden. Sie müssen doch als Pferdezüchter wissen, daß das Pferdmaterial, das zur Arbeit verwendet wird, für den eigentlichen Zweck, für den es bestimmt ist, einfach nicht zu brauchen ist.

Es scheint, als ob da einzelne Protektionsfinder an dieser Einstellung von Hengsten Interesse hätten, wahrscheinlich einflußreiche Wähler, und da rührt sich die ganze deutsche Bauernpartei mitsamt den christlichsozialen Bauern nicht, um diesem Übelstand abzuhelfen. Ich kann aber versprechen, daß wir von unserer Partei aus alles unternehmen und in diesen Saustall des Staatshengstendepots hineinleuchten werden, und daß wir nicht früher Ruhe geben werden, bis da nicht Ordnung geschaffen wird. Das sind wir unseren Wählern und der gesamten Bevölkerung gegenüber verpflichtet. *(Beifall.)*

Vereinbarungsgemäß soll nun das Staatshengstendepot aus Schönbrunn verlegt werden. Einige Pferde sollen aufgeteilt werden und etwa 40 Stück sollen in die Hermesvilla im Tiergarten kommen. Nun hat die Wiener Straßenbahn dort Stallungen gemietet, und es kostet ihr viel Geld, den Abtransport dieses Materials zu bewerkstelligen. Die Wiener Straßenbahn hat sich dazu ohne weiteres bereit erklärt und hat bereits ihre Vorbereitungen für den Abtransport getroffen, wenn nicht schon begonnen worden ist. Die Herren vom Staatshengstendepot reden aber davon, daß sie geneigt sind, im März oder April die Pferde wegzubringen. Im März soll aber schon die Wiener Messe stattfinden. So wird alles in diesem Staate sabotiert, alles wird unmöglich gemacht, nur durch die Gedankenträgheit und die Handlungsträgheit einzelner Staatsbeamten, die sich absolut nicht dazu aufraffen können, das zu tun, was unbedingt notwendig ist. Oder warten die Herren wirklich darauf, bis in einem Stall der Rost oder die Influenza auftritt, bis wirklich das ganze Material hin ist? Ich weiß

nicht, worauf sie warten. Wenn sie bis März warten, dann werden, das läßt sich mit Sicherheit voraussagen, wenn in Wien eine epidemische Krankheit ausbricht, die Hengste zugrunde gehen und der Staat ist um viele Hunderte Millionen geschädigt. Denn unter diesen Pferden befinden sich Stücke, von denen ein einziges Millionen Kronen wert ist und die heute überhaupt nicht zu ersetzen sind.

Ich möchte also bringend fordern, daß das Staatshengstendepot in Schönbrunn so bald als möglich aufgelöst werde und stelle folgenden Antrag *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, die derzeit als Winterquartier für das niederösterreichische Staatshengstendepot in Verwendung stehende Station in Wien, Schönbrunn, sofort zu räumen. Das Pferdmaterial ist so unterzubringen, daß eine Gefährdung der Tiere durch Infektionskrankheiten nach menschlicher Voraussicht auf ein Mindestmaß reduziert wird.“

Es wird an dem Wort „sofort“ gemäkelt. Ich sage ausdrücklich: „sofort“, denn wenn das nicht dasteht, so heißt das „sofort“ September oder Oktober 1922. Ich bin neugierig, ob unter den christlichsozialen oder deutschnationalen Bauern einer den Mut finden wird, gegen diese Resolution zu stimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Abgeordnete Forstner hat einen Beschlussantrag gestellt. Die Herren Abgeordneten haben ihn gehört. Ich stelle die Unterstützungsfrage und bitte diejenigen Abgeordneten, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschwie.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Weigl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Weigl: Hohes Haus! Eine dauernde Besserung unserer Staatsfinanzen kann nur dann herbeigeführt werden, wenn es uns gelingt, eine vernünftige Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Wollen wir dies erreichen, so müssen wir uns in erster Linie über die Ursachen klar sein, welche das große Defizit unseres Staatshaushaltes bedingt haben. Diesbezüglich möchte ich vor allem anderen auf die Folgererscheinungen des Krieges hinweisen, welche unserer Volks- und Staatswirtschaft sehr großen Schaden zugefügt haben. Ganz besonders verweise ich aber auf den unglücklichen Friedensvertrag, auf das plötzliche Herausreißen aus einem großen Wirtschaftsgebiet und dadurch bedingte Mißverhältnis zwischen Konsum und Produktion. Das Defizit ist daher hauptsächlich

ein Wirtschaftsdefizit, dadurch verursacht, daß wir eben die Lebensmittel und Rohstoffe größtenteils einführen müssen. Dieses Mißverhältnis wird, wenn auch nicht gänzlich behoben, so doch etwas gemildert werden, wenn der Anschluß Westungarns endlich vollzogen sein wird. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Lebensmittel. Ferner möchte ich die staatlichen Lebensmittelzuschüsse als Folge der falschen Konstruktion unseres Staates und der Verschlechterung unserer Staatsfinanzen erwähnen, schließlich auch die unproduktive und schädliche Tätigkeit der Valutaschieber, die unser Finanzminister mit Recht als die größten Schädlinge unseres Volkes und als Hochverräter bezeichnet hat, gegen die mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden muß.

Unsere Krone krankt aber, wie ich bereits erwähnt habe, nicht bloß an der Finanzwirtschaft, sondern auch an der Volkswirtschaft, und eine Hebung des Kronenkursums kann vor allem nur dadurch herbeigeführt werden, daß die innere Kraft der Volkswirtschaft und vor allem die der Landwirtschaft zunimmt. Wir müssen trachten, daß die Milliardenimporte an Lebensmittel soweit als möglich vermindert werden. Das wird uns nur dadurch gelingen, wenn wir die heimische Landwirtschaft nach Möglichkeit heben und fördern, eine Maßnahme, die gewiß auch aus gesamtsstaatlichen Gründen berechtigt erscheint.

Die heimische Landwirtschaft ist nach ihrem heutigen Stande leider nur in der Lage, ein Drittel des Bedarfes zu decken. Wir sind aber überzeugt, daß bei Anspannung aller Kräfte die Möglichkeit besteht, zwei Drittel des Bedarfes im Inlande anzubringen. Natürlich nur dann, wenn eine Hochkultur auf dem Gebiete der Landwirtschaft Platz greift, was nicht nur in volkswirtschaftlicher und staatsfinanzieller, sondern auch in nationaler Hinsicht von größter Bedeutung ist, weil wir dadurch vom Ausland unabhängiger werden.

Es wurde schon von meinen Vorrednern darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft im Budget sehr tiefmütterlich bedacht wurde. Die Summen, die darin erscheinen, stehen in keinem Verhältnis zur Wichtigkeit der Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, daß die Schuld daran nicht an dem Bundesministerium für Landwirtschaft liegt, sondern daß das Finanzministerium in dieser Hinsicht Schwierigkeiten gemacht hat. Das ist ja bekannt. Aber ich glaube, der Staat hat nicht nur ein Interesse, sondern auch die Pflicht, hier höhere Beträge zu bewilligen, da ja der Staat selbst teilweise, ja größtenteils an dem Rückgang der Landwirtschaft Schuld trägt. Ich möchte nur auf die staatliche Höchstpreispolitik hinweisen, die einen Rückgang der Produktion in der Landwirtschaft zur Folge hatte, weil die Produktionsmittel, die dem Weltmarktpreis angepaßt sind, von vielen Land-

wirten infolge der bestehenden Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte nicht erworben werden konnten. Ich möchte auch auf die Zwangswirtschaft verweisen, die die Landwirtschaft nicht gefördert hat. Sie hat vielmehr das Gegenteil verurteilt, da verschiedene vernünftige wirtschaftliche Maßnahmen infolge der Zwangswirtschaft nicht durchgeführt werden konnten. Ich verweise ganz besonders auf die scharfen Fütterungsverbote, die während des Krieges erlassen wurden und zur Folge hatten, daß der Viehstand reduziert werden mußte. Die weitere Folge war, daß Fleisch, Fett und Milch immer geringer wurden und daß auch ein Düngermangel eingetreten ist, der schließlich und endlich einen Raubbau auf dem Gebiete der Landwirtschaft nach sich zog.

Ich verweise ferner auf die Landflucht; es mangelte an Arbeitskräften, und schließlich weise ich auf den Mangel an Produktionsmitteln, insbesondere an Kunstdünger hin. Es war leider nicht möglich, selbst um teures Geld die entsprechenden Mengen an Kunstdünger zu erlangen. Es wurde heute hier erwähnt, daß die Zollpolitik nicht richtig gewesen ist, beziehungsweise daß eine richtige Zollpolitik für die Landwirtschaft keine Bedeutung hat. Dem muß ich widersprechen und behaupten, daß die frühere Zollpolitik nicht richtig war, daß sie die Interessen der Landwirtschaft viel zu wenig würdigte, was sich jetzt bitter rächt, indem unsere Landwirtschaft rückständig geworden ist. Das sind die wahren Ursachen, die den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge hatten, und nicht, wie vielfach behauptet wird, daß der Rückgang teilweise auch auf die Bequemlichkeit oder gar Faulheit vieler Landwirte zurückzuführen ist. Ich kann konstatieren, daß, wenn alle Stände so fleißig gearbeitet hätten, wie der Bauernstand (Beifall), der Wiederaufbau unseres Staates schon viel weiter vorgeschritten wäre, als es bis heute der Fall ist.

Es wird auch immer behauptet, daß der Bauer heute viel mehr Geld hat, als früher. Ich gebe es zu, aber das ist nur darauf zurückzuführen, daß die Bauernschaft nicht acht Stunden, sondern länger gearbeitet und auch sparsamer gelebt hat. (Sehr richtig!) Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß diese angeblich aufgestapelten Gewinne nur Scheingewinne sind, denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Landwirte während des Krieges und auch nach dem Kriege teils aus Mangel an verschiedenen dazu notwendigen Materialien, teils aus Mangel an Handwerkern nicht in der Lage waren, die Instandhaltung der Baulichkeiten und der Wirtschaftsobjekte im allgemeinen durchzuführen. Wenn heute die Landwirte ihre Wirtschaft wieder so herstellen wollten, wie sie vor dem Kriege war, wenn die Äcker, die heute

ausgesaugt sind, wieder fruchtbar gemacht werden sollen, wie es im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, dann wird vielleicht kein Bargeld mehr da sein, sondern nur Schulden. Wollen wir daher, daß der Bauernstand nicht abermals verschuldet wird und die Landwirtschaft steuerkräftig bleibt, wollen wir, daß der Import im Interesse aller Stände verringert wird, dann müssen wir unbedingt fordern, daß eine Förderung der Landwirtschaft aus öffentlichen Mitteln ehestens eintritt. Wir begrüßen daher aus diesen Gründen das Landeskulturförderungsgesetz, welches in allernächster Zeit im Hause eingebracht werden wird und welches sich auf alle Zweige der Landwirtschaft erstrecken wird. Wir sind auch gleich dem Kollegen Schneidmader gegen die Subventionswirtschaft. Auch ich bin dieser Anschauung, weil die Subventionswirtschaft keine guten Früchte gezeitigt hat, sondern ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine Förderung in sachlicher und organisatorischer Hinsicht Platz greifen muß. Dadurch sind wir mit verhältnismäßig weniger Mitteln und Regien in der Lage, jene Maßnahmen durchzuführen zu können, die im Interesse der Landwirtschaft gelegen sind.

Hier muß vor allem anderen das landwirtschaftliche Bildungsweien hervorgehoben werden und diesbezüglich muß ich leider konstatieren, daß Österreich sehr rückständig ist, was schon daraus hervorgeht, daß wir in ganz Österreich nur 57 landwirtschaftliche Schulen haben, gewiß eine Zahl, die mit Rücksicht auf das große Produktionsgebiet viel zu niedrig ist. Wenn man bedenkt, daß das Fundament einer landwirtschaftlichen Hochkultur die landwirtschaftliche Bildung ist, so muß man gewiß zur Erkenntnis kommen, daß hier ehestens Wandel geschaffen werden muß. Nur dann ist es möglich, daß alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft einen Erfolg zeitigen, wenn sie richtig und zielbewußt angewendet werden, was aber nur möglich ist, wenn der Landwirt über entsprechende Kenntnisse verfügt, denn sonst kann es vorkommen, wie es leider heute vorkommt, daß eine Verschwendung des Volksvermögens stattfindet, wenn die verschiedenen Mittel nicht zielbewußt und rationell angewendet werden. Die Errichtung von landwirtschaftlichen Fachschulen ist also unbedingt notwendig und soll raschestens durchgeführt werden. Es müssen aber auch deshalb mehr Schulen geschaffen werden, weil man auch Vorkehrungen treffen muß, durch die es auch den Kleinhäuslern und den landwirtschaftlichen Arbeitern ermöglicht wird, sich eine landwirtschaftliche Bildung zu erwerben. Um dies besser zu ermöglichen, müssen auch landwirtschaftliche Kurse in allen Bezirken eingeführt werden, weil derartige Institutionen viel schneller eine Einführung in das landwirtschaftliche Fachwissen ermöglichen. Es ist dazu viel weniger Zeit

erforderlich und auch in finanzieller Hinsicht kann der Staat, beziehungsweise das Land diesen Unterricht viel leichter durchführen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß gerade die landwirtschaftlichen Arbeiter der wichtigste Produktionsfaktor ist und daß es daher auch im Interesse der Landwirte selbst gelegen ist, wenn diese über entsprechende Fachkenntnisse verfügen.

Wenn ich an die Ausbildung des landwirtschaftlichen Bildungswesens denke, muß ich vor allem anderen die Ausgestaltung und Erweiterung der sogenannten Bauernschulen, der Winterschulen, und in zweiter Linie der ein- und zweijährigen Fachschulen fordern. Selbstverständlich können wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß auch landwirtschaftliche Mittelschulen erforderlich sind, ja auch die Hochschule für Bodenkultur ist im Interesse der Bauernschaft notwendig, schon deshalb, weil gerade in dieser die Fachmänner herangezogen werden, die später berufen sind, an den landwirtschaftlichen Fachschulen die Söhne der Landwirte zu unterrichten und zu unterweisen. Deshalb haben wir auch ein Interesse daran, daß diese höchste landwirtschaftliche Schule entsprechend ausgestattet ist. Das trifft leider nicht zu. Besonders fehlt es an der Versuchswirtschaft; wir verlangen nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische Ausbildung; Theorie und Praxis müssen Hand in Hand gehen, denn nur dann ist es möglich, die höchsten Leistungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu erzielen. Deshalb begrüßen wir freudigst die Entschlußung, in welcher vor allem anderen die Angliederung eines zweckentsprechenden Talgutes mit dazu gehöriger Alpe als Versuchsobjekt und zu Demonstrationszwecken an die Lehrkancel für Tierzucht an der Hochschule für Bodenkultur gefordert wird, wodurch diese, die sich in den bewährten Händen des Hofrates Adametz befindet, der bekanntlich auf diesem Gebiete den besten internationalen Ruf besitzt, ausgearbeitet wird. Gerade auf diesem Gebiete ist eine solche Ausgestaltung besonders notwendig, weil zwei Drittel unserer Produktionsfläche dem Alpenlande angehört. Neben der Ausbildung des landwirtschaftlichen Schulwesens muß auch ein intensiver Wanderunterricht Platz greifen.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter als einer der wichtigsten Produktionsfaktoren zu gelten haben. Deshalb muß auch dem landwirtschaftlichen Arbeiterwesen die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ganz besonders verlangen wir, daß in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung das Größtmögliche geleistet wird.

Ich möchte nur kurz auf einige Zweige unserer Landwirtschaft hinweisen, die gerade in Niederösterreich von größter Wichtigkeit sind, auf den Wein-, den Obst- und den Gemüsebau. Das sind sehr wichtige

Zweige unserer Landwirtschaft, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Was den ersteren Zweig, den Weinbau anbelangt, so habe ich schon wiederholt Gelegenheit gehabt, auf seine volkswirtschaftliche und staatsfinanzielle Bedeutung hinzuweisen. Ich möchte dies auch heute wieder tun, um so mehr als sich gerade der Weinbau in einer schweren Krise befindet. Das sind Folgeerscheinungen des Krieges. Der gefürchtete Feind des Weinbaues, die Phyloxera, tritt immer mehr auf.

Es fehlte besonders während des Krieges an Bekämpfungsmitteln und jetzt weist unser Weinbau große Lücken auf, die wieder ausgefüllt werden müssen nicht nur im Interesse der Bauerschaft, sondern auch im Interesse unseres Staates, damit auch dieser Stand steuerkräftig bleibt. Wenn man bedenkt, daß aus dem Weinbau allein 4 Milliarden Steuern fließen, so glaube ich, damit schon den Beweis erbracht zu haben, daß unser Staat ein eminentes Interesse daran hat, auch diesen Zweig unserer Landwirtschaft zu erhalten.

Ich möchte auch kurz auf das Wiederbesiedlungsgesetz zu sprechen kommen. Es wurde nämlich behauptet, daß diesbezüglich nichts geschieht und daß das ganze nur eine Augenauswischerei ist. Ich möchte konstatieren, daß wir diesbezüglich keiner Partei einen Vorwurf machen können, sondern daß die Verzögerung, die hier eingetreten ist, nur darin zu suchen ist, daß es sich um eine neue Aktion handelt, die an Kinderkrankheiten leidet, die erst überwunden werden müssen. Ich habe selbst in meinem Viertel, im Waldviertel, wiederholt Gelegenheit genommen, zu intervenieren, weil verschiedene Großgrundbesitzer den Versuch unternommen haben, dieses Gesetz zu umgehen und jene Anwesen, die im Verzeichnis bereits enthalten gewesen sind, wieder herauszubringen. Ich habe es dahin gebracht, das zu vereiteln, und ich kann hier berichten, daß es schon in der allernächsten Zeit zur praktischen Wiederbesiedlung kommen wird. Ich möchte übrigens bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß auch das sogenannte Schlössergesetz ebenfalls große Schwierigkeiten verursacht hat, weil es auch etwas Neues ist.

Es könnten noch verschiedene andere Maßnahmen angeführt werden, die geeignet sind, die Landwirtschaft zu fördern. Ich unterlasse es aber, hauptsächlich darum, weil wir uns, wie ich schon eingangs erwähnt habe, in der allernächsten Zeit mit dem sogenannten Landeskulturförderungsgesetz beschäftigen werden, wo reichlich Gelegenheit sein wird, die Wünsche und berechtigten Forderungen der Landwirtschaft vorzubringen. Ich schließe daher meine Ausführungen mit dem Wunsche, daß endlich einmal alle maßgebenden Faktoren und besonders alle Parteien des Nationalrates die volks- und staatswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft

erkennen und danach handeln mögen — zum Wohl des Staates und zum Wohl unserer Bevölkerung. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft; ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Dr. Hennek**: Hohes Haus! Es ist mir leider nicht möglich, auf alle Anregungen, Wünsche und Beschwerden, teilweise auch Anfragen, die in der bisherigen Debatte vorgekommen sind, zurückzukommen. Ich werde aber so vollständig als möglich auf das, was mir als das Wichtigste und Dringendste erscheint, reflektieren. Zunächst möchte ich allen jenen Rednern meinen Dank aussprechen, die dafür eingetreten sind, daß die Land- und Forstwirtschaft nach Möglichkeit gefördert wird und ihr die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Einer jeden Kritik glaube ich weitest entgegenzukommen, ja, ich begrüße jede Kritik. Ich möchte aber erwähnen, daß von der linken Seite des Hauses Angriffe auf das Amt erfolgten, die ich doch als sehr, ich möchte sagen, pauschal, als zu allgemein bezeichnen möchte, und die ich um so mehr bedauere, als dadurch einerseits die Arbeitsfreudigkeit der Beamten beeinträchtigt, andererseits aber auch der Außenwelt ein schlechtes Bild von der Tätigkeit in dem Amt gegeben wird, dem vorzuziehen ich die Ehre habe. Wenn einzelnes vorgekommen ist, was nicht zu billigen ist, wenn wir heute unter so schwierigen Verhältnissen zu arbeiten haben, so darf daraus doch ein Rückschluß auf den ganzen Komplex der verschiedensten Arbeiten des Amtes gewiß nicht gezogen werden. *(Sehr richtig!)*

Ich möchte vor allem etwas erwähnen: Von der linken Seite des Hauses wurde das Prinzip der Subventionierung geradezu in Frage gestellt. Es wurde von anderer Seite auseinandergesetzt, daß der Bund wie die Länder — Landeskultur ist ja Sache der Länder — die Pflicht haben, aus öffentlichen Mitteln die Produktion zu heben und zu fördern, was ja letzten Endes allen Bevölkerungsschichten, also auch den Konsumenten zugute kommt. Ich möchte mir erlauben, in dieser Hinsicht auf das Ausland hinzuweisen. Ich kenne keinen Kulturstaat, welcher nicht eine Subventionierung der wichtigsten Landwirtschaftszweige durchführt. Die Schweiz, die auf einer sehr hohen Kulturstufe steht, wendet Millionen Franken — nicht Millionen Kronen — dafür auf und hat damit die besten Erfahrungen gemacht. In Frankreich werden ebenfalls reichliche Subventionen gewährt; dort besteht auch in weitgehendem Maße das System der Anbau-

prämien. In England bestand bis vor ungefähr neun Jahren keine direkte Subventionierung der Landwirtschaft, auch nicht der Tierzucht, der Pferde- zucht usw. Aber man hat eingesehen, daß dies notwendig ist, und ist an eine Subventionierung der Rinderzucht, der Pferde- zucht, der Meliorationen usw. geschritten. Die deutschen Verhältnisse dürften ja allgemein bekannt sein.

Wenn das nun alle Kulturländer tun, müssen wir es um so mehr tun, als unsere Landwirtschaft durch den Krieg und die Kriegsnachfolgezeit besonders gelitten hat, dies somit aus dem Titel des Wiederaufbaues ganz besonders notwendig ist. Diesem Zwecke soll das hier oft erwähnte Landes- kulturförderungsgesetz dienen.

Wenn die Herren das Budget ansehen, so werden sie einzelne Ziffern finden, die eigentlich nur im Budget stehen, damit dieser Posten nicht außer Evidenz gelange. Wenn für sämtliche 57 Schulen, die der Herr Abgeordnete Weigl früher erwähnt hat, als Erhaltungsbeitrag ein Betrag von 400.000 K. einge- setzt ist, so ist das für die heutigen Verhältnisse nichts; und wenn für die Hebung der Pflanzenzucht, ich glaube, 90.000 K. einge- setzt sind, so kann man damit heute überhaupt gar nichts machen. Sogar noch geringere Beträge sind im Budget zu finden.

Ich darf noch erwähnen, daß die Behauptung, dieses Landes- kulturförderungsgesetz sei einmütig abgelehnt worden, wohl nicht richtig ist. Es bestand zwar die Befürchtung, daß die Autonomie der Länder verletzt wird, aber die Verhandlungen, die über diesen Entwurf bisher gepflogen wurden, weisen einen günstigen Fortschritt auf.

Unter den Tätigkeitsgebieten, die das Land- wirtschaftsamt zu verwalten oder auf die es einen Einfluß hat, wurde als ein, ich möchte sagen, Passivposten die Agrarreform, die Bodenreform be- sonders angeführt. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich über den Verdacht erhaben bin, irgendwie gegen eine Bodenreform oder Agrarreform zu sein. Denn zu einer Zeit, als noch das alte Österreich existierte und die Großgrundbesitzer weitaus mächtiger waren, als sie es heute sind, als sich die wenigsten Leute in Österreich mit Agrar- und Bodenreform beschäftigt haben, die diesbezüglichen Anläge meist schon im Keime erstickt wurden, habe ich schon darüber gestritten und auf die Notwendigkeit solcher Reformen hingewiesen, und zwar auf Grund von Studien, die ich im Auslande zu machen Gelegen- heit hatte. (Beifall.) Ich möchte also sagen, daß ganz bestimmt irgendeine bodenreformfeindliche Haltung meinerseits ausgeschlossen ist. Ich würde mich ja selbst desavouieren. Ich möchte aber trotzdem erwähnen, daß ich von jedem Standpunkt aus gewaltsame Eingriffe, ein Zerreißen und Zerstückeln, bei

Fehlen eines geordneten Systems vollkommen abweisen muß. (Zustimmung.) Ich möchte in dieser Hinsicht betonen, daß neulich in der „Arbeiter-Zeitung“ — ich rufe Sie als Zeugen auf — eine Reihe interessanter Artikel standen, in denen auf Grund der Quellen Dr. Raug's und direkter anderer russischer Quellen auseinandergesetzt wurde, welches die Ursachen des entsetzlichen Chaos sind, das jetzt in Rußland herrscht. Es wurde die Zwangsbewirtschaftung dort geschildert, die teils mit militärischen Eingriffen verbunden war, es wurde aber auch gesagt, daß die planlose Zerschückelung des Grund und Bodens, daß die Zuweisung von Grundstücken an Leute, die mit der Bodenbewirtschaftung bisher nichts zu tun hatten, die Hauptursache ist, daß die Produktion einen so enormen Rückgang aufgewiesen hat. (Lebhafte Zu- stimmung und Zwischenrufe.)

Wir haben dafür auch Beispiele in Rumänien und Jugoslawien. Da ist es in den einzelnen Gegenden sehr verschieden, aber ich kenne selbst Beispiele von Leuten, die von dort gekommen sind und erzählt haben, daß manchmal Grundstücke an Leute gegeben wurden, die weder Vieh noch Inventar, noch Gebäude hatten, um sie zu bewirtschaften. Dadurch wurde natürlich viel mehr Schaden an- gerichtet, und wer hat den letzten Schaden? Die Konsumenten, weil dadurch selbstverständlich die Pro- duktion zurückgeht. (Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)

Es wurde gesagt, daß die Wiederbesiedlung geradezu, es fiel der Ausdruck, ein Schwindel ist. Nun, ich gestehe zu, der Wiederbesiedlung haben sich große Hindernisse in den Weg gestellt. Der Hauptgedanke der Wiederbesiedlung war, was ich vor Jahren schon verfochten habe, einerseits ein produktionspolitisches Moment, das heißt, es soll mehr produziert werden, andererseits ein soziali- politisches Moment, das heißt, es soll eine Zahl von Leuten ein Heim finden und dort ihrer land- wirtschaftlichen Arbeit leben, zufrieden und zum allgemeinen Wohle. Nun kam aber die entsetzliche Zeit der Kronenentwertung und ich frage mich, wie es heute möglich ist, solche neue Heime zu schaffen? (Zustimmung.) Für das Inventar, die Gebäude usw. sind solche Summen erforderlich, daß es eben leider in den wenigsten Fällen möglich ist, derartige Neu- ansiedlungen durchzuführen. Das ist eine der Haupt- ursachen, warum die Wiederbesiedlung einen relativ viel geringeren Erfolg gebracht hat, als erwartet wurde.

Weiters muß man ja nach den Bestim- mungen des Gesetzes und auch nach der Vernunft systematisch vorgehen im Interesse derjenigen, welchen das Gut weggenommen wird, noch mehr aber im Interesse derer, die sich darum bewerben; denn es müssen geeignete Bewerber ausgesucht und dem geeigneten Bewerber muß der Weg geebnet werden.

Ich habe hier eine kleine Statistik der Wiederbesiedlungsfälle, welche bisher behandelt wurden. Was die Wiederbesiedlung ganzer gelegter Güter anbelangt, so ist die Anzahl der Güter in Niederösterreich allein, welche im Erkenntnisssenat der Agrarlandesbehörde behandelt wurden, 1096 (*Hört!*), in ganz Österreich zusammen 2966. Das Verfahren wurde eingeleitet in ganz Österreich zugunsten von Bewerbern, und zwar um ganze Güter in 342 Fällen und bei der Rückgewinnung von Bestandteilen nach § 16 in 1340 Fällen. Die Anzahl der genehmigten Bestandteils-Übereinkommen beträgt 110. Ich gesthe zu, daß diese Ziffern nicht sehr hoch sind, aber ich bitte zu bedenken, wie viele Leute wir brauchen würden, um ein schnelleres Tempo in die Sache hineinzubringen. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir einen sehr arbeitsfreundigen Stand von Agrarjuristen und Agrartechnikern haben, die dieses Verfahren durchführen und damit zu tun haben. Die Agrarbeamten sind mit dieser Arbeit außerordentlich beschäftigt. Wir haben nun — und jetzt komme ich auf eine andere Sache, die damit im Zusammenhange vorgebracht wurde — die Kommassationen. Die Notwendigkeit der Kommassationen brauche ich hier nicht näher auszuführen. Nun ist die Zahl der Kommassationen — diese Frage wurde an mich gerichtet — leider eine geringe. Sie wissen, daß eine Kommassation in einer Gemeinde eine Angelegenheit ist, die zwei bis drei Jahre dauert. Das Verfahren hat sich aber übrigens bei uns überall gut bewährt und ist besonders in Niederösterreich schon in größeren Gebieten durchgeführt. Ich wurde gefragt, wie viele Zusammenlegungen in den letzten Jahren gemacht wurden. Es wurden acht Zusammenlegungen gemacht und sechs sind in Arbeit. Das ist allerdings wenig, das gestehe ich zu. Allein man braucht für eine Zusammenlegung in einer Gemeinde lange Zeit und eine gewisse Anzahl von Technikern. Dann haben die Agrarbehörden bekanntlich außerdem die Regulierungen und Teilungen von Agrargemeinschaften durchzuführen, ferner die Servitutablösungen, die Servitutregulierungen und außerdem haben sie sehr wichtige und erfolgreich durchgeführte Arbeiten in den Kriegslagern gehabt. Als die Kriegslager liquidiert wurden, wie in Hart, Sigmundshergberg, Wieselburg, Bögaßtal, wurde von den Agrarbehörden die Rekultivierung durchgeführt. Wir haben im ganzen 168 Agrartechniker, die die technischen Arbeiten durchzuführen haben, und wir haben vom Finanzministerium schon die Ermächtigung, eine größere Anzahl einzustellen. Wir würden das selbstverständlich tun, können es aber nicht infolge gewisser physischer Hindernisse, vor allem infolge Wohnungsmangels. Es ist in manchen Orten absolut nicht möglich, Agrarbeamte unterzubringen, da für Ranzlei und Wohnung kein Raum zu finden ist. Es wurde vom

Herrn Abgeordneten Schneidmahl ein Fall herausgehoben, und zwar der Wiederbesiedlungsfall Wilo Weitmann bei Waidhofen an der Ybbs. Ich erlaube mir — ich habe mir den betreffenden Akt kommen lassen — darauf folgendes zu antworten (*liest*):

„Die Gemeinde Zell-Arzberg beantragte ursprünglich die Aufnahme von 15 dem Weitmann gehörigen Gütern in das Wiederbesiedlungsverzeichnis, reduzierte aber später ihren Antrag auf die Aufnahme von zwei Gütern. Der Erkenntnisssenat der Agrarlandesbehörde erkannte in seiner Sitzung am 22. Juni 1920 nach Anhörung der Sachmänner aus den Kreisen der Landwirtschaft auf Aufnahme von bloß zwei Gütern und Streichung von 13 Gütern im Hinblick auf die zweckmäßig eingeleitete und mit nachhaltigem Erfolge geführte Bewirtschaftung der Weitmannschen Güter. Verschiedene nachträglich eingelangte Refrimationen ließen aber diese Annahme als nicht zutreffend erscheinen, weshalb die Agrarlandesbehörde neuerliche Erhebungen pflegen ließ. Die Agraroberbehörde, gleichfalls auf den Fall aufmerksam gemacht, requirierte vom Gesichtspunkte der Handhabung des Aufsichtsrechtes das Aktenmaterial, während die Agrarlandesbehörde ihrerseits selbst den Antrag auf Aufhebung des gefällten Erkenntnisses stellte, um für eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Beurteilung des Falles freie Hand zu bekommen. Der Erkenntnisssenat der Agraroberbehörde hat demnach auch in der Sitzung vom 10. Juni 1921 das unterinstanzliche Erkenntnis behoben und erkannt, daß auch rückfichtlich der 13 gestrichenen Güter neuerliche Verhandlung zu pflegen sei.“

Die Angelegenheit hat zwischenweilig die Sitzung der Sachmänner der Agrarlandesbehörde passiert, die sich rückfichtlich der 13 noch in Frage kommenden Güter für die Aufnahme von acht ausgesprochen hat. Die Angelegenheit wird in die nächste Sitzung des Erkenntnisssenates der Agrarlandesbehörde kommen.

Hieraus wollte entnommen werden, daß eine kommissionelle Verhandlung seitens der Agraroberbehörde an Ort und Stelle überhaupt nicht stattgefunden hat. (*Rufe: Na also! — Zwischenrufe.*)

Es dürfte sich um eine Verwechslung mit der Landesbehörde handeln, denn von der Oberbehörde war niemand draußen. Es wurde im Anschluß daran ein Angriff gegen die Oberbehörde gerichtet, die angeblich aus Aristokraten besteht. Abgesehen davon, daß bei uns der Adel abgeschafft ist, es also keine Aristokraten gibt, möchte ich aufmerksam machen, daß, wenn in einem Weirat ein ehemaliger Graf ist, man in einer demokratischen Republik doch auf dem Standpunkte stehen muß wie in Amerika, wo ein Industrieller gesagt hat: Es soll Ihnen bei uns nicht schaden, daß Sie ein Graf sind.

Nun, meine Herren, möchte ich auf das gestern und heute ganz besonders umstrittene Thema

der Pferdezucht zu sprechen kommen. Ich möchte zunächst hervorheben, daß ich tatsächlich bedauere, daß unsere Pferdezucht nicht das leisten kann, was sie leisten sollte, und daß sie namentlich auf dem Gebiete der Warmblutzucht heuer und, wie ich fürchte, auch im nächsten Jahre den Ländern nicht die nötige Anzahl von warmblütigen Hengsten zur Verfügung stellen kann. Daran sind aber in allererster Linie die Futterverhältnisse in den letzten Jahren schuld. Bei dem außerordentlichen Futtermangel haben die Tiere in ihrer Jugend nicht genügend zugenommen, was sich heute noch rächt. Es würde übrigens zu weit führen, hier alle Pferdezuchtfragen, die ja in den kompetenten Kreisen nächstens ausführlich zur Erörterung kommen werden, im Detail zu besprechen. Was die Voriker anbelangt, so muß ich ja das Entgegenkommen des Finanzministeriums bezüglich des Ankaufes der norischen Hengste anerkennen, aber wir müssen diese Hengste bis auf das letzte ausnützen. Wir haben Hengste, die schon 17, 18 und 21 Jahre alt sind. Das Nachkaufen von Hengsten ist eben eine finanzielle Frage. Ich selbst wäre froh, wenn ich mehr Mittel hätte, um den berechtigten Wünschen der Länder nachkommen zu können.

Nun wurden verschiedene, und zwar recht schwere Anklagen gegen die Gestütsverwaltungen erhoben. Was Piber anbelangt, möchte ich mir erlauben, darauf zu verweisen, daß eine Interpellation des Herrn Abgeordneten Hammerstorfer und Genossen vorliegt, die ich bereits beantwortet habe.

Es wurde gesagt, daß Wieselburg vernachlässigt und in einem schlechten Zustande sei. Wenn auch gewiß manches verbesserungsbedürftig ist — denn welcher Betrieb hat schließlich durch den Krieg und die jetzigen Verhältnisse nicht gelitten —, so bin ich doch der Ansicht, daß es ein Betrieb ist, auf den wir stolz sein können. (Abgeordneter Schneidmadl: Fragen Sie Ihre eigenen Leute im Erlaufstal!) Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete den Betrieb gesehen hat, aber ich lade ihn ein, sich ihn anzusehen. Es ist ein Betrieb, der sehr viel geleistet hat und den ich mit Vorliebe auch Ausländern zeige. Wieselburg hat 845 Hektar, ich mache aber aufmerksam, daß darunter Banparzellen, Wälder, Gärten und alles mögliche ist, so daß für den eigentlichen Betrieb nur etwas über 700 Hektar übrig bleiben. Auf diesen 700 Hektar war ein Pferdestand von 353 Pferden. (Hört! Hört!) Jetzt ist der Pferdestand infolge der außerordentlichen Futtermittelnot auf 293 reduziert, was immerhin noch sehr beachtlich ist.

Ich übergebe es, welche Kategorien von Pferden das sind. Ferner ist dort ein Kinderstand, der sowohl für die Düngung des Gutes wichtig ist,

ganz besonders aber für die Konsumenten betreffs der Milchversorgung der Gegend in Betracht kommt, sowohl für die Angehörigen des Gestüts als auch für die Bevölkerung von Wieselburg, ein Kinderstand von 79 Stück sehr guten Montajoner Viehs. (Hört! Hört!) Ich glaube, daß das ein ganz günstiger Stand ist. Selbstverständlich müssen wir heuer in dieser schlechten Zeit Heu zukaufen. Wir nehmen einen Teil von Baldhof hinüber und müssen Heu zukaufen. Für das trockene Wetter können wir nicht verantwortlich gemacht werden. Haferbau wird, weil ja dort eine Weidewirtschaft ist und überhaupt das Ackerland nur ungefähr 80 Hektar ausmacht, wenig betrieben. Hafer ist ja die bedeutendste Ausgabeart, die wir sowohl für die Stallkütter als auch für die Gestüte haben, weil wir fast alles kaufen müssen.

Was Baldhof anbelangt, das der Herr Abgeordnete Schneidmadl gelobt hat, so freue ich mich darüber. Aber gerade bezüglich Baldhof wurden Klagen darüber laut, daß die Hengste, welche bekanntlich einjährig hineinkommen und dreijährig zurückkommen, infolge der Futterverhältnisse nicht genügend zunehmen.

Nun wurde aber gesagt, daß die Leiter dieser Gestüte noch die alten Militärs sind, daß sie die Betriebe in militärischer Diktatur verwalten und eine Art selbstherrliches Regiment dort führen. Diese Bemerkung rührt an folgende aktuelle Angelegenheit: Früher, vor dem Umsturz, waren in allen Gestüten — und wir haben ja bekanntlich noch andere gehabt, wie das bekannte Radauz — die Gestütsoffiziere die obersten Leiter und ihnen unterstanden die Wirtschaftsbeamten und alles. Nach dem Umsturz wurde für Piber und Baldhof, und zuletzt noch im Sommer, also erst vor wenigen Monaten, für Wieselburg eine Trennung eingeführt, indem auf der einen Seite die Gestütsbeamten für die Gestütsführung, auf der anderen Seite die Wirtschaftsbeamten für die Wirtschaftsführung verantwortlich gemacht wurden. Das hat auch zu Unzufriedenheiten geführt, weil eine Art Rivalität zwischen beiden Teilen entstanden ist, die ich bedauere und die auch schon recht unangenehme Erscheinungen hervorgerufen hat. Ich halte das aber noch immer für das Beste und es ist damit jedenfalls dem Angriff begegnet, daß eine Art Diktatur dort herrscht. Die Gestütsbeamten haben auf das Gestüt zu schauen, die Wirtschaftsbeamten führen die Wirtschaft in Rücksicht auf das Gestüt nach richtigen landwirtschaftlichen Grundsätzen.

Der Herr Abgeordnete Forstner hat nun einen Antrag bezüglich der Unterbringung der Hengste im Hengstenstallamt in Schönbrunn gestellt. Die veterinären Gefahren, die damit verbunden sind, sind vielleicht gar nicht so groß — ich will die Herren damit nicht aufhalten, wir haben selbstverständlich das Gutachten der Veterinäre eingeholt —

aber jedenfalls gebe ich ohne weiteres zu, daß ich sehr froh wäre, wenn sie nicht dort wären. Es hat sich damals gehandelt, daß wir — und diese Antwort habe ich auch auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Forstner, die er vor ein paar Tagen an mich gerichtet hat, warum diese Hengste dort stehen müssen, auf Grund der Alten gegeben — keine andere passende Unterkunft für die Pferde, keine anderen Winterquartiere gefunden haben; natürlich zur Velapenperiode kommen sie wieder hinaus. Das ist selbstverständlich. Wenn ich eine andere Unterkunft, die halbwegs besser ist, finde, bin ich sehr froh, wenn sie nicht mehr dort sind.

Das Kapitel Meliorationen hat die meisten Redner mit Recht sehr beschäftigt. Nun, ich brauche nicht zu sagen, daß die Durchführung von Meliorationen, wenn sie planmäßig, und anders kann sie nicht geschehen, erfolgen soll, Geld, und zwar viel Geld erfordert und daß mit Rücksicht auf unsere Finanzlage eine Zurückhaltung geboten ist, die, so bedauerlich es ist, eingeesehen werden muß. Es ist aber auch die Ausföhrung eines weitansiehenden Programmes, wie es ja wünschenswert wäre, deshalb sehr schwer, weil infolge Elementarereignisse immer wieder etwas neues aufsteht, was den schönsten und den vollständigsten Plan niederreißt. Gerade bezüglich des Weidens- und Aushabes, von dessen Schädigungen ich mich persönlich überzeugt habe, sind Verhandlungen leider Gottes durch zehn Jahre geführt worden und ich muß sagen, hätte man vor zehn Jahren reguliert, wäre es ein Segen gewesen. Nach langen Verhandlungen wurden die Interessenten einig, man hat sich darüber geeinigt, was das Land beiträgt, was die Interessenten beitragen. Das Projekt wurde fertiggestellt und als es fertig war, waren natürlich die Preisanschläge überhaupt nicht mehr gültig, und so steht die Sache heute wieder auf einem toten Geleise. Tatsächlich sind dadurch Hunderte und Tausende von Hektar sehr guten Bodens im Marchfeld, ich will nicht sagen brach, aber in schlechtem Zustande.

Wie schwierig die Sache ist, zeigt ein anderes Projekt in der Nähe von Bruck, also auch in Niederösterreich, wo alles schon fertig war, wo alles einverstanden war und wo plötzlich infolge der Preissteigerung sich ein ganz anderes Bild ergab. Es fehlt an Material, es fehlt aber auch an Arbeitskräften. Man sagt zwar oft, man solle Arbeitslose dafür verwenden, aber es ist doch kaum durchführbar, Leute, die aus der Stadt kommen, selbst wenn sie den guten Willen haben, für eine solche schwere Arbeit zu verwenden. Es ist nicht allein die Arbeitswilligkeit, an der es nicht selten auch fehlt, sondern vor allem sind es die physischen Kräfte, die nicht ausreichen und es

bewirken, daß die Leute, wenn sie auch angefangen haben, dann von der Arbeit davon laufen. Sonst wäre es ja eine ideale soziale Lösung, wenn man die Leute, die in den Städten und Industriorten überflüssig sind, aufs Land hinausschicken könnte. *(Lebhafte Zustimmung. — Abgeordneter Schneidmahl: Es ist auch umgekehrt nicht möglich, daß man ohne weiteres einen Landwirt in einen Fabrikbetrieb stellt, damit er dort arbeite! — Zwischenrufe.)* Gewiß, eine Umstellung bereitet immer Schwierigkeiten.

Es wurden verschiedene Tätigkeitszweige des landwirtschaftlichen Ressorts angeführt und auch die Arbeiterfrage berührt. Die Abteilung, die sich bei uns mit den Arbeiterfragen zu beschäftigen hat, weist gewiß gute Leistungen auf. Die letzte Tagung des Reichsarbeitsrates hat ja gezeigt, daß keine größeren Beschwerden vorlagen. Die Einführung der Arbeitsämter in den Ländern hat gute Fortschritte gemacht, ebenso die Arbeitsvermittlung. Ich möchte, ohne daß ich irgendeinen der anderen Verdienstvollen Zweige außer acht lasse, doch die Veterinärverwaltung herausgreifen. Insbesondere möchte ich auf die Tierimpfstoffanstalt hinweisen, die mit den Impfungen gegen die Maul- und Klauenseuche, die jetzt an manchen Stellen in viel schärferer Form aufgetreten ist, schöne Erfolge zu verzeichnen hat. *(Zustimmung.)* Hierin liegt ein bedeutendes Feld einer erfolgreichen Tätigkeit.

Mehrere Herren und zuletzt der Herr Abgeordnete Weigl haben das landwirtschaftliche Schulwesen hervorgehoben. Es wurde von der linken Seite des Hauses der Wunsch geäußert, daß das landwirtschaftliche Schulwesen dem Unterrichtsamte angegliedert werde. Ich muß gestehen, ich begreife diesen Wunsch nicht. Warum sollen derartige Fachschulen, bei denen es sich doch um eine Einrichtung handelt, die ja wirklich nur Fachleute beurteilen können, von einem Amte losgelöst werden, in dessen Bereich sie doch ohne Zweifel gehören? *(Rufe: Sehr richtig!)*

Was das Schulwesen anbelangt, sind wir leider wirklich rückständig. Die Statistik zeigt, daß auf tausend Bauerngüter über fünf Hektar nicht ganz vier landwirtschaftliche Schüler kommen — wenn man die einzelnen Kurie dazu nimmt, etwas mehr. Das ist aber jedenfalls sehr wenig. Wie schon erwähnt, sind im Budget von seiten des Bundes für die Erhaltung aller dieser Schulen nur 400.000 K. eingelegt, womit man natürlich gar nichts machen kann. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)* Hier müßte — das brauche ich wohl nicht erst auszuführen — vor allem eingesetzt werden, um eine nachhaltige Steigerung der Produktion zu erzielen. Denn unsere Schulen werden verkümmern,

weil sie keine Lehrmittel mehr nachschaffen können und natürlich sehr große Kosten für die Schülerpensionen erforderlich sind. Dasselbe gilt natürlich auch für die hauswirtschaftlichen Schulen, auf die nicht genug Gewicht gelegt werden kann.

Die Ziffern des ganzen Budgets wurden seinerzeit nur als Verhältniszahlen bezeichnet, das heißt infolge der seither eingetretenen Geldentwertung sind diese Ziffern gar nicht mehr richtig, sondern sie können nur in einem gewissen Verhältnis zur Wirklichkeit genommen werden. Nun können wir aber bei einem Vergleiche doch nur von den Ziffern des ursprünglichen Budgets ausgehen und da möchte ich das hohe Haus bitten, zu beachten, wie klein diese Ziffer ist, denn unser gesamtes Budget macht nur 0,7 Prozent des ganzen Bundesbudgets aus. Das ist das Budget der ganzen Landwirtschaft, ohne die staatliche Forstwirtschaft, da die staatlichen Forstbetriebe getrennt zu behandeln sind.

Auf die staatliche Forstverwaltung glaube ich — außer es wird gewünscht — hier nicht weiter eingehen zu müssen, und zwar deswegen, weil der Untersuchungsausschuß für die Holzabstreckungsverträge, den das hohe Haus seinerzeit eingesetzt hat, im engsten Kontakte mit dem Bundesminister arbeitet und auf dem Gebiete der Reformen schon verschiedene Beratungen stattgefunden haben. Die oberste Leitung der Bundesforste wurde geändert, es ist ein anderer Beamter an die Spitze gekommen, eine bewährte Fachkraft, und es wurde die Leitung direkt dem Bundesminister unterstellt. Es wurde auch eine innere Reform mit guten Fortschritten angebahnt und die weiteren Reformen in Rücksicht auf die größere Ergiebigkeit und die Nachhaltigkeit der Erträge werden jetzt beraten. Ich glaube, daß ich nur noch eines hinzuzufügen habe: die Ansicht nämlich, die auch von einer Seite, von der es mich gewundert hat, ausgesprochen wurde, daß die Forste passiv sind, ist nicht richtig. Ich habe mir übrigens erlaubt, im Budgetausschuße die bezüglichen Ziffern bekanntzugeben.

Ich glaube, meine Herren, daß ich das Allerdringendste gesagt habe — vielleicht habe ich schon zu viel gesagt. Ich möchte nochmals denjenigen Herren danken, welche hier Anregungen gegeben und unsere Tätigkeit angeeifert haben, die überdies wünschen, daß noch mehr auf einem Gebiete geschieht, welches ja schließlich allen Zweigen der Volkswirtschaft zugute kommen wird. (So ist es!) Ich danke weiter allen Volkvertretern hier, die glauben — und ich bin überzeugt, daß es selbstverständlich alle Herren sind —, für unser künftiges Wohl und für den Wiederaufbau zu sorgen, indem sie das Amt, dem vorzustehen ich die

Ehre habe, unterstützen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Laimer.

Abgeordneter Laimer: Hohes Haus! Es wurde hier im Hause viel über die Subventionen gesprochen. Die Subventionen nutzen gar nichts, wenn auf der anderen Seite den kleinen Landwirten, speziell bei uns im Gebirge, Schwierigkeiten bereitet werden, wie dies gerade heuer der Fall ist. Es bestehen bei uns Servitute, denen zufolge die Bauern das Streurecht haben. Aber die Waldungen werden abgeholzt, die Bauern verlieren natürlich ihre Servitute dort, sie werden aber nicht dorthin überführt, wo wieder Waldbestände und Laubbestände herangewachsen sind.

Die Bauern stehen oft ohne Streu da — denn Stroh ist im Gebirge nicht zu haben — und die Landwirtschaft arbeitet dann mit großen Hindernissen. Es wird eben wieder auf die Jagd mehr Wert gelegt als auf die Ruch im Stall, denn riesig reiche Ausländer pachten die Jagden und einzelne Jagdleitungen beanstanden wieder das Auftriebsrecht und machen den Viehbesitzern genau so Schwierigkeiten wie früher die Hoffjagdleitungen. Wie sieht es aber bei den Jagdpachtungen aus? Die Pachte, die die Ausländer und auch die Inländer zahlen, sind außerordentlich gering. Ein Patronenfabrikant, namens Rott, zum Beispiel, der auch einen Teil der Jagd gepachtet hat, bezahlt seine Jäger mit 4000 K monatlich. Die Leute müssen natürlich dazu schweigen. Dabei findet man noch heraus, daß speziell bei uns in Obensee, wo Jagden gepachtet sind, dort zu den Arbeiten, zum Birschwegem gehen, zum Treiben forstärarische Arbeiter ausgeliehen werden, die einen Grundlohn von 32 bis 48 K vom Jagdpächter bekommen, während die Zulagen, die bedeutend höher sind, der Staat leisten muß. Ob das den oberen Instanzen bekannt ist, weiß ich nicht; jedenfalls wäre es notwendig, daß man diese Sache untersucht.

Was den Achtsundentag betrifft, so hat uns der Herr Kollege Weigl gesagt, daß die Bauern länger als acht Stunden arbeiten, und hat verlangt, daß auch die Arbeiter länger arbeiten sollen. Ich glaube, es trifft nicht für alle Bauern zu, daß sie länger als acht Stunden arbeiten, wohl aber trifft es für die landwirtschaftlichen Arbeiter zu. Aber wenn man auf diesem Standpunkte steht und wenn von der rechten Seite dieses Hauses erklärt wird, wir müßten mehr arbeiten, dann bringen wir uns schon fort, so möchte ich gerade die christlichsozialen Gewerkschaftssekretäre und christlichsozialen Arbeitersekretäre — der Herr Stämpfer scheint allerdings nicht im Hause zu sein — darauf aufmerksam

2706 77. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 15. Dezember 1921.

machen, daß gerade dann, wenn man wirklich zu den Arbeitern geht und ihnen sagt: Leute, jetzt ist die Kriegszeit wieder vorbei, die Ernährungsverhältnisse haben sich gebessert, jetzt müßt ihr doch wieder längere Zeit arbeiten, müßt doch wenigstens acht Stunden mit Auf- und Abgangszeit einhalten, daß man gerade dann von den christlichsozialen Blättern ein Arbeitsverlängerer genannt wird. Das ist Demagogie; da geht die Parteipolitik der Wirtschaftspolitik vor. Die Herren von der Rechten schweigen sich schön aus, aber ihre Sekretäre draußen bellern und dem, der es wirklich ehrlich meint, dem es darum zu tun ist, daß man die Forstwirtschaft wieder in die Höhe bringt, der den Leuten zuredet: ihr müßt wieder länger arbeiten — früher hat man es ja nicht verlangen können, weil der Holzfnecht kein Mehl und kein Schmalz zum Mitnehmen gehabt hat —, dem bereiten sie Schwierigkeiten. Jetzt haben sich die Verhältnisse gebessert, wir eifern zur Arbeit an und bekommen auch vom Ministerium Lobesbezeugungen dafür, daß sich die Produktion bessert; das dürfte bei den christlichsozialen Gewerkschaftssekretären nicht der Fall sein. Im Hause aber machen Sie uns den Vorwurf, daß wir diejenigen seien, die nicht für eine Mehrleistung eintreten.

Bezüglich der Lohnanzahlungen haben sich die Verhältnisse etwas gebessert. Aber auf eines möchte ich hinweisen, was ich nicht stillschweigend übergehen kann: heuer, Anfangs August oder noch im Juli, ist hier ein Antrag angenommen worden, wonach den Forstzöglingen ihre Tagelöhner von 3 bis 6 K auf 100 bis 200 K, rückwirkend vom 1. März erhöht wurden. Dieser Antrag ist von allen Parteien des Hauses angenommen worden. Bis heute haben die Forstzöglinge noch keinen Heller dieser Nachzahlungen bekommen! Bis heute noch nicht einen Heller! Gerade gestern habe ich diesbezüglich einen Brief bekommen. Was hätten die Leute aber im August und September um die paar Kronen, die auf sie entfallen, bekommen und was bekommen sie heute! Das ist eine Niederlichkeit, die sondergleich ist. Bei den Direktionen herrschen sonderbare Schlamereien. Selbst die Wirtschaftsführer beklagen sich heute schon. Da gibt es einen Forstdirektor, einen Rechnungsrat Tschapler, der hinausgeschmissen gehört! Das ist noch so ein alter Bureaufkrat, der jeden Akt zwanzigmal umdreht. Alle Förster und Forstarbeiter beklagen sich und man kann dieses Mannes nicht Herr werden. Der gehört hinaus! Das sind die alten Bureaufkräten und die gehören weg. Es ist uns im Ministerium gelungen, daß wir den Schollmayer und den Pang hinausgerückt haben, es muß uns auch in der Forstdirektion gelingen, daß man die wegbringt.

Was die Behandlung der Forstarbeiter anbelangt, so haben wir heute Gebiete, große Schläge-

rungen, zum Beispiel in Strobl, wo auf drei, vier Mann ein Strohsack entfällt; die andern müssen so auf dem Stroh liegen, wie man ein Schweindel einbettet. Dem Forstarbeiter gelingt es nicht, die notwendigen Strohsäcke zu bekommen. Beim Militär hat doch wenigstens jeder einen Strohsack gehabt, aber der Forstarbeiter, der den ganzen Tag fleißig arbeiten muß, hat keinen Strohsack. Auch in dieser Beziehung muß Remedur geschaffen werden und die Leute müssen die nötigen Strohsäcke bekommen.

Bezüglich der Wildbachverbauungen möchte ich nur erwähnen, daß Wildbachverbauungen speziell im Gosautal und im Gaisertal, wo durch die Abflüßlagerungen die Hochwässer immer größer werden, vorgenommen werden. Da rinnen mitten in die Felder die Wildbäche hinein und verbaut wird dort nichts. Wiederholt hat die Gemeindevertretung von Gaisern und Gosau schon Eingaben gemacht, aber verbaut wird nichts. Das ist keine Förderung, sondern eine Hemmung der Landwirtschaft.

Eines habe ich bei den Forstarbeitern noch vergessen: im Ennstal haben die Forstarbeiter von den Novemberbezügen noch nicht einen Heller erhalten. Während sie bei den anderen Forstdirektionen die Novemberbezüge, die vielleicht 13.000 bis 14.000 K ausmachen, überall schon bekommen haben, hat die Wiener Direktion — und das ist die elendigste, da gehört eine Dynamitpatrone hinein (*Heilerkeit*) — noch nichts ausbezahlt. Wir werden trachten müssen, daß wir das Ennstal und das Reichraminger Gebiet abtrennen und zur Forstdirektion Gmunden bringen. Bei der Wiener Direktion geht man nur darauf aus, sich ein schönes Automobil zu verschaffen, das ein paar Millionen kostet, um den Bezirk aber kümmert sie sich einen Schmarren! Auch in dieser Beziehung muß Remedur geschaffen werden. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer (*welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat*): Zum Worte gelangt der Abgeordnete Niedrist; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Niedrist: Hohes Haus! Ich habe schon im früheren und auch in diesem Saale eine Anzahl von Budgetdebatten mitgemacht und wenn ich die jetzige Budgetdebatte wieder verfolge und besonders die heutige Debatte über die Hebung der Landwirtschaft, so habe ich das schon ein Duzendmal oder bald noch öfter gehört. Alles kehrt in jeder Budgetdebatte wieder und während der Debatte hundertmal von allen Seiten. Aber die Hebung der Landwirtschaft schaut so aus, daß jetzt nach dem Kriege, in dem man solche Schäden erlitten hat, gerade die Landwirtschaft mit einer ganzen Milliarden und 725 Millionen im Budget drinnen steht. Der Herr Minister für Land- und Forstwirt-

tschaft selbst hat gerade erklärt, daß nicht einmal ein Prozent des ganzen Budgets für die Landwirtschaft aufgewendet wird. Die Landwirtschaft wird in Österreich so behandelt, als wenn sie gar kein Beruf wäre, sondern eine Hausmeisterwirtschaft, nur so nebenbei, und doch, glaube ich, daß die Landwirtschaft der Hauptfaktor ist. Wenn man den neuen Staat Österreich aufbauen will, so kann nur die Landwirtschaft ihn aufbauen. Bei uns in Tirol sieht man das eigentlich schon lange ein. Aber mit solchen Mitteln baut man eben kein Haus. Aber, wenn man glaubt, daß die Landwirtschaft die notwendigen Mittel alle erhalten hat, so steht da wieder eine Gesamtannahme von 1½ Milliarden gegenüber einem Abgang von 225 Millionen. Wenn man aber die anderen Kapitel des Budgets durchnimmt, so sieht man, daß zum Beispiel ein Staatsbetrieb, der modern nach allen Reformvorschlägen der Sozialdemokraten eingerichtet ist, das Arsenal, wo alles vorhanden ist, das im Herzen des Reiches, in der Großstadt, liegt, ein Defizit von 1400 Millionen Kronen hat. Die Bundesbahnen, die alle neu und kunstvoll reformiert sind, haben ein Defizit von 40 Milliarden. Und was hat die Landwirtschaft für ein Defizit! Die ist noch nicht reformiert und die wollen die Herren reformieren. Aber bitte sie nur nicht so zu reformieren, wie alles andere reformiert ist, die Bahnen usw. Bei der Landwirtschaft nennt man das Subventionswirtschaft, die man abschaffen soll, bei den anderen Ressorts nennt man es Deckung des Defizits. *(Heiterkeit und Zustimmung.)*

So schaut die Sache aus! Wenn man sagt: in den Staatsbetrieben mußte eine Arbeitsgelegenheit nach dem Kriege geschaffen werden, insofern kann nicht alles klappen und man darf nicht auf die Rentabilität schauen, man hat die Beamten unterbringen müssen usw., so trifft das auch bei der Landwirtschaft größtenteils zu. Auch die Landwirtschaft ist eine Arbeitsgelegenheit. Aber ich würde eine andere Arbeitsgelegenheit und das ist unser Meliorationswesen. Es ist vielfach darüber geklagt worden, daß das Meliorationswesen so arg im Rückstand ist, und auch ich muß mich darüber sehr beklagen.

Die Inneregulierung in Nordtirol wird nun seit 20 Jahren betrieben. Seit 20 Jahren sind wir über die Vermessungen, Projektierungen, Kommissionen nicht weit hinausgekommen. Erst jetzt beginnt man endlich etwas zu arbeiten. Daß die Inneregulierung notwendig ist, sieht jeder, der durch das Unterinntal fährt. Die schönsten Ortschaften des heutigen Landes Tirol, von Brigg bis Schwarz, sind zu Zeiten des Hochwassers total unter Wasser gesetzt. Durch die Alpenbachstauungen wird das Wasser zurückgestaut und die schönsten Getreidefelder und die ganze Gegend stehen unter Wasser, weil es

nicht möglich ist, einen Bagger zu erhalten und auszubaggern. Da würde ich sehr Arbeitsgelegenheiten genug, aber im Budget des Meliorationsfonds sind für Regulierungsarbeiten nur 80 Millionen eingelegt; der frühere Meliorationsfonds ist nur mit 6 Millionen dotiert, für Tirol gar nur mit 2,985.000 K. Daß man mit diesen Mitteln gar nichts anfangen kann, wird jeder einsehen.

Vielleicht hat mancher den Eindruck, daß Tirol von Wien immer Geld verlangt und daß dieses passive Land, das so viel verlangt, für das übrige Staatsgebilde eigentlich nichts leistet. Demgegenüber stelle ich fest, daß aus dem Lande Tirol im Jahre 1921 nicht weniger als 80.000 Festmeter Holz, das heißt Bretter und Bundholz, ausgeführt wurden und daß das nicht weniger als 1½ Milliarden der Volkswirtschaft eingetragen hat; schließlich so viel, als das ganze Budget des Ackerbauministeriums ausmacht, hat das Land Tirol getragen.

Demgegenüber bekommen wir 2,600.000 K für die Inneregulierung. Wenn man uns Tiroler das Holz freihändig verkaufen läßt oder wenn wir, wie einer der Herren von der Linken betont hat, den freien Handel hätten, dann würde dieser Betrag in die Taschen der Tiroler Bauern und der Tiroler Forstverwaltung fließen und wir müßten nicht nach Wien anknöpfen gehen.

Ein anderes und für uns in Tirol sehr schmerzliches Kapitel ist die Viehbewegung. Wir müssen unbedingt die Freiheit der Viehbewegung oder mehr Freiheit verlangen. Gerade dieses hohe Haus — ich glaube, es hat an der Einsicht geklebt — hat dem Lande Tirol einen riesigen Schaden zugefügt. Selbst der Kollege Abram, der damals mit der Frau Freundlich dabei war, um fürs erste, dem Ackerbauminister eine Ohrfeige zu geben und den Tirolern einen Schaden anzurichten, hat, wie es scheint, jetzt eine bessere Einsicht und er sieht, daß das nicht geht. Tirol war von jeher ein Exportland. Seine Viehzucht produziert Zuchttiere, das heißt eine Edelware; wir haben ja kein Mastvieh, für die Versorgung ist unser Vieh nicht geeignet. So wenig wie es auf der Grazer Messe möglich gewesen wäre, zu sagen, die luxuriösen Möbel dürfen nicht ins Ausland, man braucht sie zum Ofenheizen, so wäre es, wenn man uns die Viehausfuhr verbietet. Innerösterreich war niemals aufnahmefähig für unser Zuchtvieh, daher sind im alten Österreich zu normalen Zeiten immer 10.000 bis 15.000 Stück Vieh aus Tirol ins Ausland gegangen. Und ich glaube, gerade ein Staat wie der unsere, der so viel importieren muß, soll auch einen Export haben. Wenn wir nicht Holz und Vieh exportieren, sondern nur einen Import haben, dann muß der Staat total zugrunde gehen.

Der Viehstand Tirols beziffert sich nach der letzten Viehzählung auf 170.687 Stück. Unter dieser Zahl sind nicht mehr als 5239 Ochsen, und das sind nicht etwa Mastochsen, sondern sie werden gewöhnlich im Oberinntal gezüchtet und gehen, wohin sie seit Jahrhunderten gegangen sind, über den Brenner oder das Reschenseideck nach dem Süden des Landes, wo sie die Südtiroler Weinbauern zur Ackerung unter den Weinbergen benutzen, weil das dortige Weingelände einen kleinen Viehschlag braucht. Dieser Zug von zwei bis drei Ochsen nach Süden ist also von jeher gewesen. Weiter haben wir in Tirol 3373 Stiere. Das ist auch nicht viel. Dagegen haben wir 92.235 Kühe, 35.887 Kalbinnen und 43.435 Kälber.

Aus diesen Zahlen ersieht man, daß Tirol ein reines Zuchtgebiet ist, und nicht ein Gebiet, in dem Schlachtvieh erzeugt wird. Von diesem Vieh sind alljährlich 15.000 bis 20.000 Stück ins Ausland gegangen, während der Rest nach Wien oder Niederösterreich abgesetzt werden konnte. Aber größtenteils ist das Vieh nach Bayern gegangen, denn Bayern hat den gleichen Viehschlag, nämlich den Oberinntaler Viehschlag und den Fleckviehschlag vom Unterinntal. Diese alten Wege wurden in den letzten zwei Jahren aufgesucht, weil man mit der Zuchtware dorthin ziehen muß, wo man sie verkaufen kann. Offiziell verkauft wurden heuer im ganzen zirka 5000 bis 6000 Stück. Was die Viehpreise anlangt, so wurden gestern Preise von 200.000, 150.000, 100.000 und 80.000 K genannt. Die amtlichen Fleischpreise waren für Rindfleisch im September 176 bis 190 K, im Oktober 200 und für zweite Güte 180 K, am 15. Oktober 240 K und für zweite Güte 220 K, am 23. Oktober 205 und für zweite Güte 204 K. Daraus geht hervor, daß die Fleischpreise durchaus nicht übermäßig sind und daß man nicht glauben darf, in Tirol gibt es kein Fleisch und bekommt man nichts zu kaufen.

Ferner kann ich sagen, daß aus Tirol nicht nur Viehexport, sondern gleichzeitig nach Wien auch eine Vieheinfuhr stattgefunden hat. Es hat aber von der Vieheinfuhr niemand gesprochen. Man hat sich in Tirol und hier im Parlament bitter beklagt, daß Vieh ausgeführt wurde, man hat dem Ackerbauminister vorgeworfen, daß er eigenmächtig vorgegangen sei, aber ich erinnere mich durchaus nicht, daß jemals die bäuerliche Bevölkerung gefragt worden wäre, daß zum Beispiel im Jahre 1920 aus dem Zollausland 13.538 Stück eingeführt wurden, und zwar Zugochsen 142 Stück, Zuchttiere 6, Schlachttiere 898, Büffel 13, Muzkühn 361, Schlachtkühn 1937, Jungvieh 162; im ganzen wurden eingeführt 17.027 Stück. Kälber, Schweine und Einhufer sind eingeführt worden: Kälber 4509 Stück, Schlachtschweine 10.667, Ein-

hufer 4561 und Fleisch 232.996 Kilogramm. Im Jahre 1920 wurden diese Mengen vom Zollausland eingeführt, ohne daß jemand eine Ahnung gehabt hätte. Im Jahre 1921 wurden 24.906 Schlachtochsen, 70 Zugochsen, 3 Büffel, 56 Zuchttiere, 3004 Schlachtstiere — Zuchtkühn sind keine eingeführt worden —, 121 Muzkühn, 3638 Schlachtkühn und 673 Jungvinder eingeführt worden, im ganzen in elf Monaten — für den letzten Monat habe ich noch keine Daten — 32.419 Stück Vieh. Dagegen sind aus Tirol 5000 bis 6000 Stück ausgeführt worden, allenfalls noch einiges aus Vorarlberg. Die anderen Länder haben ohnehin nichts ausgeführt. Und da hat man geglaubt, es geht bei der Landwirtschaft überhaupt alles zugrunde, wenn so viel Vieh ausgeführt wird.

Wenn man schon verlangt, daß man bei der Ausfuhr des Viehs mit allen möglichen Elementen verhandeln muß, ob der Bauer verkaufen darf oder nicht, so sollte man uns auch bei der Einfuhr fragen. Wir Bauern, besonders wir Alpenbauern, verstehen es ja, daß die Stadt Wien leben muß, und es ist da sehr naheliegend, daß das Vieh aus dem nahen Südslawien und Ungarn geliefert wird, von wo ja seit jeher Vieh zur Approvvisionierung nach Wien gekommen ist. Das ist viel vernünftiger, als wenn man das Vieh vom Bodensee bei den hohen Frachtsätzen und großen Transportschwierigkeiten nach Wien liefert. Da kriegt man auf der einen Seite Schlachtvieh und wir haben dort ein Zuchtvieh, dessen Fleisch überdies einen Preis haben wird, der nicht zu erschwingen wäre. Wir hoffen, daß das hohe Haus doch einsehen wird, daß man das hochwertige Zuchtmaterial ins Ausland lassen soll.

Weiter muß ich noch betonen, daß bei der Viehbewegung Kompensationsverhandlungen mit Bayern stattgefunden haben, denn Bayern hat uns heuer wie im vorigen Jahre gegen unser Vieh Kartoffeln geliefert. Voriges Jahr haben wir von Bayern 300 Waggons Kartoffeln erhalten und heuer haben wir auch mit 300 Waggons Kartoffeln abgeschlossen, konnten aber nur 198 Waggons einführen, eben durch die Verzögerung der Verhandlungen, die sich bis in die kalte Zeit hingezogen haben, so daß die Kartoffeln nicht mehr eingeführt werden konnten. Wir sind der Ansicht, daß der ärmeren Bevölkerung in Tirol mit den Kartoffeln viel mehr geholfen ist als mit Fleisch von magerem Zuchtvieh, das einen so eminent hohen Preis hat. Ich muß übrigens betonen: 30 Jahre hat man gearbeitet, bis man die Zucht in die Höhe gebracht hat. Wieviel Mühe, wieviel Kosten hat es erfordert, bis man das Verständnis der Zucht bei den Bauern so weit gebracht hat, und auf einmal soll da unsere ganze Zucht ruiniert werden!

Kollege Abram gibt zu, daß Vieh ausgeführt werden soll, und zwar im Jahre 1922. Er sieht es ein und auch seine Kollegen im Lande Tirol sehen es ein, denn der Vizebürgermeister der Stadt Innsbruck Napoldi hat immer mit Bayern wegen Kompensationen verhandelt. Nur von hier ist dieser Wirbel ausgegangen, aber die anderen sehen ein, daß die Viehausfuhr eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für das Land Tirol ist. Kollege Abram will die Sache allerdings auf dem genossenschaftlichen Wege regeln und er geißelte gestern den schwungvollen wucherischen Zwischenhandel. Wenn ich ihm auch sonst oft widersprechen muß, so stimme ich ihm da vollkommen bei. Auch ich bedauere diese unsicheren Verhältnisse, wo der Bauer nicht weiß, ob er ausführen kann oder nicht, ob die Grenze offen ist oder nicht. Die Händler, die so wie die Borseaner sofort die Sache erfassen, kaufen das Vieh auf, die Bauern verkaufen es gern, der Händler aber macht das Geschäft und der Bauer hat das Nachsehen. Weiter wird infolge der Unsicherheit, ob man das Vieh über die Grenze bringt oder nicht, sehr viel Vieh geschmuggelt. Ich gebe das ohne weiteres zu, aber nicht der Bauer schmuggelt und auch nicht jeder Händler, sondern das Vieh geht durch verschiedene Hände und derjenige schmuggelt, der die Grenze, die dortigen Organe und Verhältnisse genau kennt und das nötige Geschick zum Schmuggeln hat. Der Bauer hat hier wieder keinen entsprechenden Erlös für sein Vieh und der Schmuggler macht durch den Zwischenhandel das Geschäft. Wenn sich das genossenschaftlich organisieren läßt, so bin ich sehr dafür — wir haben uns mit dem Gedanken lange getragen —, aber die Genossenschaft darf keine Monopolstellung erlangen, genau so wie ein Konsumverein sie nicht erlangen darf. Der Bauer kommt sonst vom Regen in die Traufe. Heuer hat das Landeswirtschaftsamt für die Viehausfuhr 100 Millionen Kronen an Ausfuhrzögen eingenommen, die zur Verbilligung der Lebensmittel an die industrielle und städtische Bevölkerung verwendet wurden. Also unbekanntermaßen — es sind in Wirklichkeit mehr — eine Tonne von 100 Millionen Kronen hat man dem Zollauslande für die 5000 Stück abgenommen. Es darf nur nicht die Genossenschaft das Monopol haben, sondern es muß vollständige Freiheit herrschen; der eine verkauft sein Vieh der Genossenschaft, der andere verkauft es so, die Genossenschaft muß so geführt werden und so reell arbeiten, daß der Bauer sieht, daß er bei der Genossenschaft besser daran ist.

Ich möchte weiters betonen, daß die Existenz von vielen Kleinbauern und vielen Familien überhaupt davon abhängt, wie er seine Wiese verkauft. Wer die Verhältnisse in Tirol kennt, wo nur Viehzucht betrieben wird und kein Getreidebau infolge der

klimatischen Verhältnisse möglich ist, muß einsehen, wie hilflos die Bauern oben auf den Bergen sind, wie schwer das Heu von den Bergen heruntergeholt werden muß. Wer die Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß man den dortigen Bewohnern ihren Arbeitsverdienst nicht vorenthalten kann. Solange infolge des Burgenlandrummels die Ausfuhr nicht in Gang gekommen ist, haben wir Preise von 25.000 bis 30.000, 40.000 K pro Stück gehabt. Viele haben das Vieh verkauft. Wenn nun ein solcher Kleinbauer mit sechs oder acht Stück Vieh und einer Stube voll Kindern ein paar Stücke, vielleicht ein oder zwei Stücke, wenn er Glück hat, zu verkaufen hat, muß er den höchsten Preis erzielen, um leben zu können, und wenn er dafür 25.000 und 30.000 K pro Stück bekommt und sonst das ganze Jahr keinen Erlös hat, wie soll der Mensch mit diesem Geld, das ein Metallarbeiter in Wien in einer Woche verdient, das ganze Jahr mit seiner Familie das Auslangen finden? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Daher muß die Viehzucht gefördert werden und ein möglichst hoher Preis erzielt werden, wenn vermieden werden soll, daß die Berghöfe nicht ganz verwaissen. Wenn diese Verhältnisse so weiter gehen, so ist es selbstverständlich, daß der Bauer dorthin geht, wo er kürzere Zeit zu arbeiten hat, wo er mit allem versorgt ist, daß er zur Industrie geht, wodurch die Höfe verwaissen. Man muß den Leuten, wie schon viele Redner gesagt haben, wirklich eine Subvention geben, daß sie dort oben bleiben können und daß die Berghöfe nicht verwaissen und höchstens als Weide von irgendeinem größeren Bauer benutzt werden.

Nicht einverstanden bin ich mit dem, was der Herr Abgeordnete Abram gesagt hat, daß die Bauern nämlich den Professionisten, den Schustern, Schneidern, der Näherin usw. nicht die nötige Milch, Butter usw. geben und daher ihre Reparaturen nicht durchführen können, auch wenn sie das Geld dazu hätten. Darauf möchte ich erwidern, daß gerade in unserer Gegend der Schneider keinen Anzug, der Schuster keine Schuhe, der Sattler überhaupt nichts macht, wenn man ihn nicht mit Butter, mit Milch, überhaupt mit Naturalien, Getreide oder was man sonst hat, bezahlt. Der Sagschneider schneidet dem Bauern überhaupt kein Brett, wenn man ihm nicht Butter bringt. Das ist es ja eben, daß man soviel Naturalien leisten muß. Es hätten sogar die Ärzte schon angefangen zu sagen: Du mußt mir Butter geben, sonst gehe ich nicht. So sieht die Sache in Wirklichkeit, in der Praxis aus. Nicht, daß wir die Leute aushungern. Die Leute haben uns ja in der Hand. Das geht nicht so einfach, die Leute müssen versorgt werden. Die Wohnungsnot, die auf dem Lande vielfach vorhanden ist, und die Lage Bantätigkeit kommt daher, daß ein

Pils Portlandzement in der Perlmooser Fabrik in Tirol jetzt 40 K kostet. Warum? Weil der Portlandzement ins Ausland geht und wir das Nachsehen haben wie bei allen Industrieartikeln. Die Vieh- und Holzausfuhr ist eingeschränkt, alles andere geht aber ins Ausland und wir müssen den Weltmarktpreis zahlen. Das kleine Werk Fils im Oberinntal bekommt natürlich die Ausfuhrbewilligung nicht, aber wir können die Waggon der Perlmooser über die Grenze rollen sehen und können den Portlandzement und das übrige Baumaterial nicht mehr beschaffen.

Ich will nicht zu lange werden und möchte mich nur noch ein bißchen mit dem Kollegen Schneidmadr beschäftigen. Er hat sich in einer längeren Rede über diese Fragen in einer Art verbreitet, aus der man entnehmen könnte, daß er vielleicht selber glaubt, er könnte, wenn einmal wieder eine andere Parteischattierung an die Spitze kommt, doch Ackerbauminister werden. Ich glaube, er meint wirklich selbst, er versteht von dem ganzen Spaß etwas. Aber da muß ich folgendes sagen: Wenn der Schneidmadr Ackerbauminister wird, dann werden wir es so weit bringen, daß die Ochsen auch noch Milch geben! (Heiterkeit.)

Es ist etwas sonderbar, und das sage ich jetzt mit vollem Ernst: Auf der linken Seite wird zu jedem Gegenstand gesprochen, ganz gleich, ob man die Sache versteht oder nicht, aber gesprochen wird. Und wenn man als praktischer Landwirt das, was in dieser Debatte, besonders von jener Seite gesprochen wird, anhören muß, dann hat man, das muß ich ganz offen sagen, die Empfindung, die ein guter Musiker hat, der einem Konzert zuhören muß, das Leute aufführen, die keine Musiker sind. Wie sieht so ein Konzert aus? Die Leute haben wohl Noten vor sich, aber sie haben kein Gehör. Da ist ein Gesang wie ein Walzer. Eine solche Musik ist für einen Fachmann etwas Schreckliches. Ich gebe zu, daß die Sozialdemokraten verschiedene Bücher über die Landwirtschaft gelesen haben, aber Bücher lesen und die Landwirtschaft auf den Bergen betreiben, ist hundert und eins.

Ich erkläre ganz offen: Mit dem Kanzler Dr. Renner habe ich im landwirtschaftlichen Ausschuß manchmal verhandelt. Er hat wenigstens einen Begriff von der Landwirtschaft. Aber den anderen, inklusive der Kollegin Freundlich, die nach mir kommt (Heiterkeit), muß ich das absprechen. Geredet wird aber doch. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht denn das Ganze aus? Das sieht so aus, als wenn ich in einem Bankettenfortium von lauter Bankleuten über die Devisenzentrale, über die Börse und ähnliche Dinge reden würde. Die Bankleute würden mir ins Gesicht lachen, weil sie im ersten Moment erkennen würden, daß ich die Sache nicht verstehe. Ich verstehe sie nicht und kann

sie nicht verstehen. Erstens bin ich kein Jude und dann bin ich auch kein Geldmann. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Sie, meine Herren, von den Krankenkassen reden, so ist das Ihre Hochschule. Bei den Krankenkassen gebe ich Ihnen alle Ehre, das verstehen Sie, weil es Ihre Hochschule für die Agitatoren und für die Abgeordneten ist. (Heiterkeit.) Wenn ich von den Krankenkassen reden würde, würden Sie sofort sagen, ich verstehe die Geschichte nicht. Aber ebenso mutet es einen praktischen Landwirt an, wenn man das alles anhören muß, was über die Landwirtschaft hier gesprochen wurde. (Sehr richtig!) Zwischen der Praxis und einem Buch lesen, ist ein großer Unterschied, aber immerhin, es wird gesprochen und losgehauen, ob man es trifft oder nicht. Es wird empfohlen, es so und so zu machen, aber die praktische Durchführung ist etwas anderes. So haben Sie doch wenigstens ein Gesehen! Wir Bauern sagen immer: Schuster bleib bei deinem Leisten, das heißt was ich nicht verstehe, davon rede ich lieber nicht, denn ein solches Universalgenie, wie den Abgeordneten Schneidmadr, der die ganze Geschichte im kleinen Finger hat, haben wir nicht. Er hat über die Schulreform, über die Düngewirtschaft, kurz über alles sich geäußert — solche Patentleute haben wir nicht. Wir Bauern verstehen aber die Landwirtschaft, darin sind wir eingearbeitet, und diese Frage sollte man uns überlassen.

Wir Tiroler und überhaupt wir Alpenländer haben ein ausgesprochenes Zuchtvieh und es kostet unsere Exzellenz, wenn wir in der Beziehung eingeschränkt werden, wenn wir keine Bewegungsfreiheit haben und doch alle Auslagen zahlen sollen, die an uns herantreten. Ich bitte daher alle Herren, für die Resolution zu stimmen, die ja sowieso den nötigen Hinweis auf Kompensationen und auf Kontrolle enthält, aber doch die Möglichkeit schafft, daß man wieder das Vieh hinausbringen kann und den Arbeitslohn dem strebsamsten Stand — und das ist der Bergbauer, ob er Kleinbauer oder Großbauer ist — nicht vorenthält. Ich bitte nochmals, für die Resolution zu stimmen. (Beifall und Handklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Freundlich.

Abgeordnete Freundlich: Hohes Haus! Wenn wir heute wieder einmal eine Budgetdebatte über die Ernährung abführen, so müssen wir uns doch einmal vor Augen halten, in welcher wesentlich anderer Situation wir das letztmal über diese Budgetpost verhandelt haben, als es diesmal geschieht. Wir können heute feststellen, daß sich die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung Österreichs, die Ernährungsverhältnisse aller

jener Menschen, die keine Selbstversorger sind, außerordentlich verschlechtert haben. Wir leben heute in derselben Situation einer restlosen Hungerblockade, in der wir in den letzten Jahren des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruche gelebt haben, als es noch unmöglich war, Lebensmittel aus dem Auslande im größeren Umfange einzuführen. Unser schlechtes Geld, die fortschreitende Entwertung unserer Valuta hat dazu geführt, daß heute zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung wieder so zum Hungern verurteilt sind, wie sie es in den letzten Zeiten des Krieges waren. Wir haben heute keine Lebensmittelnot in der Welt, im Gegenteil, auf allen Märkten der Welt herrscht heute Überfluß an Lebensmitteln; wir sehen, wie in Amerika und in England der Brotpreis beständig sinkt. Erst vor acht Tagen ist der Brotpreis in England wieder pro Pfund Brot um einen Penny ermäßigt worden. Wir haben demnach auf dem Weltmarkt sinkende Preise und einen Überfluß an Nahrungsmitteln. Wenn wir hier in Österreich von diesem Überfluß an Nahrungsmitteln nicht profitieren, so trägt einzig und allein die Schuld daran die verfehlte Finanzpolitik, die bis zu dem Moment in Österreich gemacht worden ist, wo die Opposition die Fachmänner beige stellt, um der Regierung zu zeigen, was man finanziell in Österreich zu tun hat. Wenn uns der Herr Kollege Niedrist belehrt hat, daß wir uns nicht um die Landwirtschaft kümmern sollen, weil wir alle keine praktischen Landwirte sind, so möchte ich sagen, vielleicht war es ein Fehler von der Mehrheit, sich um die Finanzen zu kümmern, denn anscheinend haben sie von den Finanzen so wenig verstanden, daß wir mit unserer Finanzpolitik bis an den Rand des Abgrundes kommen mußten, vor dem wir nun stehen. Wenn wir nicht eingegriffen hätten, wäre auch dem neuen Herrn Finanzminister nichts eingefallen und er wäre in das Haus in der Himmelstortgasse eingezogen, ohne einen Weg zur Rettung, ohne einen Weg zur Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse zu finden. Wir haben also ein Jahr, ein sehr kostbares Jahr verloren und dieses Jahr, das wir verloren haben, bezahlt die Bevölkerung Österreichs heute mit einer zunehmenden Katastrophe auf dem Gebiete der Ernährung. Denn es ist heute alles zu haben, nur muß man es bezahlen können, und die Mehrheit unserer Bevölkerung ist heute viel zu verarmt, um noch jene Lebensmittel mit unserem Gelde bezahlen zu können, die wir heute einführen.

Wenn man heute für eine Dose Kondensmilch 1150 K bezahlen muß, wenn wir heute einem Brotpreis von 400 bis 500 K entgegengehen, so ist das die schwerste Anklage, die überhaupt gegen die Mehrheitsparteien dieses Hauses erhoben werden kann. Denn, wenn sie so klug gewesen wären, Öster-

reich zu retten, finanziell in Ordnung zu bringen, bevor Sie unseren Finanzplan sahen, dann war es sträflicher Leichtsinn, ein Jahr lang zu wirtschaften, und uns in diese Situation hineinzuführen. Wenn Sie früher den Weg der Rettung nicht gefunden haben, so ist das entweder Trivität oder der Beweis dafür, daß Sie nicht fähig gewesen sind, ihn zu finden.

Wir müssen also heute vor allem einmal feststellen, daß die Hungerblockade, unter der wir heute leben, vor allem geschuldet wird den verfehlten und mangelhaften Maßnahmen der Finanzpolitik. Heute ist die Ernährungs politik unseres Landes vor allem Finanzpolitik geworden. Denn Sie sind es ja gewesen, die unsere innere Ernährungswirtschaft restlos zerstört haben. Sie sind es gewesen, die verhindert hatten, daß die Bevölkerung auf dem Lande auch weiterhin für die Erhaltung der städtischen Bevölkerung vorsorgen muß und gerade gestem wurde in einem Unterausschuß des Wiener Gemeinderates von einem christlichsozialen Vertreter erklärt, endlich müsse etwas geschehen, damit die Bauernlöhne nicht mehr um 200.000 K schnapsen, damit die Bauernlöhne nicht in so unverantwortlicher Weise das Geld zum Fenster hinauswerfen können, während auf der anderen Seite für ein Ei 150 K verlangt wird, für ein Kilo Mehl 400 K, während heute für ein Kilo Butter selbst in Oberösterreich schon 1400 und 1600 K gezahlt werden müssen. (*Abgeordneter Eisenhut: Was verlangt die Industrie für ihre Produkte?*) Die landwirtschaftliche Bevölkerung darf aber doch nicht vergessen, daß die überwiegenden Einnahmen unseres Staates nicht aus den Taschen der landwirtschaftlichen Bevölkerung kommen, sondern diese Einnahmen aus den Arbeitsverdiensten der industriellen Bevölkerung stammen. Wenn die Tiroler heute nicht die Subventionen aus Staatsmitteln hätten, könnten sie schon lange nicht mehr ihre Landesbeamten bezahlen. Die Länder leben ja heute von der Steuerkraft Wiens. Es ist ja nicht mehr so, daß das Landvolk die Stadt erhält, sondern die Städter müssen heute Steuern zahlen, damit man die Subventionen für die Landwirtschaft in das Budget einstellen konnte, die dem Herrn Abgeordneten Niedrist zu niedrig gewesen sind. Und wenn der Herr Abgeordnete Niedrist gesagt hat, bei den Bundesanstalten, bei den Bundesunternehmungen heißen diese Subventionen Defizit, so ist das wieder nur Ihre Schuld, wenn Sie diese Defizite haben. Wir haben Ihnen den Vorschlag unterbreitet: verwandeln Sie diese verschiedenen Staatsbetriebe, die heute mit Defiziten arbeiten, in wirklich rationell geleitete wirtschaftliche Unternehmungen (*Zwischenrufe*), machen Sie daraus gemeinwirtschaftliche Unternehmungen. (*Zwischenruf des Abgeordneten Luttenberger.*) Ich werde Ihnen gleich darauf Antwort geben, Herr Kollege Lutten-

berger. Das Arsenal hat so lange ein monatliches Defizit von 25 Mill. onen gehabt, solange es unter der Verwaltung des Staates gestanden ist. Die gemeinwirtschaftliche Anstalt Arsenal wird eine Bilanz vorlegen, die vollständig aktiv ist. Das Arsenal hat kein Defizit mehr, seitdem es nicht mehr in staatlicher Verwaltung ist, seitdem in diesem schlampigen, bürokratischen Apparat, der das Arsenal verwaltet hat, wirklich Ordnung hineingekommen ist. Und die Defizite der übrigen Anstalten können wir natürlich auf diesem Wege ebenfalls beheben. Wenn unsere Bundesbahnen ein Defizit haben, so kommt es einfach daher, daß wir bei ihnen den Weltmarktpreis für das Eisenbahnfahren noch nicht einführen konnten, die Bauern aber bereits den Weltmarktpreis für das Getreide erhalten. (*Widerspruch.*) Gewiß, Sie haben in dem letzten Gesetz über die Getreidebewirtschaftung den Weltmarktpreis bereits garantiert. Das wissen Sie so gut wie wir. (*Ruf: Wo ist der Weltmarktpreis?*) Sie haben in dem Gesetze die Bestimmung, es müssen am 1. März 1922 die Getreidepreise überprüft werden und dann müssen Sie einen Getreidepreis zugestanden erhalten, der dem Durchschnitt des Weltmarktpreises für die Ernte 1921/22 entspricht; also der Weltmarktpreis ist Ihnen in diesem Gesetz tatsächlich garantiert und Sie nehmen heute auch ganz ungeniert für die große Menge Getreide, das Ihnen für den freien Verkehr geblieben ist, schon den Weltmarktpreis, ohne daß Sie sich darum kümmern, ob die städtische Bevölkerung etwas zu essen hat oder nicht.

Wir haben also auf der einen Seite die Zerstörung unserer eigenen inneren Ernährungswirtschaft; sie ist sogar schon vollendet und gerade Ihre Partei zerbricht sich ja schon fortwährend den Kopf darüber, wie sie die letzten Reste beseitigen könnte. Sie können das in der „Reichspost“ immer wieder lesen: „Das in Auflösung begriffene Bundesministerium für Volksernährung.“ Sie können es gar nicht erwarten, daß die letzte Stelle, die die Pflicht hat, sich um die Konsumenteninteressen zu kümmern, verschwindet. Man geht in Niederösterreich daran, die landwirtschaftlichen Vertreter aus den Bezirkswirtschaftsräten zurückzuziehen, weil man nicht will, daß die Landwirte irgendwo mit den Konsumenten zusammenarbeiten und mit ihnen gemeinsam versuchen, die Interessen der gesamten Bevölkerung zu regeln. Das Ackerbauministerium weiß ja überhaupt nicht mehr, daß es Konsumenten gibt, es meint, daß man in Österreich Landwirtschaftspolitik gegen und ohne die Konsumenten treiben könnte. Die Herren Landwirte sollen eines nicht vergessen: Das neue Österreich ist nicht mehr die alte österreichische Monarchie. Dieses neue Österreich ist ein Industriestaat. Und wenn dieses neue Österreich lebensfähig werden soll, dann muß es jeden Tag mehr ein Industriestaat werden. Es

werden in Österreich Gott sei Dank viele neue Fabriken gebaut. Jedes Wasserkraftwerk, das in Österreich errichtet wird, ist nicht nur ein Stützpunkt unserer industriellen Entwicklung, sondern ist mit Notwendigkeit auch ein Stützpunkt der sozialdemokratischen Organisationen und Sie wissen nicht, ob diese industrielle Entwicklung nicht einmal dazu führen wird, daß die landwirtschaftlichen Vertreter in diesem Hause eine erschreckende Minorität sein werden. Dann werden Sie nicht durchsetzen können, daß wir wie im alten Österreich Getreide- und Fleischzölle zum Schutz Ihrer Produktion bekommen, denn ein Parlament, das Getreidezölle bewilligen würde, wäre in Österreich an dem Tag unmöglich, an dem es dieses Gesetz beschlossen hätte. In dem Moment, wo sich uns der Weltmarkt wieder öffnet, in dem Moment, wo unser Geld wieder besser wird, haben Sie die ausländische Konkurrenz und dann wird es von den Konsumenten abhängen, inwieweit wir bereit sind, Ihnen zu helfen, die österreichische landwirtschaftliche Produktion zu fördern oder nicht. Sie sehen heute schon in der ganzen Welt, daß Getreidezölle immer unmöglicher werden; Sie sehen, daß wir zu einer ganz neuen weltwirtschaftlichen Situation kommen. Und wenn Sie einmal wieder wie in den Jahren zwischen 1880 und 1890 beim offenen freien Markt die amerikanische Konkurrenz bekommen werden, dann werden vielleicht Sie diejenigen sein, die sehr glücklich sein werden, wenn die Konsumenten mit Ihnen über die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sprechen werden. Sie dürfen also nicht meinen, daß Sie deshalb, weil Ihnen die Entwertung unseres G. des den heimischen Konsumenten gebunden vor die Füße legt, in diesem Staate schalten können, wie Sie wollen. Sie haben damals unter dem Drucke der Verhältnisse zustimmen müssen — bis auf die paar Abgeordneten, die man nicht rechtzeitig verständigen konnte —, daß man die Vieh- und Fleischzufuhr verboten hat, daß man trotz der Zustimmung des Ackerbauministeriums im Nationalrat unsere Resolution angenommen hat. Sie selbst mußten dafür stimmen, weil Sie nicht den Mut haben konnten, der städtischen Bevölkerung so ins Gesicht zu schlagen. Wenn Sie heute, wo ein Kilo Rindfleisch schon fast 1400 K. kostet, wo die städtische Bevölkerung schon nicht mehr weiß, wovon sie leben soll, den Mut haben, diese Resolution anzunehmen, die ein Hintertürchen für die Vieh- und Fleischzufuhr gestattet, dann werden Sie der Bevölkerung in den Städten zeigen, daß Sie überhaupt keine Konsumentenpolitik treiben können und treiben wollen.

Der Herr Kollege Niedrist hat hier so getan, als wenn mein Freund Abram seine Ansichten in diesen Dingen geändert hätte. Man ist an unsere Kollegen in Tirol immer wieder herantreten, sie

Sollen doch einwilligen, daß die Viehausfuhr aus Tirol gestattet werde. Man hat Ihnen einmal für das Stück Vieh 1000 Lire bieten wollen, das andere Mal hat man ihnen gesagt: Ihr bekommt soundso viel Waggon Reis und soundso viel Waggon Fett, aber laßt das Vieh hinaus. Wir haben gesagt: der Nationalrat hat beschlossen, daß er dieser Ausfuhr nicht zustimmen kann; wir öffnen kein Hintertürchen. Da sind natürlich die Tiroler Bauern hergegangen und haben das Vieh einfach ohne Erlaubnis über die Grenze getrieben. Sie haben gewußt, daß, wenn auch im Preistreibergeschäft, in einem Gesetze, das Sie hier im Hause mitbeschlossen haben, steht, die Leute sollen zur Verantwortung gezogen werden, die durch Schmuggel notwendige Lebensmittel dem Lande entziehen, ihnen doch nichts geschehen wird. Und als unsere „Innsbrucker Volkszeitung“ erzählt hat, daß ein einziger Gastwirt so viele Ausfuhrbewilligungen bekommen hat, daß er 15 Millionen verdient hat, ist der Gastwirt in die Redaktion gekommen und hat gesagt: Ich berichtige, es waren nicht 15, sondern nur 14½ Millionen. So schamlos treibt man heute den Schmuggel mit wichtigen Lebensmitteln. Man weiß, Ihnen geschieht nichts. Denn Sie haben jetzt die Möglichkeit, in Ihrer Partei die städtischen Konsumenten und die städtischen Vertreter zu zwingen, Ihre Politik mitzumachen. Aber man wird einmal diese städtischen Vertreter zur Rechenschaft ziehen, wieso sie es zugeben konnten, daß man die Grundlagen ihrer Existenz einfach vernichtet. (Zustimmung.)

Wir haben jetzt in allen Landtagen Vorlagen über die Bauernkammern bekommen. Warum kommen Sie mit solchen Gesetzen nicht in den Nationalrat? Warum vertrieben Sie sich mit diesen Dingen in die Landestuben? Weil Sie gemeint haben, Sie werden die Arbeitervertreter in den Landtagen leichter überrumpeln können, weil Sie gemeint haben, die Insaugen Ihres Gesetzes würden nicht an das Licht der Öffentlichkeit kommen, wenn man das in den Räumlein der Landstuben verhandelt. Wir haben alle Kammergesetze hier im Hause verhandelt und es wird niemand einschen und auch viele Ihrer Kollegen sehen das nicht ein, warum man nicht auch das Gesetz über die Bauernkammern hier verhandeln kann. Aber Sie gehen mit den Bauernkammern in die Landtage, und auch in Ihrer Partei bieten Sie Ihren Einfluß auf, weil Sie verhindern wollen, daß die Konsumenten eine ähnliche Institution bekommen. Sie wollen einmal unter sich sein, Sie wollen die lokale Verwaltung, die Sie in Ihrer Partei nicht durchsetzen konnten, nun auf einem anderen Wege für sich organisieren, auf dem Wege der Bezirksbauernkammern. Wenn Sie Bezirkskammern machen werden, dann ist es natürlich notwendig, daß auch die Arbeiterkammern Bezirks-

vertretungen bekommen, dann werden auch die Handelskammern Bezirksvertretungen bekommen müssen, dann werden wir eben auf einem anderen Wege zur lokalen demokratischen Verwaltung kommen müssen. Denn, daß Sie Rechte, Vertretungsrechte in gesetzlichen Formen bekommen, die die anderen nicht haben, das dürfen Sie sich nicht einbilden. Sie können nur eines erleben, daß in soundso vielen Landtagen die Zusammenarbeit nicht mehr möglich wird, daß gerade bei der Frage der Gesetze über die Bauernkammern wir dahin kommen, daß die Arbeitsgemeinschaft in den Landtagen und damit die Landtage unmöglich werden. Ob Sie jetzt ein Interesse daran hätten, Landtagswahlen zu erleben in einer Zeit, wo die Erregung der städtischen Bevölkerung auf dem höchsten Siedepunkt angelangt ist, ist eine andere Frage. Sie werden also von dem hohen Roß Ihrer besonderen Interessenvertretung heruntersteigen müssen, Sie werden einsehen müssen, daß Sie zu verhandeln haben.

Und wenn der Kollege Niedrist zum Schluß gesagt hat, er ist ganz einverstanden, daß man genossenschaftlich die Frage der Viehausfuhr regelt, Herr Kollege Niedrist, so geht es nur auf dem Wege der Gleichberechtigung! Wenn der Herr Kollege Abram davon gesprochen hat, daß er an eine Wülfenwertung auf genossenschaftlicher Grundlage denkt, so hat er sicher nicht daran gedacht, die landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen die Organisation allein besorgen. Da werden Sie sich schon schon mit den Konsumgenossenschaften zusammensetzen müssen, so wie wir es ja in Wien bereits versucht haben, wo wir eine derartige gemeinsame Vertretung geschaffen haben. Die Wiener Fleischanstaltsgesellschaft ist ja gar nichts anderes als eine Verbindung zwischen den ländlichen Produzenten-genossenschaften und den städtischen Konsumgenossenschaften. Glauben Sie also nicht, daß Sie in Österreich allein regieren können, glauben Sie nicht, daß Sie diese Situation der Wülfenwertung nur für die Landwirte ausnützen können. Sie werden die Konsumenten in Österreich einmal sehr dringend brauchen, denn Sie werden eine Produzentenpolitik ohne uns in diesem Lande überhaupt nicht machen können.

Und die einsichtigen Kreise nicht nur hier in Österreich, sondern auch in Deutschland wünschen ja heute schon diese Verständigung zwischen den beiden entgegengesetzten Richtungen. Im deutschen Ernährungsministerium haben in der letzten Zeit große Konferenzen stattgefunden, weil die Reichsregierung wünscht, wenn der Abbau der staatlichen Bewirtschaftung in Deutschland eintritt, soll an seine Stelle eine freiwillige Verbindung treten, die zwischen städtischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten einzutreten hätte. Sie dürfen also nicht meinen, daß Sie jetzt einfach diktiert

können. Sie werden sich mit den Wünschen der Konsumenten weiterhin aneinanderzusetzen haben und wir erklären Ihnen schon heute, das Bundesministerium für Volksernährung wird nicht einen Tag früher abgebaut werden, bevor wir nicht die Zusicherung haben, daß die Konsumenten eine rechtliche Vertretung in diesem Staate bekommen. Wir werden uns nicht der Bauernschaft gebunden zu Füßen legen lassen, das fällt uns gar nicht ein. Wir haben jetzt einmal ein Ministerium gehabt, das die Pflicht hatte, unsere Interessen zu schützen, und wir werden dieses Ministerium so lange halten, bis Sie uns eine andere Interessenvertretung zugestimmt haben. So geht das nicht, daß Sie ein Landwirtschaftsministerium haben und Bauernkammern und die Konsumenten haben in diesem Staate Österreich überhaupt nichts.

Vor allem seien Sie überzeugt, der gefährlichste Konkurrent für Sie ist ja gerade die zunehmende Industrialisierung Österreichs. Sie werden einmal auch mit Ihren Arbeitern anders reden müssen. Heute ist die Industrie in gewissen Zentren zentralisiert. Aber in dem Moment, wo durch die Dezentralisation unserer industriellen Anlagen die Konkurrenz des Industriearbeiters gegenüber den Verhältnissen des landwirtschaftlichen Arbeiters in jedes agrarische Gebiet hinausgetragen wird, werden Sie froh sein, wenn Sie ein Mittel und die Möglichkeit einer Verständigung mit den Konsumenten haben werden.

Wir warnen Sie also, eine Situation so unklug auszunutzen, wie Sie es heute tun. Es wäre viel klüger gewesen, Sie hätten die Landwirte dazu erzogen, anstatt sich alle möglichen städtischen Gewohnheiten auf das Land hinaus zu nehmen, anstatt Perferteppiche und andere Dinge zu kaufen, landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen, ihre Betriebe zu industrialisieren und rationalisieren. Sie dürfen nicht vergessen, daß es heute in keinem Industriestaat, nicht einmal in England, geht, daß man eine Politik gegen die Arbeiterklasse macht. Was Lloyd George tut, ist ja nichts anderes, als daß er das Programm durchzuführen beginnt, daß die englische Arbeiterklasse ihrer Regierung gestellt hat. Wenn Sie also meinen, Sie könnten in diesem Staate gegen uns, sie könnten ohne Verständigung mit uns regieren, so beweisen wir Ihnen wieder, daß das durchaus nicht richtig ist, so beweisen Ihnen die Tatsachen, daß Sie damit rechnen müssen, daß wir ohne eine Verständigung über wirtschaftliche Fragen nicht vorwärts kommen können.

Sie dürfen also die Dinge nicht überspannen und dürfen vor allem nicht meinen, daß die städtische Bevölkerung sich alles bieten lassen muß, was die landwirtschaftlichen Kreise ihr zu bieten wagen. Wir haben jetzt neue große Opfer von der

städtischen Bevölkerung zu verlangen. Sie verlangen von der städtischen Bevölkerung, daß sie jetzt eine Verteuerung ihrer Lebenshaltung hinnimmt, die etwas ganz Außerordentliches, noch nie Dagewesenes beinhaltet. Sie verlangen, daß der Arbeiter den Weltmarktpreis für Brot und Fett bezahle, Sie verlangen, die städtische Bevölkerung solle sich noch mehr in ihren Lebensbedürfnissen einschränken, sie soll immer schlechter leben. In einer solchen Zeit dürfen Sie diese städtische Bevölkerung nicht dadurch provozieren, daß Sie auch noch bei jeder Gelegenheit Anträge einbringen, wie diese Resolution, die der Herr Abgeordnete Niedrist eingebracht hat.

Wir hoffen, daß die bürgerlichen Parteien diesmal nicht den Mut haben werden, den sie auch das letztemal nicht gehabt haben, daß sie den Beschluß, den sie selbst mitgefaßt haben, in einem Moment rückgängig machen, wo das Kilogramm Rindfleisch 1400 K kostet.

Wenn hier erzählt wurde, daß die Tiroler kein Schlachtvieh züchten, ja, meine Herren, warum tauschen Sie nicht mit Niederösterreich, warum machen Sie es nicht so, daß Sie Ihren Überfluß an Zuchtvieh den niederösterreichischen Landwirten zur Verfügung stellen? Warum arbeiten Sie darauf hin, daß dieses Zuchtvieh ins Ausland geht? Weil der niederösterreichische Landwirt nicht mit Lire und Franken und deutschen Mark bezahlt, weil auch Sie Valutaspekulanten geworden sind und es Ihnen lieber ist, wenn Sie Lire einstreichen können, als wenn die Wiener Bevölkerung billiges Fleisch bekäme.

Wir haben gesehen, es mußte Oberösterreich und Salzburg wieder zu einer gewissen Viehwirtschaft zurückkehren, man hätte einfach das Vieh nicht aus dem Lande befördern lassen, wenn man nicht zuerst den Konsum der heimischen Bevölkerung sichergestellt hätte. Wir stehen jetzt vor einer ganz neuen Situation in der Ernährung. Wenn wir nicht imstande sind, trotz des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse eine geordnete Versorgung der städtischen Bevölkerung zu garantieren, wenn wir nicht die staatliche Bewirtschaftung und die Verpflichtung des Staates, die Bevölkerung zu versorgen, aufrechterhalten, dann werden wir noch viel schwierigere wirtschaftliche Dinge erleben, als wir sie leider erlebt haben. Die Bevölkerung kann den Staat nicht von der Verpflichtung entbinden, daß er für die Lebensmittelversorgung der arbeitenden Klassen aufzukommen hat, solange die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ohne staatliche Hilfe nicht gesichert ist.

Wir haben ja heute schon erreicht, daß man den Gedanken aufgegeben hat, daß am 1. Jänner nicht nur die Lebensmittelzuschüsse, sondern auch

die staatliche Bewirtschaftung abgebaut wird. Heute sieht man ja auch bei Ihnen schon ein — und man hat das nicht immer eingesehen —, daß die staatliche Bewirtschaftung vorderhand aufrechterhalten werden muß, daß der Staat auch weiterhin einkaufen muß und die Verpflichtung hat, die Brotkarte, die Zuckerkarte und die Fettkarte zu honorieren. Ich möchte aber hier vor allem eines erklären und ich hoffe, daß mich da auch die katholischen Frauen unterstützen werden: Ein Abbau der staatlichen Zuschüsse auf die Kondensmilch darf nicht eintreten. Das Finanzministerium hat neuerlich verlangt, daß die verbilligte Kondensmilch, die an Kinder ausgegeben wird, auf 250 K pro Dose erhöht wird. Das Finanzministerium schwört also bei seinen fiskalischen Maßnahmen schon noch immer die besitzenden Klassen, es schwört noch immer die Menschen, die Devisen und Effekten besitzen, es hat noch immer nicht die Courage, Gratisaktien zu verlangen, es hat aber den traurigen Mut, den Kindern in den Städten die Milch zu verteuern. Wir können es nicht zugeben, daß die Kondensmilchverteilung an die Kinder verteuert wird, und wir hoffen, daß wir da einmal die Unterstützung der katholischen Frauen finden werden, die sonst ihre Konsumentenpolitik, die sie im Kriege betrieben haben, vollständig vergessen haben. Wir haben gemeinsam mit der katholischen Frauenorganisation im Kriege eine ganze Reihe von Eingaben verfaßt und an die damalige Regierung überreicht, wo wir Maßnahmen gefordert haben, die heute die katholische Frauenorganisation schon vergessen hat. Die katholische Frauenorganisation meint, daß, wenn sie hier und da zwei Kilo Mehl verschenken kann, die Mütter draußen am Laube vergessen werden, was sie selber einmal als ihre wichtigsten Forderungen erhoben hat. Aber wir werden nicht daran vergessen lassen, daß es ein Verbrechen ist, wenn man den Kindern die Milch in der Weise verteuert, wie es das Finanzministerium jetzt unter der Führung Ihrer Partei fordert. Eine arme Frau kann nicht 250 K für eine Dose Kondensmilch bezahlen. Das heißt den Kindern einfach das Lebenslicht ausblasen, das heißt, daß das Finanzministerium die größte Engelmacherin sein wird, die wir im Staate Österreich überhaupt haben. Schauen Sie sich einmal an, was Arbeiterkinder, kleine Säuglinge, heute an Kaffee zu trinken bekommen. Gehen Sie einmal in den XX. Bezirk und schauen Sie sich an, wie in diesem kleinen Saugflascherl eine schwarze schmutzige Flüssigkeit ist, die ein ganz klein wenig Milch enthält, weil die Mutter nicht imstande ist, mehr als zwei Dosen Kondensmilch in der Woche zu kaufen. Wenn Sie also dahin wirken, daß die verbilligte Kondensmilch Ausgabe manzugesetzt verteuert wird, sind Sie mit daran schuld, daß in Österreich die Kinder sterben. Man muß einmal mit aller Energie

dagegen Stellung nehmen, daß der Fiskalismus heute schon bis zur Nahrung der Säuglinge hinuntergeht, und wir erwarten deshalb, daß Sie mit dazu helfen werden, daß man eine weitere Verteuerung der Kondensmilchverteilung für die kleinen Kinder endlich einmal verhindert. Wenn wir schon bereit sind, an dem Abbau der Lebensmittelzuschüsse mitzuhelfen, wenn wir schon diesen Abbau durch unsere sozialpolitischen Forderungen vorbereitet haben, ohne die ja der Abbau nie möglich gewesen wäre, dann müssen Sie auch auf die Kinder der arbeitenden Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Wir haben heute in unserer Ernährungswirtschaft nur noch ein Trümmersfeld und es hat ein Kollege von Ihnen gesagt, er sei froh, daß er einmal als Student Hunger gelitten hat, denn er könne sich in die Psychologie der hungernden Massen hineindenken und er würde wünschen, daß einmal auch die bauerliche Bevölkerung Hunger litte, denn dann würde sie wissen, daß es nicht angeht, die Städte Österreichs einfach verhungern zu lassen. Was nützen aber die Schilderungen in der „Reichspost“ über den verelendenden und verhungernenden Mittelstand, wenn Sie auf der anderen Seite mithelfen, diese Ernährungswirtschaft des Staates zu zerstören, wenn Sie die Hand dazu bieten, daß dieser Staat einfach nicht mehr wirtschaften kann.

Man kann nicht eine doppelte Politik treiben, eine Konsumentenpolitik in den Zeitungen und eine Produzentenpolitik im Parlament. Wenn Sie die Interessen der Konsumenten schützen wollen, dann werden Sie dies auch wirklich tun müssen und Sie werden das beweisen müssen, Sie werden nicht immer einfach erwarten können, daß die Bevölkerung alles das glaubt, was Sie ihr versprechen; und wenn Sie heute hinauskommen auf das Land, dann werden Sie heute schon die Leute fragen hören, wo denn die billigen Lebensmittel geblieben sind, die Sie ihnen im letzten Wahlkampfe versprochen haben, dann können Sie bei jedem Stande auf den Märkten, jeder Eisenbahnstation, in jeder Elektrischen die Frage austauschen hören, na, jetzt haben wir die christlichsoziale Regierung und die Lebensverhältnisse sind um 1000 Prozent schlechter geworden, als sie am 17. Oktober waren, damals, als das letzte Mal gewählt worden ist. Wir warnen Sie also, diesen Bogen zu überspannen. Sie haben die Ernährungswirtschaft zerstört, Sie haben die städtischen Konsumenten ausgeliefert jedem Wucher, der überhaupt möglich ist, Sie haben ein Jahr lang zugeschaut, wie unser Geld zusammenbricht, Sie haben ein Jahr lang nichts getan. Ein altes Sprichwort sagt: „Glauben und Harren, hält manchen zum Narren“. Ein ganzes Jahr haben Sie geglaubt, es wird ein Wunder geschehen, das Österreich rettet, und erst, als wir Ihnen gesagt haben, das Wunder

wird nicht kommen, tut endlich einmal etwas, damit Österreich geholfen wird, ist es Euch eingefallen, d. h. es auch noch eine Selbsthilfe gibt. Bis zu dem Tage hat keiner Ihrer Herren überhaupt gewußt, was er mit den Finanzen anfangen soll, oder er hat es so tief im Schreine seiner Seele verschlossen, daß es kein Mensch ahnen konnte; denn der Herr Finanzminister Dr. Grimm hat doch nicht seine Finanzpolitik gemacht, sondern die Ihre, und der Herr Minister Grimm hätte diese Finanzpolitik nicht machen können, wenn Sie damals eine andere Finanzpolitik gefordert hätten. Sie sind also Schuld daran, wenn wir heute in dieser Ernährungs-katastrophe sind. Sie sind daran schuld, wenn jetzt die Bevölkerung zu Verzweiflungsausbrüchen getrieben wird. Sie sind es, die die Ernährung der Bevölkerung zu einem Feld ihrer Demagogie gemacht hat, zu einem Feld zum Schutz Ihrer bürgerlichen Interessen, zu einem Feld, auf dem Sie in der unverantwortlichsten und frivolsten Weise gewirtschaftet haben. Sie werden aber die Früchte dieser Arbeit ernten. Es werden sich die Verhältnisse in der Welt wieder ändern und es wird überall in allen Staaten, die heute eine arbeitende Bevölkerung haben, immer mehr und mehr notwendig werden, daß die Regierungen die Politik der arbeitenden Massen machen. So wie heute Lloyd Georges die Politik seiner Arbeiterklasse machen muß, damit er den englischen Imperialismus noch ein paar Monate Lebensmöglichkeit gewinnt, so werden auch Sie immer mehr gezwungen werden, die Politik der arbeitenden Menschen in diesem Staate zu machen, sonst werden Sie einmal von der Bildfläche dieses Staates überhaupt verschwinden müssen. Denn ganz umsonst leidet die Bevölkerung nicht so kolossal wachsen, wenn nicht heute schon die Empörung, die Erbitterung der Bevölkerung über ihre Untätigkeit, über ihre Frivolität, mit der Sie bisher gewirtschaftet haben, zum Ausdruck kommen würde.

Wir müssen deshalb heute die ernstste Mahnung an die bürgerliche Mehrheit dieses Hauses richten, daß sie endlich einmal mit diesem demagogischen Spiel Schluß mache. Wir brauchen noch immer eine Ernährungswirtschaft, die Leute haben das Recht, dem Staate ihre Brotkarten und ihre Zuckerkarten und ihre Fettkarten zu präsentieren und der Staat wird diese Karten auch einlösen müssen, wenn er die Lebensmittelzuschüsse abbaut, und an dieser Einlösung wird nicht früher gerüttelt werden, der Abbau der staatlichen Wirtschaft wird nicht früher durchgeführt werden können, bevor Sie uns nicht nur versprechen, sondern garantieren können, daß wir ohne staatliche Wirtschaft vorwärts kommen. Bisher hat der berühmte freie Handel nichts geleistet. Wo sind denn die Kartoffeln, die der freie Handel hätte einführen sollen? Wir hätten

nicht einen Kartoffel auf den Wiener Märkten, wenn der Staat keine Kartoffeln gekauft hätte, wir hätten überhaupt nichts mehr zu essen, denn es fällt natürlich heute bei dem großen Risiko den Geschäftsleuten schon lange nicht mehr ein, Lebensmittel einzuführen, sondern nur Luxusartikel. Ich habe schon einmal in diesem Hause gesagt: „Handeln“ heißt nicht „versorgen“. Wenn ich ein Händler bin, dann will ich gute Geschäfte machen. Wenn ich aber versorgen will, dann habe ich die Pflicht, auch zu versorgen, wenn ich kein gutes Geschäft mache. Versorgen ist eine staatliche Pflicht. Wir haben im Krieg die alte kaiserliche, autokratische Monarchie gezwungen, diese Versorgungspflicht des Staates anzuerkennen. Seien Sie versichert, wir werden auch Sie zwingen, diese Versorgungspflicht des Staates so lange anzuerkennen, als die Arbeiterklasse in diesem Staate diese Pflicht des Staates notwendig hat. Nicht einen Tag früher und nicht einen Tag später werden Sie die staatliche Bewirtschaftung abbauen und der Staat wird nicht einen Tag früher aufhören, Lebensmittel einzukaufen, als wir nicht die Gewißheit haben, daß die Lebensmittelversorgung in der Bevölkerung gesichert ist. Unsere Landwirtschaft wird uns noch lange nicht versorgen. Wenn unser Staat leben will, dann brauchen wir eine sehr starke industrielle Entwicklung, dann brauchen wir in Österreich noch viel mehr Schlote, die rauchen. Wir können nur lebensfähig werden durch eine große, leistungsfähige Industrie. Mit der Industrie wächst auch die leistungsfähige Arbeiterschaft, und sowie überall dort, wo eine Kirche steht, Sie Ihre Agitationslokale haben, so haben wir überall dort, wo eine Werkstatt steht, unsere Agitationslokale. (Zwischenruf des Abgeordneten Lutzenberger.) Na, Ihre 70.000 katholisch organisierten Arbeiter tun uns noch nicht viel. Vorderhand sind die Werkstätten noch unsere Organisationszentralen und nicht die Ihren! (Zwischenruf des Abgeordneten Lutzenberger.) Herr Kollege Lutzenberger, Ihr Zwischenruf ist so dumm, daß ich es vorziehe, nicht darauf zu antworten. (Abgeordneter Lutzenberger: Er paßt Ihnen nicht!) Nein, nicht, weil er mir nicht paßt, aber weil er wirklich dumm ist. Ich muß nicht auf jede Dummheit eines hochgeehrten Kollegen antworten.

Jedenfalls können Sie versichert sein: je stärker die Industrie in Österreich wird — und Sie werden ja selbst alles tun müssen, um die industrielle Entwicklung zu fördern, weil der Staat sonst nicht leben kann —, um so stärker wird in diesem Staate auch die Sozialdemokratie werden und um so früher werden Sie, werden auch die Landwirte bereit sein müssen, in diesem Staate keine Produzentenpolitik, sondern eine wirkliche Konsumentenpolitik zu machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Haeris.

Abgeordneter Haeris: Hohes Haus! Ich werde die Aufmerksamkeit des hohen Hauses nur sehr kurze Zeit in Anspruch nehmen; ich will nämlich nur auf einige Äußerungen des Herrn Abgeordneten Schneidmadr reagieren.

Der Herr Abgeordnete Schneidmadr hat behauptet, der Gesetzentwurf, betreffend die Förderung der Landeskultur, der zur Zeit, als ich die Ehre hatte, dem Ackerbauministerium vorzustehen, ausgearbeitet wurde, sei den landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften mitgeteilt worden und habe überall eine Ablehnung erfahren. Ich bin nicht darüber unterrichtet, welche Äußerungen die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften dem Ackerbauministerium über den Gesetzentwurf erstattet haben, aber das eine weiß ich aus einer Zuschrift des Landeskulturates von Tirol aus der allerletzten Zeit, daß der Landeskulturrat von Tirol sehr wohl darauf wartet, daß dieser Gesetzentwurf endlich dem Nationalrate vorgelegt werde, und ich möchte den Herrn Minister für Ackerbau dringend bitten, alles daranzusetzen, daß er endlich dem hohen Hause unterbreitet werden kann, natürlich nachdem vorher noch den Landesregierungen und landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften Gelegenheit gegeben wurde, dazu Stellung zu nehmen.

Dieser Gesetzentwurf, hohes Haus, soll ja den Landesregierungen und den Landeskulturräten beziehungsweise den landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften die notwendigen Mittel zur Förderung der Landeskultur liefern. Das wird natürlich erst geschehen können, sobald der Entwurf eben Gesetz geworden sein wird, aber es könnte auf einem andern Wege heute schon etwas Wesentliches geschehen, um die Landeskultur erheblich zu fördern. In Österreich wird nur sehr wenig von dem wertvollen Kunstdüngemittel, dem schwefel-sauren Ammoniak gewonnen, und zwar von der Kommune Wien aus den Abfallwässern bei der Gaserzeugung. Wie mir mitgeteilt wurde, soll beiläufig die Hälfte dieses schwefel-sauren Ammoniaks heuer in das Ausland verkauft werden, damit die andere Hälfte zu einem erschwinglichen Preise der Landwirtschaft überlassen werden kann. Meine Herren! Wir werden von unserem Boden keine befriedigenden Erträge bekommen, wenn wir ihm nicht auch die notwendigen Nährstoffe in Form von Düngemitteln geben können, und gerade das wertvollste, das Ammoniak, sollte deshalb bei uns im Lande bleiben und nicht ins Ausland verkauft werden. Vielleicht könnte da der Herr Abgeordnete Schneidmadr auf seinen Parteigenossen, den Herrn Bürgermeister von Wien einwirken, daß er es zu einem Preise, den die Landwirtschaft bei der heute teil-

weise noch bestehenden Zwangswirtschaft leisten kann, abgibt. Es wäre ein großes Verdienst des Herrn Abgeordneten Schneidmadr, wenn ihm das gelingen würde.

Der Herr Abgeordnete Schneidmadr, aber auch andere Herren der sozialdemokratischen Partei haben die Beamten des Ackerbauministeriums ziemlich unanständig behandelt. Ich glaube, die Beamten des Ackerbauministeriums etwas besser zu kennen als der Herr Abgeordnete Schneidmadr, denn ich hatte ja Gelegenheit, mit den Herren durch längere Zeit zu verkehren und einen genaueren Einblick in die Verhältnisse im Ackerbauministerium zu bekommen, aber ich muß Ihnen hier offen erklären, daß nach meiner Erfahrung die übergroße Mehrzahl der Beamten des Ackerbauministeriums durchaus pflicht-eifrige und tüchtige Beamte sind. *(Zusimmung.)* Ausnahmen gibt es überall. Gerade der Umstand aber, daß man diesen Herren immer mit Pauschal-verdächtigungen kommt und ihnen solche Vorwürfe macht, dieser Umstand ist nicht geeignet, die Pflicht-treue und den Pflichteifer dieser Herren zu heben.

Nun komme ich zu dem Antrage des Herrn Abgeordneten Unterkircher, welcher verlangt, daß die vom Nationalrat am 6. Oktober beschlossene Erlassung des Verbotes des Viehexportes durch eine neue Entscheidung ersetzt werde, die den Vieh-export ins Zollausland unter bestimmten Bedingungen wieder ermöglicht. Es hat der Herr Kollege Abram seine Ausführungen gestern damit geschlossen, daß er gesagt hat, im heurigen Jahre könne man die Wiedenzulassung des Viehexportes nicht verfügen, aber es sei auch nicht notwendig, denn der größte Teil des zur Abgabe gelangenden Viehes sei bereits außerhalb der Grenzen des Landes. Nun, meine Herren, das Jahr 1921 dauert nur mehr 16 oder 17 Tage, da nun ist es um, und für das Jahr 1922 hat selbst der Herr Abgeordnete Abram erklärt, daß es notwendig sei, unter bestimmten Kantelen und Voraussetzungen den Viehexport wieder zuzulassen. *(Abgeordneter Schiegl: Er hat erklärt, das Vieh soll für Niederösterreich abgegeben werden!)* Er hat vom Export gesprochen, was Sie meinen, ist doch kein Export. Wir geben ja auch Vieh nach Niederösterreich ab. Ich sage es ganz offen, ich bin Tiroler und fühle mich aber als Österreicher und wünsche, daß auch die andern Länder aus Tirol soweit als möglich Vieh beziehen können. Ich vertrete den Grundsatz: Leben, aber auch leben lassen! Halten auch Sie, meine Herren, diesen Grundsatz ein! Die Erlassung des Viehaustruhrverbotes hat zu verschiedenen Härten geführt und ich werde Ihnen eine dieser Härten mitteilen.

Die Stadtgemeinde Klausen wurde im letzten Jahre von einer geradezu schauerlichen Hochwasserkatastrophe betroffen. Ein großer Teil der

Stadt war durch die Stauung der Eisack infolge eines Murrbruchs durch lange Zeit im Wasser und es dürfte bis heute noch nicht möglich gewesen sein, das Unheil vollkommen wieder gutzumachen. Diese Stadtgemeinde hat nun bei der Tiroler Landesregierung um die Bewilligung angefordert, zirka 30 Stück Vieh aus Nordtirol beziehen zu dürfen, um diese Stücke zu einem ermäßigten Preise an die vom Hochwasser Meistbetroffenen abgeben zu können. Selbst in diesem Notfall wurde die Ausfuhrbewilligung nicht erteilt. Ich frage Sie, meine Herren, ob das denn doch nicht eine sehr große Härte ist, wenn der Südtiroler, unser Stammesgenosse, zu dem Nordtiroler kommt und sagt: Bitte, hilf mir in einem solchen Falle! und man kann ihm, auch wenn man will, diese Hilfe nicht leisten. Ähnliche Fälle gibt es mehr. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich will zunächst nicht einem größeren Viehexport das Wort reden, sondern ich möchte nur wünschen, daß gerade in derartigen wichtigen und dringenden Fällen der Export gestattet wird, aber auch in jenen Fällen, wo die Landesregierung darum einkommt und die in der Resolution aufgezählten Bedingungen erfüllt werden. Im übrigen erkläre auch ich: ich bin ganz entschieden dagegen, daß wieder derjenige, der sich zwischen den Produzenten und den Konsumenten stellt, der Händler, sich, wie es heuer leider geschehen ist, ungebührlich bereichert. Dies muß für die Zukunft hintangehalten werden und in Tirol ist bereits eine Viehverwertungsgenossenschaft in Bildung begriffen, welche den Verkehr zwischen dem einen und dem andern so vermitteln soll, daß der Zwischenhandel möglichst ausgeschaltet wird. Darum, meine Herren, bitte ich Sie, die Resolution, die der Kollege Unterkircher im Budgetausschuß eingebracht hat und die vom Budgetausschuß angenommen wurde, zum Beschlusse zu erheben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Die Debatte ist geschlossen. Ich erteile das Schlusswort dem Herrn Berichterstatter für „Land- und Forstwirtschaft“, Abgeordneten Eisenhut.

Spezialberichterstatter Eisenhut: Hohes Haus! Die Debatte hat gezeigt, daß alle Parteien das Bestreben haben, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu fördern, nur sind die Wege verschieden. Ich glaube, daß der Weg, den die Herren von der linken Seite beschritten haben, nicht der richtige ist. Sie haben das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und seine Beamten sehr scharf kritisiert. Ich bin gewiß dafür, daß man gerechte Kritik übt, und sie ist auch unter Umständen gesund und notwendig, aber wenn sie gar zu scharf ist, untergräbt sie nur die Arbeitsfreudigkeit der

Beamten. Andererseits fürchte ich auch, daß die Sozialdemokraten durch das Hinaustragen ihrer Ideen auf das flache Land das Entgegengesetzte von dem erreichen werden, was sie wünschen. Sie stören nämlich das gute Verhältnis, das bis heute zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen dem Bauern und seinen Arbeitern bestanden hat. Als Kenner der Verhältnisse fürchte ich — ja, ich bin davon überzeugt, daß letzten Endes die Wirkungen dieses Tuns den Herren selber nicht zum Vorteile gereichen werden.

Was die Resolutionen betrifft, so vertweise ich bezüglich der Resolution Witternigg auf meine Ausführungen im einleitenden Berichte; ich spreche mich gegen diese Resolution aus mit Rücksicht darauf, daß die landwirtschaftlichen Schulen innig mit der Landwirtschaft zusammenhängen und infolgedessen auch in Zukunft dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstellt sein sollen. Als Berichterstatter kann ich mich daher dieser Entscheidung nicht anschließen.

Was die zweite Resolution, jene des Abgeordneten Forstner betrifft, so muß ich erklären, daß die Haupttendenz nicht darin liegt, daß die Seuchengefahren so groß sind, sondern man will Platz für die Wiener Messe schaffen.

Nach Rücksprache mit Veterinärmedizinem ist dafür gesorgt, daß Seuchen sofort bei ihrem Ausbrechen unterdrückt und bekämpft werden können. Auch der Herr Bundesminister hat erklärt, daß die Gefahr infektiöser Erkrankungen nicht so groß ist. Der Grund des Antrages ist, für die Unterbringung der Wiener Messe Platz zu machen. Wir haben nichts dagegen, wenn die Wiener Messe gut untergebracht wird, aber ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist, hier im hohen Hause die Regierung dazu zu bringen, daß sie Raum für die Wiener Messe schafft. Nach meiner Anschauung ist das ein Eingriff in die Verwaltung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Ich kann mich auch infolgedessen nicht für diese Resolution aussprechen und bitte das hohe Haus, die Resolution abzulehnen. Alle übrigen 21 dem Bericht beigegebenen Resolutionen sowie den Budgetabschnitt XI bitte ich unverändert anzunehmen.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter für das Kapitel „Volksernährung“ verzichtet auf das Schlusswort? *(Berichterstatter Dr. Jerzabek: Ja!)* Infolgedessen kommen wir zur Abstimmung.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause:)* Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, die dem Antrage des Finanz- und Budgetausschusses, dahingehend *(liest):*

„Der Nationalrat wolle den Ansätzen des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1922,

Kapitel 19 und 20, „Land- und Forstwirtschaft“ (Ausgaben und Einnahmen), unter Berücksichtigung der ziffermäßigen Änderungen die Genehmigung erteilen“, ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag des Finanz- und Budgetausschusses ist angenommen.

Bei diesem Kapitel haben wir eine Reihe von Resolutionen, und zwar im ganzen 21, die dem Berichte beige druckt sind, dann eine Resolution Witternigg und eine Resolution Forstner. Was die gedruckten Resolutionen anbelangt, so wurde an das Präsidium das Ersuchen gestellt, daß hinsichtlich der Resolution Nr. 20 getrennt abgestimmt werde. Ich werde daher zunächst — ich setze die Zustimmung des hohen Hauses voraus — über die gedruckten Entschlüsse 1 bis einschließlich 19 und die Resolution 21 abstimmen lassen, so wie sie der Ausschuss vorgelegt hat. (*Zustimmung.*)

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, die diesen Resolutionen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Die Resolutionen sind angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Resolution 20. Ich glaube, ich brauche sie nicht zu verlesen, sie liegt gedruckt auf. (*Zustimmung.*)

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, die auch der Resolution 20 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Auch die Resolution 20 ist angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Resolution des Herrn Abgeordneten Witternigg, sie lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, die landwirtschaftlichen Schulen aus dem Bundesministerium für Landwirtschaft auszuheben und sie dem Bundesministerium für Unterricht zu unterstellen.“

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, die dieser Resolution ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun kommen wir zu dem Beschlusantrag des Herrn Abgeordneten Forstner, dahingehend (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, die derzeit als Winterquartiere für das niederösterreichische Staatshengstendepot in Verwendung stehenden Stallungen in Wien-Schönbrunn sofort zu räumen. Das Pferde-material ist so unterzubringen, daß eine Gefährdung der Tiere durch Infektionskrankheiten nach menschlicher Voraussicht auf ein Mindestmaß reduziert wird.“

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, die diesem Beschlusantrag ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel „Volksernährung“.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, die dem Antrage des Finanz- und Budgetausschusses, dahingehend (*liest*):

„Der Nationalrat wolle den Ansätzen des Entwurfes des Bundesvoranschlages für das Jahr 1922, Kapitel 28, „Volksernährung“, mit den vom Berichterstatter beantragten obigen Abänderungen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen“, ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Kapitel „Volksernährung“ ist ebenfalls angenommen.

Auch diesem Kapitel liegt eine gedruckte Entschlüsselung bei. Ich nehme an, daß sie dem hohen Hause bekannt ist.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dieser Entschlüsselung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Entschlüsselungsantrag ist angenommen.

Damit sind die Abschnitte „Land- und Forstwirtschaft“ sowie „Volksernährung“ erledigt.

Wir kommen zum nächsten, zum VI. Abschnitt, das ist der Abschnitt über „Handel- und Gewerbe, Industrie und Bauten“ und „Sozialisierung“. Der Berichterstatter über Gruppe XII, „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“, ist der Herr Abgeordnete Partik. Ich lade ihn ein, über dieses Kapitel den Bericht zu erstatten.

Spezialberichterstatter **Partik**: Hohes Haus! Im Kapitel 21, „Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“ ist im Voranschlage ein Ausgabenbetrag von 113,981.000 K. eingelegt, dem Einnahmen in der Höhe von 1.039.000 K. gegenüberstehen. Ich werde Sie nicht viel mit Ziffern belästigen und werde hauptsächlich nur auf die Posten hinweisen, die eine Veränderung erfahren haben.

Es ist hier eine Post für die „Voreinführung von handelspolitischen Verträgen“; diese Post wurde um 366.000 K. erhöht. Diese Erhöhung war notwendig, weil mit den verschiedenen Sukzessionsstaaten handelspolitische Verhandlungen eingeleitet werden; diese Post dient nun für die Mehrkosten, die daraus erwachsen.

Weiters ist eine Verschiebung bei der Post „Personenlastwagen“, die zu niedrig eingestellt war, eingetreten; und zwar waren pro Wagen

2720

77. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 15. Dezember 1921.

500.000 K eingestellt; da dies aber zu wenig ist, wurde pro Wagen eine Erhöhung um 100.000 K beantragt und im Ausschuss auch angenommen.

Ich komme nun zum Kapitel 22. Das Gesamterfordernis im Titel 1, „Allgemeine Ausgaben und Einnahmen“, beträgt 64.446.700 K gegenüber 25.535.900 K im Jahre 1920. Die Erhöhung dieser Post ist hauptsächlich auf die Mehrausgaben für die Beamtenschaft zurückzuführen, aber auch die sachlichen Mehrerfordernisse sind durch die eingetretene Preiserhöhung der verschiedenen Artikel bedeutend gestiegen.

Ich werde mich auch hier nur mit jenen Posten beschäftigen, die eine Veränderung erfahren haben. Es handelt sich hier hauptsächlich um die handelsstatistischen Berichte, wo in der Einnahmepost eine Änderung zu verzeichnen ist; und zwar sind die Einnahmen hier auf 30 Millionen Kronen gestiegen, die an statistischen Gebühren bezahlt wurden, die im Vorjahre eine Erhöhung erfahren haben.

Weiters ist eine Veränderung in der Post „Handelsberichterstattung“ eingetreten. Die Handelsberichterstattung war mit einem Kostenaufwand von 206.000 K präliminiert. Diese Post ist seit dem Kriegsbeginn nicht erhöht worden. Da sich die Exposituren für diese Berichterstattung im Auslande befinden und die Kosten, die dort erwachsen, mit ausländischer Währung bezahlt werden müssen, ist es selbstverständlich, daß man mit diesem Betrage nicht mehr das Auslangen finden kann. Man kann aber auf eine Berichterstattung nicht verzichten, weil wir ja in den Sukzessionsstaaten, die jetzt auch zum Auslande gehören und mit denen wir handelspolitische Beziehungen anknüpfen müssen, eine Berichterstattung nicht entbehren können. Es ist daher eine Erhöhung auf 6 Millionen eingetreten und sie hat auch im Anschluß die Zustimmung gefunden.

Bei dem Titel „Patentwesen“ stehen einem Erfordernis von 29.647.000 K Einnahmen von 3.891.000 K gegenüber. Diese Zahl gibt aber nicht die gesamten Einnahmen an, sondern ein Teil der Einnahmen ist schon als „Patentgebühren“ beim Finanzetat ausgewiesen, nämlich 27.500.000 K, so daß man beim Titel „Patentwesen“ mit einer Erhöhung der Einnahmen rechnen kann.

Beim Titel 4, „Eichwesen“, betragen die Ausgaben 23.657.000 K, wovon auf die persönlichen Ausgaben 19.017.900 K, auf die sachlichen Ausgaben 4.639.100 K entfallen. Auch hier sind die Einnahmen durch Erhöhung der Gebühren gesteigert worden, so daß eine Erhöhung von rund 3.390.000 K ausgewiesen wird und im Jahre 1922 noch mit einer erheblichen Steigerung der Einnahmen gerechnet werden kann.

Beim Titel 5, „Gewerbeförderung“, beträgt das Gesamterfordernis 17.008.000 K. Es erzählt

aber eine Erhöhung um 39 Millionen Kronen, die sich, wie dies im Berichte detailliert ausgeführt ist, folgendermaßen verteilt: Für die Gewerbeförderungsbundesanstalten ist ein Betrag von 8 Millionen eingesetzt, für sonstige Anstalten 26 Millionen, für Förderungsmittel, und zwar für Förderung gewerblicher Vereinigungen 2 Millionen, für Förderung einzelner Erwerbszweige 2 Millionen. Für die wirtschaftliche Förderung des Kunstgewerbes sind 600.000 K ausgewiesen. Für kunstgewerbliche Förderung wird im Voranschlag ein Betrag von 1.200.000 K eingestellt. Es ist selbstverständlich, daß man mit diesem geringen Betrag nicht besonders viel Förderung betreiben kann. Da aber mit den kleinen Mitteln dieses Staates gerechnet werden muß, war leider nicht mehr zu erreichen. Insgesamt entfallen von diesen 39 Millionen auf die Förderungsmittel 5 Millionen Kronen.

Die Ausgaben für das gewerbliche Bildungswesen sind gegenüber dem Voranschlag um 1.340.000 K zu erhöhen, die Einnahmen infolge Steigerung der Schulgebühren um 2.200.000 K auf 12.420.000 K.

Das Militärgeographische Institut schneidet neuer zum erstenmal mit einem Überschuss ab, es ist durch die Reorganisation ein aktives Unternehmen geworden.

Bei den staatlichen Betrieben, und zwar bei der Bundesfabrik Blumau weist der richtiggestellte Voranschlag Ausgaben von 1.260.730.000 K aus, denen Einnahmen von 1.366.600.000 K gegenüberstehen. Also auch dieser Betrieb hat mit einem Überschuss abgeschlossen.

Einer der besten staatlichen Betriebe sind die österreichischen Zelluloidwerke, die einen Betriebsüberschuss von 57.920.000 K verzeichnen.

Es wurden verschiedene Anträge und Entschlüsse überreicht, die dem Voranschlage beigedruckt sind. Ich bitte um die Annahme dieser Anträge. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Berichtersteller für das Kapitel „Bergwesen“ ist der Herr Abgeordnete Dr. Schürff. Ich erteile ihm das Wort.

Spezialberichtersteller Dr. Schürff: Hohes Haus! Zwischen dem Voranschlage der Regierung zum Kapitel „Bergwesen“ und dem Berichte des Ausschusses bestehen ganz bedeutende Unterschiede im ziffermäßigen Aufbau. Während der Voranschlag bei Ausgaben von 484 Millionen und bei Einnahmen von 428 Millionen mit einem Fehlbetrag von 56 Millionen Kronen abschließt, beträgt hingegen nach dem Berichte bei Ausgaben von 953 Millionen Kronen und bei Einnahmen von 448 Millionen Kronen der Fehlbetrag 505 Millionen Kronen.

Der Zuwachs dieses Fehlbetrages vom Voranschlag zu jenem des Berichtes beträgt somit 469 Millionen Kronen.

Die Ursachen dieser ganz bedeutend ziffermäßigen Verschiebung zwischen dem Voranschlage und dem Berichte sind auf eine Post zurückzuführen, die unter dem Titel „Kursmehrverlust“ früher in einem anderen Kapitel erschienen ist und jetzt in dieses Kapitel und in diesen Bericht aufgenommen ist. Der Gesamtkursverlust beim Kapitel „Bergwesen“ — ich meine sowohl den im ursprünglichen Voranschlag als den im Bericht verrechneten Betrag — beträgt 607 Millionen Kronen. Würde dieser Kursverlust hier nicht zur Verrechnung kommen, so würde sich beim Kapitel „Bergwesen“ ein Gewinn von 102 Millionen Kronen ergeben. Die Ursachen dieses ganz bedeutenden Gesamtkursverlustes sind darin zu suchen, daß für die Montanbetriebe Anschaffungen gemacht werden mußten, und zwar für Sachaufwand und Materialverbrauch, die eine ungeheure Belastung des Bergwesens darstellen.

Worin die eigentliche Ursache dieser bedeutenden Verluste zu suchen ist, erscheint im Voranschlag nicht näher aufgeklärt. Der Zusammenhang zwischen diesen Ressort und dem Finanzministerium und der langwierige Liquidierungsprozeß bringt es mit sich, daß bis zum Tage der Liquidierung und der Bezahlung aller dieser Beträge diese ungeheuren Kursverluste entstehen.

Ansonsten habe ich zum Berichte noch hinzuzufügen, daß der Abbau des Personals der Bergbetriebe weiter vor sich gegangen ist. Die Ziffern nach dieser Richtung sind aus dem Bericht zu entnehmen. Ein weiterer Abbau erscheint jedoch im Interesse eines gedeihlichen Verwaltungsganges nicht mehr tunlich.

Die Montanlehranstalten, die sich bei uns in Österreich in die Montanistische Hochschule in Leoben und in die Steirische Landes-Berg- und Hüttenschule in Leoben — letztere eine Anstalt des Landes Steiermark — gliedern, verdienen die höchste Unterstützung seitens des Staates. Bei der Montanistischen Hochschule in Leoben kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Zustrom der Hörer zu dieser Anstalt ganz bedeutend gestiegen ist, so daß gegenüber dem Durchschnittsbuch der Jahre 1909 bis 1914 per 415 Hörer derzeit sich auf dieser Hochschule 628 Hörer befinden. Wir können diese Erscheinungen nur begrüßen, weil wir darin das ernste Bestreben unserer studierenden Hochschuljugend sehen, sich hauptsächlich praktischen Studien auch im Hochschulwesen zuzuwenden. Die steirische Landes-Berg- und Hüttenschule in Leoben, deren ganz besondere Bedeutung sowohl im Bericht wie auch in der Rede des Herrn Ministers im Ausschuss hervorgehoben wurde, verdient ebenfalls die höchstmögliche Förderung seitens des Staates und dies

kommt im Berichte auch praktisch insofern zum Ausdruck, als der ursprünglich in Aussicht genommene Staatsbeitrag von 60.000 K auf 500.000 K erhöht worden ist.

Die Montanbetriebe des Staates, eines der wertvollsten Aktiegüter unseres Staates überhaupt, — hier sind sie mit einem Werte von 200 Millionen Kronen eingeschätzt, der aber sicherlich angesichts unserer jetzigen valutarischen Verhältnisse viel zu gering ist — haben in den letzten Jahren einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Wir können dieses Ergebnis mit Freude konstatieren und hoffen, daß es gelingen wird, diesen günstigen Wirtschaftserfolg in ebenso günstiger Weise sich weiter entwickeln zu sehen wie bisher, wobei wir hoffen, daß die Aktivität dieser Betriebe nimmehr durch eine entsprechend rationelle und kaufmännische Verwaltung, die nun auch durch die kaufmännische Buchführung seit dem 1. Juli 1920 unterstützt wird, künftig deutlicher und erfolgreicher zum Ausdruck kommen möge.

Hinsichtlich des Montanwesens in Österreich gestatte ich mir, auf eine Mitteilung des Herrn Bundesministers im Finanzausschuss und auf den Teil des Berichtes aufmerksam zu machen, der von der weiteren Schurfähigkeit in Österreich spricht, die durch das Gesetz vom 20. Oktober 1921 gewährleistet ist, ein Gesetz, durch das insbesondere erreicht werden soll, daß die nicht ausgenutzten Freischürfen künftighin wirklich ausgenutzt werden. Wir ist gerade in den letzten Tagen ein nicht uninteressantes Schreiben zugekommen, das sich auf Schürfungen in Widschut in Oberösterreich im dortigen Braunkohlenrevier bezieht. Ich gestatte mir, es hier auszugsweise zur Kenntnis zu bringen. Es heißt da (*liest*):

„Wir haben hier Bohrungen nach Braunkohle ausgeführt und mit gutem Erfolg eine gute Kohle, 5 bis 6 Meter mächtig, erhoben. Die Bundeskonstatierung wurde bei Bohrloch III durch das Revierbergamt Wels vorgenommen. Es wären nun, da die Bohrungen beinahe in gerader Linie liegen, noch einige Bohrungen notwendig gewesen, um die Breite des Flözes zu konstatieren. Aus unbekannten Gründen ist aber seit Ende August weder mit Bohrungen noch mit Schachtarbeiten etwas gemacht worden und es scheint die Sache einzuschlafen. Sind unsere Beobachtungen und Forschungen richtig, so dürfte es sich um ein ausgebreitetes Flöz handeln, welches rentablen Abbau verspricht. Anstoßend an dieses Schurfterrain hat die Internationale Handelsbank in Wien, I., Schottenring 21, das ganze Gebiet mit Freischürfen belegt, hat aber bis heute nicht das geringste zu einem Anschluß unternommen. Wir haben nun selbstverständlich selbst Interesse für diese Angelegenheit und bitten die Herren Abgeordneten, die Regierung zu informieren, um die

letztenannte Internationale Handelsbank in Wien zur Erfüllung ihrer Pflichten zu bewegen, beziehungsweise ihr die bewilligten Freischüsse zu entziehen.“ Nun zum Schlusse noch eine Bemerkung über die dem hohen Hause von seiten des Ausschusses zur Annahme empfohlenen Entschliessungen. Die eine Entschliessung bezieht sich auf die bei uns in Österreich bestehenden Berghauptmannschaften und die Notwendigkeit, die beiden Berghauptmannschaften, von denen eine überflüssig ist, in eine einzige zusammenzuführen, wobei gedacht wurde, daß die Wiener Berghauptmannschaft, die einen ganz geringen Wirkungsbereich und insbesondere einen ganz kleinen Apparat zur Verfügung hat, mit der Berghauptmannschaft in Klagenfurt vereinigt werden soll.

Die zweite Entschliessung bezieht sich auf das Goldbergwerk in Rathausberg und bezweckt die weitere intensive Bewirtschaftung des dortigen Goldbergbaues. Der Ausschuss hat sich dem vom Herrn Kollegen Odehnal eingbrachten Antrag angeschlossen. Ich empfehle daher beide Entschliessungen dem hohen Hause zur Annahme und bitte gleichzeitig, auch den Bericht, der seitens des Ausschusses dem hohen Hause vorgelegt wurde, zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte den Herrn Berichterstatter für das Kapitel „Bauten“, Dr. Odehnal, die Verhandlung einzuleiten.

Spezialberichterstatter Dr. Odehnal: Hohes Haus! Das Kapitel 24 des Bundesvoranschlages für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten umfaßt den Bundesbaudienst, die Straßenbauten, den Wasserbaudienst, die Hochbauten und die Bundesgebäudeverwaltung. Der Bundesbaudienst selbst weist Ausgaben aus, und zwar persönliche Ausgaben für den Baudienst in den Ländern, dann für die Verwaltung der ehemals kofärarischen Gebäude, ferner die Kosten für den hydrographischen Dienst und für die Neuanlage der Wasserbücher, also für den Wasserbuchdienst. Zu den persönlichen Ausgaben möchte ich bemerken, daß für den Bundesbaudienst in den einzelnen Ländern ein Personalstand von 260 Beamten mit voller Hochschulbildung besteht, weiter von 33 Beamten mit Mittelschulbildung, 159 Beamten, die ehemals der Gruppe E angehört haben, das sind die Straßen-, Strom-, Hafen- und Brückenmeister, Schiffsführer und Maschinenbetriebsleiter; weiters 70 Kanzleibedienstete, 1064 Bedienstete des ehemaligen Unterbeamten- und Dienerstandes, das sind die Straßenwärter, Flußwächter, Brückenschlosser, Walzenführer usw., zusammen 1643 Personen. Davon sind im verflossenen Jahr 126 Personen abgebaut worden, und zwar ist dies hauptsächlich bei den technischen Beamten, kurz bei den höhergestellten Beamten der Fall gewesen, während man die unteren

Posten, wenn solche frei geworden sind, immer wieder besetzen mußte. Es ist klar, daß man einen Stromwächter- oder Flußwächterposten nicht unbesezt lassen kann. Daher ist der Abbau gegenüber der ziemlich großen Zahl von Bediensteten kein allzu überwältigender.

Von kofärarischen Bediensteten wurden zur Verwaltung der ehemals kofärarischen Gebäude 15 Beamte, 216 Unterbeamte und 135 Aushilfskräfte übernommen. Die Übernahme dieser Bediensteten erfolgte auf Grund des Gesetzes vom 5. Juli 1921. Gleichzeitig wurde aber auch die Gebäudeverwaltung für das Burggebäude in Wien, ferner die Verwaltung der ehemaligen kofärarischen Gebäude vor dem äußeren Burgtor, also beider Museen, sowie die Schloßverwaltungen Belvedere, Schöndbrunn, Annsbrunn und Salzburg übernommen.

Der Wasserbuchdienst, der ebenfalls unter diesen Titel fällt, war im Vorjahre mit 65 Aufnahmsleitern und 96 Technikern ausgestattet und besitzt dormalen 42 Aufnahmsleiter und 10 Techniker, ist also sehr erheblich abgebaut worden. Daß sich ein Mehrerfordernis der sachlichen Auslagen für diesen Titel ergibt, ist wohl etwas ganz Selbstverständliches, wenn man berücksichtigt, daß alle notwendigen Bedarfsgegenstände im Preise außerordentlich gestiegen sind.

Bei den Straßenbauten haben wir als ordentliche Ausgaben zunächst die Instandhaltungsarbeiten an den Bundesstraßen, und zwar ist hier eine Post von 115 Millionen eingelegt. Für diesen Betrag müssen 3855 Kilometer Straßlänge instand gehalten werden, so daß auf einen Kilometer ungefähr 30.000 K entfallen. Wenn wir bedenken, daß vor dem Kriege ungefähr 1000 K für einen Kilometer Straßlänge in Anrechnung gebracht wurden, so ist diese 30fache Erhöhung wohl in den Verhältnissen sehr begründet, und es ist klar, daß auch diese Erhöhung noch als ziemlich mäßig bezeichnet werden muß.

Unter den außerordentlichen Ausgaben, die mit 49 Millionen Kronen beziffert sind, ist zunächst eine Post von 4 Millionen Kronen für die Vornahme von Pflasterungen in Wien und eine weitere Post von 6 Millionen Kronen für die Vornahme von Pflasterungen in der Umgebung von Wien hervorzuheben. Der Rest ist dann in Anschlag gebracht für den Umbau schadhaft gewordener Brücken, für die Umlegung einzelner starker Straßenstrecken und zur Verbesserung einzelner Landes- und Bezirksstraßen.

Bei Beratung dieses Titels im Finanz- und Budgetausschusse haben die Abgeordneten Dr. Angerer und Paulitsch hauptsächlich darauf hingewiesen, daß die Straßenverhältnisse in Kärnten außerordentlich ungünstig sind und daß es unbedingt notwendig sei, eine ziemlich erhebliche Post dazu zu

verwenden, um die Straßen dort wieder in Ordnung zu bringen. Hauptsächlich handelt es sich da um die Glocknerstraße, dann um die Iselbergstraße, die von Dölsach über Winklarn nach Heiligenblut führt. Außerdem ist noch der Wunsch geäußert worden, auch eine Verbindung nach Eisenkappel zu schaffen. Diese Wünsche sind meinem Berichte in einer Entschließung der beiden Abgeordneten beige druckt, welche lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, die Glocknerstraße vom April bis Juli 1922 fahrbar zu machen, die Iselbergstraße als Durchzugsstraße in das Glocknergebiet in staatliche Verwaltung zu übernehmen und den Besitzern im Trögenseckel eine Verbindung nach Eisenkappel, also nach Kärnten, beziehungsweise Österreich zu ermöglichen.“

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Beschluß gefaßt, diese Entschließung dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen.

Beim Titel „Wasserbauten“ ist die größte Post der sogenannte Kursverlust, der vier Fünftel der Ausgaben dieses Titels in Anspruch nimmt. Es handelt sich da um die internationale Rheinregulierung, zu welcher der Baubeitrag in Schweizer Franken geleistet werden muß. Daher ist diese Post „Kursverlust“ mit 140 Millionen Kronen eingesetzt worden, um eben trotz der Verschlechterung unserer Valuta diesen Baubeitrag leisten zu können.

Die ordentlichen Ausgaben dieses Titels betreffen hauptsächlich die Erfordernisse für die Erhaltung der Wasserbauwerke und für die Instandhaltungstätigkeit, ferner die Ausgaben für die Anschaffung von Werkzeugen und Requisiten sowie für die Betriebs- und Erhaltungskosten der ararischen Dampfschiffe und Dampfbagger.

Unter den außerordentlichen Ausgaben ist eine erhebliche Post für die verschiedenen Regulierungsaktionen ausgesetzt, die hauptsächlich zur Behebung der Hochwasserschäden durchgeführt werden müssen.

Bei dem Titel „Hochbauten“, der mit 287 Millionen veranschlagt ist, entfällt der weitaus größte Teil, nahezu 200 Millionen, auf die Ausgestaltung von Unterrichtsanstalten, und zwar sind es zum Teil Neubauten und zum Teil Umbauten, wie die Ausgestaltung der technischen Hochschulen in Wien, Graz und Innsbruck, und der Mittelschulen, für die ungefähr 200 Millionen vorgesehen sind. Die Restbeträge entfallen auf die Bauten der Tabak- und Salzverwaltung. Für die Errichtung der notwendigen Amtsgebäude und von neuen Zollamtsgebäuden mit Dienstwohnungen ist der Betrag von 12 Millionen eingesetzt.

Die Bundesgebäudeverwaltung beansprucht ebenfalls einen Betrag von ungefähr 200 Millionen Kronen, zu welchem noch als besonderes Erfordernis für die Amtsgebäude im Burgenlande ein Betrag von rund 10 Millionen Kronen kommt.

Das Mehrererfordernis ist so wie bei den übrigen Titeln teils auf das Ansteigen der Preise und Löhne zurückzuführen, teils auch darauf, daß wie im Vorjahr eine Reihe von Objekten nunmehr unter diesen Titel einbezogen werden mußten, wie die Burg, Schönbrunn, das Belvedere und die Hofmuseen. An persönlichen Auslagen für die Angestellten der Bundesgebäudeverwaltung ist keine Post eingesetzt, weil diese Bediensteten verschiedenen Ressorts angehören und die persönlichen Ausgaben dort eingeleistet erscheinen.

Auch hier ist eine sehr erhebliche Post „Kursverlust“ in den Ausgaben vorgesehen. Es handelt sich da um das Sekretariat des Österreichischen archäologischen Instituts in Athen. Aber dieser Post steht auch ein Kursgewinn in den Bundeseinnahmen gegenüber, der sich aus der teilweisen Vermietung dieses Objektes ergibt.

Bei der Verhandlung über diesen Titel hat der Herr Abgeordnete Dr. Gimpl den Antrag gestellt, daß man mit allen Mitteln danach trachten solle, die Zentralstellen und Bundesämter rationeller unterzubringen, als dies gegenwärtig der Fall ist. Der Finanz- und Budgetausschuß hat diesen Ausführungen zugestimmt und dieselben in einer Entschließung formuliert, welche lautet (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, wegen der rationellen räumlichen Unterbringung der Zentralstellen und Unterabteilungen geeignete Verfügungen zu treffen.“

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle den Ansätzen des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1922, Kapitel 24, „Bauten“, mit den aus der obigen Zusammenstellung ersichtlichen ziffermäßigen Änderungen“ — die sich hauptsächlich auf die Kursperiode und Kursverluste beziehen — die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen und die beige druckte Entschließung annehmen.“ (*Beifall.*)

Präsident **Seih** (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der nächste Berichterstatter über das Kapitel 18, „Sozialisierung“, der Herr Abgeordnete Dr. Angerer.

Spezialberichterstatter Dr. **Angerer**: Hohes Haus! Ich habe kurz den Bericht über das Kapitel 18, „Sozialisierung“, zu erstatten, wofür im Bundes-

voranschlag ein Betrag von 2.175.000 K als Ausgabepost gegenüber 1.406.600 K im vorigen Jahre veranschlagt ist, somit ein Mehrerfordernis von 768.400 K. Eine Einnahmepost steht naturgemäß diesen Ausgaben nicht gegenüber. Zu bemerken ist, daß die Sozialisierungskommission auf dem Gesetze vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 181, beruht und nach diesem Gesetze die Aufgabe hätte, jene Gesetze vorzubereiten, die in diesem Gesetze von 1919 in den §§ 1, 2 und 3 angedeutet sind. Es handelt sich um Gesetze die sich auf die Enteignung von hierzu geeigneten Wirtschaftsbetrieben zugunsten des Staates, der Länder und Gemeinden beziehen, wie es im § 1 des Gesetzes heißt, ferner um die Vereinigung von hierzu geeigneten Wirtschaftsbetrieben zu Genossenschaften öffentlichen Rechtes und die Vereinigung dieser Wirtschaftsbetriebe zu Genossenschaften öffentlichen Rechtes und endlich um Gesetze, welche die Vertretung der Angestellten und Arbeiter in der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe, in denen sie beschäftigt sind, betreffen. Diese Tätigkeit ist dadurch fast ganz in den Hintergrund getreten, weil die Sozialisierungskommission seit dem Jahre 1919 zu keiner Beratung mehr zusammengetreten ist. Die Tätigkeit wird eigentlich von dem Bureau der Kommission ausgeführt, und zwar auch nicht in dem Sinne der Gesetzesvorbereitung, sondern in dem Sinne, daß sich das Bureau die Förderung der schon bestehenden gemeinwirtschaftlichen Anstalten und andererseits auch die Vorbereitung zur Errichtung solcher gemeinwirtschaftlichen Anstalten zum Ziele gesetzt hat. Außerdem beschäftigt sich das Bureau mit der Handhabung des § 37 des Gesetzes über die gemeinwirtschaftlichen Anstalten und es ist die Frage, ob diese Tätigkeit des Bureaus, die ich soeben angedeutet habe, in den durch das Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung gezogenen Grenzen gelegen ist oder ob nicht die Tätigkeit über diese Grenzen hinausgeht. Jedenfalls ist festzustellen, daß die Sozialisierungskommission seit dem Abtritte des Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen im Oktober 1920 auch keinen vom Nationalrate gewählten Präsidenten mehr besitzt, wie es im Gesetze über die Vorbereitung der Sozialisierungskommission vorgehien ist; dort heißt es, daß der Präsident und die Leitung, also der Vorstand der Sozialisierungskommission durch den Nationalrat über Vorschlag des Hauptausschusses zu wählen ist. Das ist nicht erfolgt, so daß die Leitung lediglich eine provisorische ist. Andererseits steht aber die Sache so, daß die Sozialisierungskommission, beziehungsweise das für die Sozialisierungskommission nunmehr arbeitende Bureau eigentlich die einzige Stelle ist, die gemeinwirtschaftliche Interessen in einem Wirtschaftskörper wahrnimmt, der auf privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebaut ist, und deswegen ist die Frage die, ob diese Tätigkeit fortgesetzt werden soll oder nicht.

Der Finanz- und Budgetausschuß ist auf dem Standpunkte gestanden, daß das Erfordernis für diese Sozialisierungskommission, das in der Vorlage angesprochen wird, zu bewilligen sei, daß man aber von der Regierung erwartet, daß Vorschläge wegen der Abgrenzung der Kompetenz des Bureaus, beziehungsweise der Kommission und wegen der Neuorganisation derselben gemacht werden. Festgestellt muß allerdings werden, daß wir, obwohl wir eine Stelle, die gemeinwirtschaftliche Interessen wahrzunehmen hat, nicht ganz missen können, doch der Meinung sind, daß eine Tätigkeit, durch die eine Bummelhaltung entsteht, wie sie seinerzeit im Jahre 1919 entstanden ist, wird vermieden werden müssen. In diesem Sinne möchten wir das Wiedererstehen der Tätigkeit der Sozialisierungskommission nicht wünschen. Namens des Finanz- und Budgetausschusses erlaube ich um Annahme des folgenden Antrages (*liest*):

„Der Nationalrat wolle das Kapitel 33 des Bundesvoranschlages 1922 in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert zum Beschlusse erheben.“ (*Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Reich**: Ich eröffne die Debatte über den ganzen sechsten Abschnitt, also über „XIII., Kapitel 21, 22, 23 und 24“ und „XVIII., Kapitel 33, Sozialisierung“.

Zum Worte gelangt der erste Kontraredner, Abgeordneter **Scheibner**.

Abgeordneter **Schreibner**: Hohes Haus! Ich habe heute über ein außerordentlich trauriges Kapitel zu sprechen. Es sind das unsere Staatsgewerbeschulen, die Fachschulen, die Fortbildungsschulen, die gewerblichen Fortbildungsschulen und andere. Soweit dieotation aus dem Budgetbericht hervorgeht, ist es sicher, daß der Fortbestand und der Betrieb dieser Schulen durch sie nicht gewährleistet ist. Das Beamtenehend nimmt von Tag zu Tag zu. Es ist daher begreiflich, wenn sich die Kinder aus allen Schichten der Bevölkerung zu den Gewerbeschulen, zu den Fortbildungsschulen usw. drängen. Ein Brief eines Professors in dieser Angelegenheit gibt beredtes Zeugnis, wie traurig es bei uns bestellt ist. Der Professor schreibt mir (*liest*):

„Wenn man seit den letzten drei Jahren den gewaltigen Zudrang zu den gewerblichen Bildungsanstalten beobachtet und wenn man von allen Seiten die Hoffnung ausdrücken hörte, daß an diesen Schulen die jungen Leute zu ordentlichen und brauchbaren Qualitätsarbeitern und Handwerkern herangebildet werden mögen, so mußte man sich über die heutige volkswirtschaftliche Aufgabe dieser Schulen zur Genüge klar werden. Um so

bedauerlicher ist es, daß die heute zur Verfügung stehenden Dotationen für Schulen von vollster Aktualität höchstens noch dazu ausreichen, daß die Lehrer den Schülern durch das gesprochene Wort jene Kenntnis beizubringen versuchen, welche die Schüler normalerweise mit ihren Händen und mit Werkzeugen tatsächlich erlernen sollten.

Wenn es als sicher gelten kann, daß ein Wiederaufbau in erster Linie von den wertvollen und produktiven Bevölkerungsschichten erhofft werden muß, so ist es naturgemäß ebenso sicher, daß einer zum produktiven Berufslieben heranbildenden Schule heute eine führende Bedeutung zuerkannt und eine verständige Fürsorge gewidmet werden muß.

Wenn ich in dieser Angelegenheit unsere Landeshauptstadt Innsbruck hervorhebe, so habe ich mitzuteilen, daß seit acht Jahren der Betrieb an den gewerblichen Fortbildungsschulen eingestellt werden mußte. Es war nicht möglich, vom Staate oder vom Lande Tirol für den Fortbetrieb dieser Schulen einen Zuschuß zu erreichen. So hat am 30. September der Schulausschuß beschließen müssen, nachdem bisher der Kredit von Seiten des Handelsministeriums nicht sichergestellt wurde, diese Schulen nicht zu eröffnen, und gleichzeitig mußte er den Lehrbuben, die die Schule besuchen, das bereits eingezahlte Schulgeld zurückgeben. Dasselbe gilt von den anderen, die fachliche Gewerbeschulen Besuchenden, die an der Staatsgewerbeschule unterrichtet werden. Im ersten Fall kommen zirka 350 Lehrbuben in Betracht, im letzteren zirka 340. Wenn Sie bedenken, daß alle diese jungen Leute ohne fachlichen und gewerblichen Unterricht an den Schulen heranwachsen, so müssen wir uns denn doch sagen, daß das eine Gefahr für unsere Jugend bildet, insbesondere deshalb, weil es uns tatsächlich an qualifizierten Arbeitern mangelt. Infolge der mangelhaften Fürsorge von Seiten des Handelsministeriums fehlen auf der höheren elektrischen Abteilung in Innsbruck drei Parallelschraubstöcke. Durch das Aehlen dieser drei Schraubstöcke müssen 36 Schüler auf mehrere Stunden in jeder Woche Verzicht leisten. Diese Übelstände sind aber nicht nur in Innsbruck. Sie bestehen durch Jahre hindurch in Klagenfurt, sie bestehen auch an anderen Stellen. Es war bisher nicht möglich, von Seiten des Finanzministeriums einen Betrag zu erreichen. Es scheint mir, daß das Handelsministerium in dieser Angelegenheit vollständig versagt hat.

Ein Brief von Gewerbetreibenden erwähnt, daß es doch möglich gewesen wäre, den Gewerbeschulen aus der Sachdemobilisierung die fehlenden Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, da man Staats Eigentum für eine Institution, die der Staat zu versorgen und zu dotieren hat, doch beistellen könnte. Wenn wir aber die liquidierenden Militär-

anstalten und die frühere Sachdemobilisierung ansehen, so glaube ich, daß der Herr Minister, wenn schon die Gewerbe- und die Fortbildungsschulen eingestellt werden müssen, acht Jahre hindurch nicht eröffnet sind, weil beispielsweise für eine Schule der Betrag von 100.000 K in Frage kommt, doch wohl in der Lage ist, die Rechnungen zu untersuchen, die beispielsweise im Privathotel Taborstraße Nr. 18 in Wien liegen. Dort wären die Reiseauslagen, Reisediäten, Zuschüsse, Remunerationen und Sitzungsgelder der Herren liquidierenden Militärpersonen zu revidieren. Dort wäre nach meiner Meinung das Geld wohl reichlich zu finden. Auch die Überprüfung der Verträge mit den hohen und niedrigen Beamten! Den niedrigen gibt man dort gewöhnlich eine dreimonatige Abfertigung, während man einem gewissen Hofstetter vor längerer Zeit eine halbe Million ausbezahlt hat. (Hört! Hört!) Auf der einen Seite verweigert dasselbe Ministerium den Schulen die notwendigen Zuschüsse und sie müssen acht Jahre für die Jugend geschlossen bleiben und auf der anderen Seite werden für ein ihm unterstehendes Amt Hunderttausende von Kronen unnützlich ausgegeben. Aber es kommt noch schöner! Nachdem der Staat, beziehungsweise das Handelsministerium, der Staatsgewerbeschule in Innsbruck die Kohlenrechnung vom Jahre 1920 nicht bezahlt hat, mußte sie vom 5. bis 12. dieses Monats überhaupt eingestellt werden. (Hört! Hört!) Der Kohlenlieferant, der die Schule zu versorgen hatte, erklärte, daß die Schule erst dann in Betrieb gesetzt werden kann, wenn das Handelsministerium in der Lage ist, die vorjährige Rechnung zu bezahlen. Hunderte dieser lernenden jungen Menschen mußten wieder in ihre Heimat zu ihren Eltern fahren und Tausende von Kronen an Fahrgehalt verfahren. Nun erst wurde durch eine telegraphische Meldung das Handelsministerium da auf aufmerksam gemacht, den weiteren Schulbetrieb zu sichern. So, wie die Zustände bei uns sind, sind sie überall. Es hat deshalb auch der Finanzausschuß einmütig eine Resolution angenommen, die den Bundesminister für Handel auffordert, im Nachtrage wenigstens das eine zu sichern, daß der Schulbetrieb an allen diesen Schulen gesichert ist, damit unsere heranwachsende Jugend zu brauchbaren Menschen für diesen Staat erzogen werde. Ich möchte daher das hohe Haus bitten, für diese Resolution zu stimmen; gleichzeitig ersuche ich den Herrn Minister dafür Sorge zu tragen, daß die gewerblichen Schulen, die kunstgewerblichen Schulen, die Staatsgewerbeschulen usw. in ihrem Betriebe gesichert werden. Sollte das nicht der Fall sein, dann könnten wir keinen anderen Schluß ziehen, als daß der Herr Handelsminister nicht in der Lage ist diese Schulen, die ihm unterstehen, zu verwalten; wir glauben sicher zu sein, daß es dann Zeit wird;

2726 77. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 15. Dezember 1921.

diese Anstalten dem Unterrichtsministerium abzutreten.
(Beifall.)

Präsident Seitz: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Lump.

Abgeordneter Lump: Hohes Haus! Unsere Gewerbetreibenden und Kaufleute befinden sich gegenwärtig in einer außerordentlich bedrohlichen wirtschaftlichen Krise und es ist höchste Zeit, daß sich die gegenwärtigen Zeiten ändern, sonst gehen sie einer trostlosen Zukunft entgegen. Ich kann ruhig behaupten, daß diese beiden Berufsstände ein sehr wichtiger Grundstein in dem Fundamente sind, auf dem unser Staatsgebäude aufgebaut ist. Wir brauchen nur einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und werden überall die Wahrnehmung machen, daß an jenen Orten, wo der Handel emporblühte, wo besonders eine gewerbliche Tätigkeit in der Veredlung der Erzeugnisse bestand, ein ungeahnter Wohlstand eingetreten ist. Damals konnte man noch mit Recht sagen: Handwerk hat einen goldenen Boden! Und wie verändert ist heute dieses Bild! Der Gewerbetreibende steht in der Beschaffung des Rohmaterials ungeheuren Schwierigkeiten gegenüber. Gewisse Artikel, vor allem Metalle und auch andere notwendige Rohstoffe, sind heute grundsätzlich nicht zu haben. Stellen Sie sich nun einen Gewerbetreibenden vor, der einen verdienstlosen Tag, eine verdienstlose Woche hat und mit dem besten Willen nicht in die Lage kommen kann, arbeiten zu können. Stellen Sie sich vor, was das bei den gegenwärtigen schweren Lebensverhältnissen für den Haushalt bedeutet.

Aber noch eine andere Ursache ist es, die den Betrieb ganz besonders erschwert. Es ist die ungeheure Teuerung, die in allen Bedarfsartikeln in unserem Lande Platz gegriffen hat. Wenn man bedenkt, daß unsere Gewerbetreibenden früher zumeist mit einem ganz geringen Betriebskapital arbeiteten, da sie sich die Rohstoffe noch immer billig verschaffen konnten, und wenn man andererseits berücksichtigt, daß ein Kilo Kupfer jetzt 3000 K kostet, — Zinn kostet noch mehr — so wird es begreiflich, daß diese Leute mit Zahlungsschwierigkeiten sehr zu kämpfen haben. Wenn ein Kaufmann vor sechs Wochen nach Wien gefahren ist, um seine Einkäufe zu decken und er hat beispielsweise 100 Stück Textilwaren mit nach Hause gebracht, hat diese abgesetzt und hat den Erlös nebst seinem bürgerlichen Gewinn zusammengenommen und ist damit wieder nach Wien gefahren, so wird der Mann wohl sehr enttäuscht sein, wenn er statt der erhofften 100 Stück Ware heute im günstigsten Falle nur 50 oder 45 bekommt. Wenn diese Zustände so fortdauern, dann muß eine ganz bedeutende Entgüterung unseres Kaufmannstandes eintreten. Er wird schließlich dahin

kommen, daß er nur ein paar Stück Ware vor sich liegen sieht, die sein ganzes Geschäftsvermögen repräsentieren. Zum Beweise dessen brauche ich Sie nur einzuladen, einmal auf das Land hinauszugehen und in die Verkaufsläden einzutreten. Dort wohnt das Grauen: leere Stellagen, leere Regale, einige Stück Ware, alles ausverkauft.

Aber auch noch einige andere Umstände beeinflussen in der ungünstigsten Weise die Stellung unserer Gewerbetreibenden und Kaufleute. Da ist die bedeutende Vermehrung der Konsumvereine. Man kann heute annehmen, daß schon in dem kleinsten Ort ein Konsumverein besteht, der alle erdenklichen Artikel führt und der es mit den Einschreibungen nicht sehr genau nimmt, der nicht nur seine organisierten Mitglieder aufnimmt, sondern nicht sehr wählerisch ist in der Aufnahme ganz anderer unbeitragter Personen. Ein weiterer Übelstand liegt in der Tätigkeit unserer genossenschaftlichen Lagerhäuser. Um keine Mißdeutung auskommen zu lassen, erkläre ich, daß ich selbst grundsätzlich kein Feind dieser Institute bin, im Gegenteil, ich habe diese Unternehmungen, wo ich konnte, immer gefördert, ich habe erst im vorigen Jahre in meinem eigenen Heimatsort eine Lagerhausfiliale gegründet. Bedenken Sie aber, was in diesen Lagerhäusern alles geführt wird: Kleider, andere Textilwaren, Schuhe, Schuhmacherei, Schuhbänder, kurz und gut, was man sich nur denken kann.

In Gmünd ist es sogar vorgekommen, daß das dortige Lagerhaus den Most literweise über die Straße verkaufte. Da können Sie sich vorstellen, daß über die Tätigkeit der Lagerhäuser allgemein Beschwerde geführt wird. Segensreich sind diese Anstalten, wenn sie ihre Tätigkeit ihrer ursprünglichen Wirksamkeit gemäß ausüben, das heißt dem Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten mit Ausschluß des Zwischenhandels dienen. Fassen Sie nun alles zusammen: Konsumvereine, wo die Arbeiterschaft und die Beamenschaft und auch noch andere ihren Bedarf decken, dann Lagerhäuser, in denen der Landwirt seinen Bedarf deckt, — und wenn etwas übrig bleibt, so schöpft dies eventuell noch der Hausierer ab — und sagen Sie mir, wie soll der Kaufmann, der Gewerbetreibende leben? Die Leute sind darauf angewiesen, gegenseitig bei einander ihren Bedarf zu decken.

Es wird von unseren Standesgenossen vielfach Klage geführt über die besonders drückende Besteuerung. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Geschäftsmann für sein Arbeitseinkommen eine doppelte Besteuerung zu leisten hat. Während andere Berufsstände, zum Beispiel der Arbeiter oder der Beamte für sein Arbeitseinkommen nur die Einkommensteuer zu zahlen hat, hat der Geschäftsmann außer der Einkommensteuer auch noch die Erwerbssteuer zu zahlen. Besonders bei der Erwerbssteuer herrscht

eine ganz unglaubliche Willkür. Es ist vorgekommen, daß Leuten eine Erwerbssteuer vorgeschrieben wurde, die beinahe das reine Einkommen der betreffenden Unternehmer erreicht, in einzelnen Fällen daselbe sogar überstiegen hat. Es ist wohl auch im hohen Interesse des Staates und der Regierung gelegen, für eine vernünftige Fürsorge und entsprechende Reformen in bezug auf die Gewerbeförderung zu sorgen, um den Ruin dieser beiden Ständegruppen hintanzuhalten.

Außerordentlich wichtig ist auch die Förderung des gewerblichen Bildungswesens. Der alte Staat war nicht nur ökonomisch, sondern auch vielfach in kulturellen Belangen ein einheitlicher Organismus. Wie unsere Wirtschaftsbelange durch die Zerschlagung dieses Staates beinahe zerstört wurden, so ist auch in kultureller Beziehung nur mehr ein Stückwerk zurückgeblieben, das seinen Zweck natürlich nicht erfüllen kann, sondern wieder aufgebaut werden muß. Dies trifft insbesondere bei den gewerblichen Bildungsstätten zu, denn die früheren Länder hatten ja kein einheitlich ausgebautes System, sondern sie benutzten die im Gesamtstaat vorhandenen Bildungsstätten. Im neuen Staat gibt es für gewisse Erwerbszweige und industrielle Angelegenheiten überhaupt keine Schulen mehr, sondern sie sind im sogenannten Renaissanceland. Dies ist um so bedauerlicher, weil unsere wichtigsten Bildungsstätten zumeist in den industriell hochentwickelten Endetenländern gelegen waren. Wir müssen daher verlangen, daß nach und nach mit dem Wiederaufbau dieser Bildungsstätten begonnen werde. Ich verkenne natürlich die ungeheuren Schwierigkeiten nicht. Es ist vorläufig wohl mit Rücksicht auf unsere staatsfinanziellen Verhältnisse nicht daran zu denken, diese Durchführung in großzügiger Weise vorzunehmen. Aber ich möchte sagen, die Auslagen, die notwendig sind, um unserer heranwachsenden Jugend wieder eine entsprechende Ausbildung angedeihen zu lassen, sind kein hinausgeworfenes Kapital, sondern werden sich früher oder später gut verzinsen. Unsere Jugend muß sich hauptsächlich den produktiven Berufen zuwenden, nicht wie früher, wo der größte Teil sich der Beamtenlaufbahn zugewendet hat. Im übrigen kann man ja bemerken, daß der Zudrang zu den Mittel- und Hochschulen in der letzten Zeit besonders nachgelassen hat, daß aber der Zudrang zu den gewerblichen Bildungsstätten in außergewöhnlicher Weise zugenommen hat, so zwar, daß er von den bestehenden Bildungsanstalten überhaupt nicht mehr bewältigt werden kann.

Im Zusammenhange damit erscheint es mir besonders wichtig, die Ausgestaltung der Bundeslehranstalt für Textilindustrie in Wien zu verlangen. In Böhmen, in Mähren und in Schlessien besteht eine größere Anzahl von Bildungsanstalten höheren

und niederen Grades für die Textilindustrie. Dermalen haben wir in Österreich nur eine einzige Bildungsanstalt für Textilindustrie in Wien, die sich aber früher hauptsächlich nur mit den künstlerischen Zielen befaßt hat. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß diese Bildungsstätte in entsprechender Weise für alle Bedürfnisse ausgebaut wird, und ich möchte Sie, meine sehr Verehrten, sehr bitten, hier mit den Mitteln nicht zu fargen.

Andererseits möchte ich darauf verweisen, daß in Böhmen, Mähren und Schlessien eine Reihe von kunstgewerblichen Fachschulen bestanden, und zwar für Metallbearbeitung in Gablonz und Königgrätz, für Keramik in Znaim und Schönbau, für Glasindustrie in Haida und Steinschönau usw. In Wien haben wir eine Kunstgewerbeschule, die sicherlich Wert genießt, sie hat aber leider nicht die erforderlichen Werkstätten. Wie ich nun höre, soll es gelungen sein, für diese Zwecke ein Gebäude sicherzustellen. Es wäre wohl außerordentlich begrüßenswert, daß dieser Kunstgewerbeschule die erforderlichen Lehrwerkstätten zur Verfügung gestellt werden, aber man muß wohl sehr darauf achten, daß dieses Gebäude nicht schließlich wieder anderen Zwecken zugeführt wird, denn es sollen, wie ich höre, in dieser Richtung bereits Schritte unternommen worden sein.

In einer überaus schwierigen Lage befinden sich die Berufsfrauensschulen, die zumeist in privaten Händen sind. Sie können sich vorstellen, daß es eine förmliche Erschütterung dieser Anstalten bedeutet, wenn eine neue Teuerungswelle hereinbricht. Diese Privatanstalten fristen ihr Leben eigentlich nur durch staatliche Subventionen und lokalen Zuwendungen. Es wird immer mehr erforderlich sein, daß die staatlichen Zuschüsse in bedeutenderem Maße gegeben werden, daß ferner die Lehrergehälter vom Staate bezahlt werden und daß nach und nach die Verstaatlichung dieser Anstalten durchgeführt wird.

Die gleichen Verhältnisse treffen auch bezüglich unserer gewerblichen Fachschulen zu, die zu den allerwichtigsten Bildungsstätten gehören, weil sie für den übrigen Teil des gewerblichen Nachwuchses die einzige Möglichkeit bieten, eine schulgemäße Fachbildung zu erhalten.

Mit Ausnahme von Wien, Niederösterreich und Salzburg haben die übrigen Länder kein landesgesetzlich geregeltes Fortbildungswesen und es wäre dringend notwendig, diese Sache einheitlich durchzuführen. Auch die Lehrpläne der Fortbildungsschulen bedürfen einer gründlichen Reform, um den Unterricht in fachlicher Hinsicht zu vertiefen und nicht auf das Niveau eines gewöhnlichen Wiederholungsunterrichtes des in den Volks- und Bürgerschulen Erlernten herabsinken zu lassen. Die Regierung wird aufgefordert, in dieser Hinsicht das Erforderliche vorzunehmen.

Hohes Haus! Die Entschliessungen sind im Ausschusse angenommen worden und werden aller Voraussicht nach auch hier im hohen Hause beschlossen werden; das wichtigste aber ist, daß diese Entschliessungen auch tatsächlich zur Durchführung gelangen. (Beifall).

Präsident **Reih**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **Strunz**.

Abgeordneter **Strunz**: Hohes Haus! Das gewerbliche Bildungsschulwesen wird nach dem Berichte des Budgetausschusses mit einem Betrage von 262 Millionen dotiert. In diesem Betrage ist das allgemeine gewerbliche Fortbildungsschulwesen mit einem Betrage von 35 Millionen bedacht. Schon der Herr Berichterstatter sagt in seinem Berichte, daß diese Summen beträchtliche wären, und er drückt auch aus, daß trotz dieser Beträchtlichkeit dieser Betrag bei weitem nicht hinreichen wird, um auf dem Gebiete des gewerblichen Schulwesens dasjenige zu leisten, was Deutschösterreich unbedingt brauchen würde. Wir alle wissen ja, daß der vergangene Staat zum größten Teile ein Verwaltungsstaat war, der einen Verwaltungsapparat von Juristen und Beamten notwendig gemacht hat, während dieses arme Deutschösterreich heute als Republik ein Arbeitsstaat sein soll, und dieser Arbeitsstaat braucht natürlich gewerbliche Kräfte, hochqualifizierte Arbeiter. Und was sehen wir? Es wird gerade bei diesen 35 Millionen gesagt, daß dieser Betrag für das allgemeine gewerbliche Fortbildungsschulwesen, also für einen Schultypus gelten soll, der der allerwichtigste und notwendigste ist. Trotzdem aber wird diese Schule mit so geringen Mitteln bedacht.

Weiters muß — und das ist auch schon angeführt worden — darauf hingewiesen werden, daß wir zwar in Niederösterreich, in Salzburg und in Wien ein Landesschulgesetz für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen haben, allein das Land Oberösterreich, in jenem rückständigsten Lande auf allen Gebieten der Schule, wo gerade der berühmte „Sachertorten“-Geist des Kollegen Migner haust, dieses Land hat das Unglück, daß schon im Vorjahre ein Landesschulgesetz über Fortbildungsschulen beschlossen wurde, und wir leider verzeichnen müssen, daß dieses Landesschulgesetz sechs Monate im Handelsministerium liegt. Wir sind zwar der Überzeugung, daß das Handelsministerium infolge der großen Aufgaben, die es durch die Zusammenziehung vieler Agenden zu erfüllen hat, nicht die Zeit dafür zu haben scheint, ihre Aufgabe voll zu erfüllen. Ich will nicht dem Herrn Handelsminister, der derzeit im Amte ist, diesen Vorwurf machen, aber die Herren Heisl und Angerer scheinen direkt geschlafen zu haben, sonst wäre es nicht möglich

gewesen, daß man sechs Monate dazu braucht, um einige Zeilen dieses Gesetzes zu ändern. Wir aber müssen die traurige Tatsache konstatieren, daß über 3000 Lehrlinge nicht in der Lage sind, eine gewerbliche Fortbildungsschule zu besuchen. Nachdem dieses Gesetz einmal beschlossen ist, möchte ich an den Herrn Handelsminister appellieren, daß er in einer kürzeren Spanne Zeit jene Gutachtung abgibt, denn wir glauben, es wäre, wenn schon die Länder dafür da sind, wenn das eine Landesache sein soll, die Länder für die Mittel aufkommen und der Staat nur einen Zuschuß leistet, und zwar wie im Vorjahre für das ganze österreichische Fortbildungsschulwesen einen Betrag von 35.000 K, gar nicht notwendig, daß man dazu sechs Monate im Handelsministerium braucht.

Nachdem das Gesetz im oberösterreichischen Landtag einstimmig von allen Parteien beschlossen wurde, sollte das Handelsministerium doch nicht sechs Monate dazu benötigen, um in diesen Landtagsbeschlüssen noch besondere Bedingungen oder — wie soll ich mich am besten ausdrücken — besondere Formen hineinzugeben, die selbst das Land und die Parteien nicht gewollt haben.

Was das allgemeine Fortbildungsschulwesen anbelangt, will ich noch eines anführen. Wir haben in Oberösterreich die Schwierigkeit zu verzeichnen, daß wir mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, und auch mit den Zuschüssen seitens der Regierung und des Bundes nicht imstande sein werden, die Lehrpersonen und besonders die nebenamtlichen Lehrpersonen in jenem Ausmaße besolden zu können, das dieser Beruf notwendig macht. Man kann von einem Lehrer, der mit Not und Elend zu kämpfen hat, nicht verlangen, seine Schüler so mit Liebe und Fleiß zu unterrichten, wie es notwendig wäre. Daher ist das Verlangen nur zu berechtigt, daß in Zukunft auf diesem Gebiete mehr geschehe.

Aber außer den allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen haben wir in Oberösterreich noch eine besondere Form des gewerblichen Bildungswezens, das sind unsere Bundeslehranstalten. Gerade auf diesem Gebiete herrschen in Oberösterreich sehr krasse Zustände. Vor allem bezieht sich das auf die Gewerbeschule für Stahlbearbeitung in Steyr. Man muß in ständigem Kontakt mit dem Handelsministerium bleiben, um nur zu erwirken, daß diese Schule, die zwar mit Hilfe der Industriellen und der Gemeinde Steyr jetzt ausgestaltet wurde, jene Mittel erhält, die es ermöglichen, daß die Schüler verpflegt werden können. Wir sehen heute, daß die Schüler in Steyr buchstäblich verhungern. Sie rekrutieren sich aus den ärmsten Bevölkerungsschichten des Salzammergutes. Es soll zwar jetzt eine Resolution beschlossen werden, in der die Regierung aufgefordert wird, auf diesem Gebiete

etwas vorzukehren, aber die Beträge, die bis jetzt für die Gewerbeschule in Steyr bewilligt wurden, — wenn es auch 700.000 K sind — sind viel, viel zu gering, um den gewünschten Zweck zu erreichen.

Ein besonderes Kapitel stellt die Staatsgewerbeschule in Linz dar. Sie besteht seit dem Jahre 1889. Bis zum Jahre 1908 wurde sie als private Handwerkerschule geführt und genoß einen Ruf. Im Jahre 1908 wurde sie vom Staate übernommen, es wurden Lehrwerkstätten eingerichtet und die Schülerzahl wuchs. Diese Schule hat einen ausgesprochenen Charakter als Maschinenfachbildungsschule und insbesondere als Schule für Elektrotechnik. Sie erreichte eine Schülerzahl von 800. Der Krieg, der so manches zerstörte, hat auch den Schulunterricht hier gedrosselt; auch jetzt nach dem Kriege wird sie immer mehr vernachlässigt und weist nicht mehr jenen Zuspruch auf, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Was ist die Ursache? Wir haben dort die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß diese Schule durch viele Jahre, nur mit einer Unterbrechung von einem Jahre, einem provisorischen Direktor anvertraut ist. Diese Schule muß sich fortwährend mit einem provisorischen Direktor abquälen, der sich nicht dieser Schule voll widmen kann, weil er vom Baufach ist. Es ist daher ein fortwährender Rückgang gerade in den wichtigsten Schulzweigen der Metallindustrie zu verzeichnen und wir müssen sehen, daß, obwohl wir in Linz eine große Schiffswerft mit 12.000 bis 13.000 Arbeitern haben und die Zahl der Lehrlinge annähernd 200 beträgt, die früher bestehenden Kurse für Schiffsbau aufgelassen wurden und die Schülerzahl im allgemeinen auf 280 zurückgegangen ist.

Wie steht es nun mit der Bestellung dieses Direktors? Seit dem Jahre 1919 ist diese Stelle frei. Trotzdem sie vom Ministerium ausgeschrieben wurde und trotzdem Gesuche eingelangt sind und der Lehrkörper nach dem Erlaß des Handelsministeriums auf Grund dieser Gesuche einen Dreivorschlag erstattet hat, ist bis zum heutigen Tage der Posten des Direktors nicht besetzt worden. Durch den Ternavorschlag ist zum Ausdruck gebracht, daß der Lehrkörper berechtigt ist, einen Vorschlag zu erstatten. Es wurden Vorschläge gemacht, sie sind aber bis heute nicht erledigt worden. Auf welche Ursache diese Nichterledigung zurückzuführen ist, ist unerklärlich. Meiner Ansicht nach scheint die Ursache die Person dieses provisorischen Leiters selbst zu sein. Was an der Schule vorgeht, ersieht man am besten daraus, daß alle Inspizierungen, die scheinbar während der acht Jahre in dieser Schule vorgenommen wurden, nichts zutage gefördert haben. Es soll bereits im Jahre 1914 von der Baumeisterin in Linz eine Beschwerde an das Handelsministerium gegangen sein, daß in dieser

Schule der derzeitige Leiter der Schule eine Privatarchitektur in den Räumen des Schulgebäudes betreibt und dort Leute beschäftigt, so daß der Lehrkörper gar nicht imstande ist, den Verkehr mit dem provisorischen Direktor führen zu können. (Hört!) Aber noch mehr: daß dieser Herr seine Zeit als Bundesangestellter dazu zu benutzen scheint, seine Privatinteressen höher zu stellen als die Schulinteressen, denen er vorstehen soll.

Es war am 24. oder 25. November eine neuerliche Inspizierung durch einen Ministerialrat und ich frage den Herrn Minister, ob dieser Ministerialrat nicht auch über jene Zustände dort und über die Vorgangsweise des Direktors an der dortigen Schule berichtet hat; ich frage den Herrn Minister weiter, ob es erlaubt ist, daß eine Lehrperson ein eigenes Privatunternehmen errichten kann, oder ob der Herr Minister seine Zustimmung dazu gegeben hat, daß der Mann überhaupt die Räume erhalten konnte; ich frage, ob der Mann Zins zahlt und ob mit ihm ein Vertrag abgeschlossen wurde, daß er sich dort so installieren konnte, als ob die Gewerbeschule sein Privatunternehmen wäre. Wir glauben, daß diese Zustände an der Gewerbeschule in Linz dauernd nicht bestehen können, und müssen daher verlangen, daß der Herr Minister eine Untersuchung einleite und, wenn es wahr ist, daß der Mann schon vor acht Jahren aufmerksam gemacht worden sein soll, diejenigen Räume, die er für seinen Privatweck verwendet hat, zu räumen, es aber unterlassen hat, ihn dafür auch zur entsprechenden Verantwortung zu ziehen.

Eine weitere Staatsgewerbeschule befindet sich in Ebensee in Oberösterreich. Ebensee ist eine kleine Stadt und es wurde dort, glaube ich, schon im Jahre 1908 die Schule so weit ausgestattet, daß sie in Betrieb gesetzt werden konnte. Soweit die Schulleitung diese Schulräume zu beurteilen hat, wurde im Jahre 1913 durch den noch heute im Amte befindlichen Direktor eine Eingabe an die Landesregierung gemacht, und zwar eine starke Eingabe von 13 Seiten, mit deren Verlesung ich das hohe Haus nicht belästigen will, die die erschreckenden Zustände an dieser Schule ausführlich schildert. Eine Bundeslehranstalt soll diese Schule sein, es ist aber nicht denkbar, daß dort überhaupt ein Schulunterricht abgehalten werden konnte. In dieser Schule sind keine Räume vorhanden, wo sich die Schüler während der Pausen und Ruhezeiten aufhalten können. Soweit Werkstätten vorhanden sind, ist die Rauchentwicklung in den Schmieden so stark, daß Drogenvergiftungen und sonstige Erkrankungen vorgekommen sind, in den Modelltischlereien und in den mechanischen Werkstätten ist die Staub- und Gasentwicklung infolge des Mangels an Schmierölen und Seifenwasser usw. bei den Bohrmaschinen so

stark, daß auch dort die Luft verpestet ist. Ventilationen können in der Schule nicht angebracht werden, die Lehrräume haben eine Höhe von 2,7 Meter. Wenn in solchen Räumen ein Unterricht erteilt werden soll, so ist es kein Wunder, wenn der Schulleiter berichtet, daß auch die Lehrpersonen fortwährend erkranken, wie an Rheumatismus, an Gicht und an Lungenerkrankungen. Es konnte immer wieder vorkommen, daß mindestens ein Drittel des Lehrkörpers erkrankt ist. Noch mehr werden Sie erschrecken, wenn ich Ihnen mitteile, wie groß die Zahl der Erkrankungen der Schüler an dieser Schule in einem Jahre war. Im Schuljahre 1912/13 — berichtete der Direktor an die Landesregierung — sind von den damals in der Schule vorhandenen Schülern 59 durch 674 Tage erkrankt gewesen; hier sind nicht eingerechnet die schulfreien Sonn- und Feiertage. Außerdem sind an dieser Schule sieben Unfälle vorgekommen, die eine Arbeitsunfähigkeit von 136 Tagen zur Folge hatten. Ich kann nur sagen, soweit ich in der Lage war, gerade diese Schule und die Beschwerden an dieser Schule zu überprüfen, kann ich nicht begreifen, daß alle die Bestrebungen der Gemeindeverwaltung seit dem Umsturze nicht unterstützt wurden. Denn diese Angaben sind im Jahre 1913 gemacht worden; die damalige Gemeindevertretung von Ebensee war gegen die Errichtung der Schule, weil sie das für die Kosten erforderliche Kapital nicht aufbringen konnte. Aber durch diese Verzögerung sind die Kosten immer mehr gewachsen und seit dem Jahre 1919 bemüht sich die neue Gemeindeverwaltung, endlich den Neubau dieser Schule aufzuführen. Und hier kommt wieder das Interessanteste: alle Pläne, alle Vorschläge sind bereits im Wege der Landesregierung dem Handelsministerium unterbreitet und nun liegen diese Akten und diese Pläne bereits sechs Monate im Handelsministerium und es ist bis dato noch keine Erledigung erfolgt. Wir müssen verlangen, daß diese Erledigung ehebaldigst erfolge, damit der Skandal, der sich an dieser Schule zeigt, schnellstens beseitigt wird. Denn es ist ja wirklich ganz unbegreiflich, wie man eine Bundeslehranstalt in einem solchen Zustande belassen kann, wo man sich gar nicht mehr vorstellen kann, daß es auch nur einen Meister gibt, der solche Zustände aufrecht erhielte, ohne gegen sein eigenes Menschlichkeitsgefühl zu verstoßen. Ich gebe daher, soweit ich in der Lage war, den Herrn Minister auf diese Zustände an den Bundeslehranstalten in Oberösterreich aufmerksam zu machen, der Erwartung Ausdruck, daß der Herr Minister alles veranlassen wird, um auf diesem Gebiete Remedur zu schaffen, einerseits was die Besetzung des Direktorspostens an der Staatsgewerbeschule in Linz betrifft, andererseits was den Schulbau in Ebensee anbelangt. Wir würden, soweit die Bevölkerung und die Schüler in Betracht kommen,

uns damit begnügen, wenn es nur vor allem gelänge, daß Werkstätten an dieser Anstalt erbaut würden; denn durch die Gewinnung der Werkstätten würde es schon möglich sein, daß eine vorläufige Erleichterung eintritt.

Ich glaube, meine Herren, damit schließen zu können, daß ich sage: Wenn bis dato, besonders von den bürgerlichen Parteien behauptet worden ist, daß uns nur die Arbeit retten kann, so sage ich Ihnen: Solange Sie solche Budgetziffern für das gewerbliche Bildungswesen einsetzen, solange werden Sie diesen Staat nicht zu einem Industriestaat machen, der imstande sein wird, gegen die großen Industriestaaten, wie England und Deutschland, konkurrenzfähig zu sein. Wir müssen doppelt bemüht sein, unser Schulwesen gerade auf dem Gebiete des gewerblichen Bildungswesens auszubauen, weil wir nur dadurch jene Konkurrenzfähigkeit erreichen. Durch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, durch die Hochqualifiziertheit des Arbeiters wird es uns möglich sein, diese Konkurrenzfähigkeit zu erreichen. Daher wäre es ja eigentlich nicht nur unsere Aufgabe als Arbeitervertreter, sondern auch Aufgabe der bürgerlichen Parteien, selbst in diesem Sinne zu wirken, denn auch Ihre Wähler beklagen sich über den Zustand, der heute hier im gewerblichen Bildungswesen vorhanden ist. Wir wünschen also von dem Herrn Handelsminister, solange dieses Ressort ihm unterstellt ist — denn wir haben ja die volle Überzeugung, daß das gesamte Unterrichtswesen dem Unterrichtsamt unterstellt werden müßte —, solange dies aber nicht der Fall ist, solange die bürgerlichen Parteien sich nicht dazu entschließen können, sind wir gezwungen, von dem Handelsminister, der dieses Ressort derzeit zu vertreten hat, zu verlangen, daß auf diesem Gebiete mehr geschehe. Und weil das so ist und weil gerade die eminentesten Interessen der Volkswirtschaft in diesem Budget keine Berücksichtigung finden, sind wir nicht in der Lage, diesem Budget unsere Zustimmung zu erteilen. (Beifall.)

Präsident (der während vorstehender Reden den Vorsitz wieder übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Johann Gürtler; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Johann Gürtler: Hohes Haus! Handel, Gewerbe und Industrie gehören zu jenen Kapiteln des Bundesvoranschlages, welche im Bundesbudget meist stiefmütterlich behandelt werden. Und doch bilden diese drei großen Interessengruppen drei wichtige Lebensadern in unserem Staatswesen. Durch sie rollt besonders heute das gesamte pulsierende Leben. Handel, Gewerbe und Industrie bilden nebst dem bäuerlichen Grundbesitz die wichtigste Grundlage, die hauptsächlichste Einnahmequelle für unsere arbeitsfrohe Bevölkerung.

Handel und Gewerbe ist in der letzten Zeit etwas unmodern geworden und die Experimente der vergangenen Jahre versuchten, es dahin zu bringen, Handel und Gewerbe überflüssig zu machen. Den Handel glaubte man durch die staatliche Regulierung und Zwangsbewirtschaftung ersetzen zu können. Zucker-, Fleisch-, Eier-, Obst- und Gemüsezentralen, Warenverkehrsstellen und alle möglichen Genossenschaften schossen wie Pilze aus dem Wirtschaftsboden der Nachkriegszeit hervor. Unter dem Schutze und dem Patronat der Regierung maßten sie sich jene Tätigkeit an, die der legitime Händler durch Jahrzehnte besorgte. Als überflüssiges Äschenbrödel wurde der Händler der Friedenszeit zur Seite gestellt und der mit staatlicher Machtvollkommenheit ausgestattete Direktor einer Zentrale nahm seinen Sitz ein. Unser Volk hat geduldig auch diese der sieben ägyptischen Plagen ertragen. Doch bald hätte die von den Zentralen gemarterte Bevölkerung sagen können: „Operation gelungen, Patient gestorben.“ Die Operation war nämlich tatsächlich gelungen; sie war sogar unglaublich rasch und vollkommen gelungen. Dort, wo früher erfahrene Kaufleute mit privaten Krediten arbeiteten, besorgten es jetzt die Direktoren. Ein Direktor einer solchen Anstalt hatte eigentlich nichts zu tun, als mit einem Auto dahinzufahren. Die Bevölkerung mußte es ja bezahlen. Die Zahlung war in der Regel auch hoch, und war sie niedrig, nun, dann wissen wir, daß Unregelmäßigkeiten und Defraudationen auf der Tagesordnung standen. Es war in der Tat die Hochkonjunktur der Revolution, als alle Begriffe umgekehrt wurden und man mit vielem Althergekommenen brach. Es war die Zeit gekommen, wo man vermeinte, dem legitimen Handel den Todesstoß zu geben.

Doch die Geschichte war auch hier die richtige Lehrmeisterin. Sie zeigt uns, daß es tatsächlich durch Jahre gelungen war, dem Handel sein Tätigkeitsfeld zu entziehen. Sie lehrt uns aber, daß in dieser Zeit die Bevölkerung am schrecklichsten litt und daß bei einer Fortsetzung dieses unhaltbaren Experiments das gesamte blühende Wirtschaftsleben unseres Staates zugrunde gerichtet worden wäre. *(Zwischenrufe.)*

So hat denn auch ein Sturm der Erbitterung die aus dem Umsturzboden emporgewucherte Giftpflanze der Zentralen hinweggesetzt und es vollzieht sich allmählich wieder die Einkerkung unseres Wirtschaftslebens in das normale Geleise. *(Zwischenrufe.)* Wir wissen, daß jede Ausschweifung gefährliche Folgen hat und jedem Erzeß ein Ragenjammer folgt. Auch unserer wirtschaftlichen Ausschweifung blieb der Ragenjammer nicht erspart und wir leiden heute noch unter diesem. Bei der Einbiegung in das normale Wirtschaftsleben konnte es nämlich nicht ver-

mieden werden, daß sich eine Reihe unlauterer und zweifelhafter Elemente in den soliden Stand unserer Handelsleute mengte und diesem dadurch schweren Schaden zufügte. Das eigene Haus von unerwünschten Mitbewohnern zu reinigen und vom eigenen Wirtschaftskörper die Parasiten abzuschütteln, ist jedoch Sache unserer angesehenen Kaufmannschaft, wobei der Staat jede mögliche Hilfe zu gewähren hat.

Die Kaufmannschaft hat wieder Oberwasser bekommen und mit Rücksicht auf unser Staatswesen haben wir das größte Interesse, daß der österreichische Kaufmann seine traditionelle Rolle ungestört erfüllen kann. Der österreichische Kaufmann hat ein Recht, als staatserkhaltender Faktor angesprochen und in dieser seiner Tätigkeit auch geschützt zu werden.

Ich kann nicht umhin, in diesem Zusammenhange auf das allerschärfste jene vandallischen Vorgänge zu verurteilen, die sich am 1. Dezember in Wien abgespielt haben. Die Tätigkeit des Kaufmannes und der Begriff des Handels hat zur Voraussetzung, daß das Eigentum geschützt ist. Wenn jedoch der Kaufmann geblindert und beraubt wird und derselbe Gefahr läuft, nicht nur bestohlen, sondern am Ende vielleicht auch noch aufgehängt zu werden, dann, meine sehr geehrten Frauen und Herren, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Arbeitsfreudigkeit aufhört, wenn Kaufmann und Unternehmer zusperrern und streiken, wenn Tausende von Arbeitern brotlos werden und unser ohnehin so schwacher Wirtschaftskörper gänzlich verblutet.

Der Herr Bundeskanzler hat in diesem hohen Hause vor einigen Tagen erklärt, daß die Vorgänge des 1. Dezember im Auslande den schlechtesten Eindruck machten. Wie sollen wir uns aber aufschwingen, wenn wir unser Ansehen dort untergraben, wo wir es so dringend bedürfen? Ich begrüße es daher, wenn der Herr Kanzler versicherte, daß dafür vorgesorgt ist, daß sich die Vorgänge des 1. Dezember nicht wiederholen können.

Ich sagte, daß man in der letzten Zeit versuchte, auch das Gewerbe überflüssig zu machen, und in der Tat hörte man dem Gewerbe schon allenthalben das Grablied singen. Es war tief bedauerlich, mit welcher Kurzichtigkeit gewisse Kreise darangingen, einer derart großen Interessengruppe das Lebenslicht auszublafen. Ich glaube, es war der Herr Kollege Glöckel, der einmal sagte, daß von einem Mittelstande keine Rede sein dürfe. Da sich aber der sogenannte Mittelstand der Hauptsache nach aus Vertretern des Gewerbebestandes zusammensetzt, so hätte dieser wohl in der Versenkung verschwinden sollen! In der Tat schien es auch so, als sei er verschwunden, doch gottlob ist er wieder auferstanden. Der Gewerbebestand fügt sich heute wieder lebendig in das Wirtschaftsbild ein und leistet als solcher vorbildliche Arbeit.

Wie sehr wir Ursache haben, den Gewerbestand zu fördern und ihm alle Unterstützung angedeihen zu lassen, bedarf für den Kenner unserer Verhältnisse keiner Begründung. Auf der heutigen Wiener Messe hat der Gewerbestand Zeugnis abgelegt von seiner hohen Bedeutung und ich erblicke den Erfolg dieser Messe hauptsächlich darin, daß die weitesten Kreise des Auslandes auf die Produkte heimischen Gewerbestreibes aufmerksam wurden. Die Errungenschaft unseres Gewerbes ist jedoch aus dem eigenen Rahmen herausgewachsen, der heimische Gewerbestreib hat sich wertvolle Wege ins Ausland gebahnt. Diese zu begehen und auszubauen, darf nicht locker gelassen werden. Wie die Mutter ihr Kind, so müssen wir in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse unseren Gewerbestand wie unseren Augapfel schützen, denn die Wege, die uns dieser anbahnt, sind die Pfade, auf denen in unser Volksvermögen hochwertige Valuta gebracht wird.

Die Gefahren, die dem Gewerbestand für die nächste Zukunft drohen, sind allerdings keine geringen. Deren größte erblicke ich in der immer mehr überhandnehmenden Geldknappheit.

Unser Gewerbe ist vor allem auf ausländische Rohstoffe angewiesen und deren Beschaffung verschlingt heute unendliche Summen. Die Warenvorräte schmelzen immer mehr und mehr, die Geschäftsleute sind ausverkauft und um die Stöße von Papierkronen, die sie vor kurzem für die Fabrikate erhielten, erhalten sie nunmehr nur einen verschwindenden Bruchteil an Rohstoffen. Dieser Vorgang wiederholt sich jedoch von einer Fabrikation zur andern und es ist nicht wunderzunehmen, sondern nur allzu begreiflich und verständlich, wenn hierbei der Anreiz zur Erzeugung schwindet. Außerdem waren die kleinen Geschäftsleute auch mancherlei Schikanen ausgesetzt und die bürokratische Auslegung des alten Preistreibereigesetzes hat manches zum Schlimmen gewendet.

Durch die Verminderung der Waren- und Rohstoffvorräte steht heute das Gewerbe um vieles ärmer und widerstandsloser vor uns als früher und auch als andere Wirtschaftszweige.

Es bedarf daher vor allem der größten Umsicht, um zu verhindern, daß unser Gewerbe in den Geld fremden Kapitals gelangt. Um hierin Wandel zu schaffen, ist es angezeigt, an den Beschluß des ehemaligen Reichsrates vom 16. Dezember 1917 anzuknüpfen, in welchem Vorforgeschaffen für die Schaffung eines Kredit- und Hilfsfonds geschaffen ist, und ich glaube, daß hier ein rasches Zugreifen nottut. Die finanzielle Unabhängigkeit unseres Gewerbestandes ist das sicherste Mittel seiner weiteren Entwicklung. Sie ermöglicht dem einzelnen die Unternehmerstellung und diese wieder gibt den Anreiz zu neuem Schaffen.

Es muß daher, im Gegensatz zur Tendenz unserer Industrie, in jedem Mitglied des Gewerbestandes, in jedem Lehrling und Gesellen die Idee der Selbständigkeit geweckt werden und müssen die entsprechenden Möglichkeiten geboten werden, ein Talent zu freier Entfaltung und zur selbständigen Wirtschaftsstellung zu führen. Vieles kann hierin noch geschehen. Ich verweise nur auf das gewerbliche Lehrlingswesen und auf das gewerbliche Bildungswesen.

Eine der wichtigsten Forderungen, die nach Schaffung eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, geht ihrer Vollendung entgegen.

In unserer Zeit hat sich der Begriff des Wertes grundlegend geändert. Kapitalien, welche früher ungeheure Werte darstellten, sind heute Lappalien, und wertbeständig sind heute nur Erwerbsquellen. Eine der für die Zukunft unseres Gemeinwesens wichtigsten Erwerbsquellen sind jedoch sicherlich Handel, Gewerbe und Industrie. Gefährlich lagen sie in den letzten Jahren darnieder, doch unsere nun aufbauende Politik hat diese ruhenden Quellen geweckt, es quillt aus ihr neues Leben.

Dem 22. Kapitel unseres Staatsvoranschlages, welches Handel, Gewerbe und Industrie umfaßt, ist daher in unseren Tagen erhöhte Bedeutung beizumessen, denn vom Wohl und Wehe des Handels, des Gewerbes und der Industrie hängt zum guten Teil auch das Wohlergehen unseres deutschösterreichischen Staates ab. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Zwanzger.

Abgeordneter Zwanzger: Hohes Haus! Auf der Tagesordnung steht auch das Kapitel „Bergwesen“. Ich fühle mich veranlaßt, zu diesem Kapitel einiges zu sagen. Ich werde mich da zunächst mit der Aufhebung der Kohlenbewirtschaftung zu befassen haben.

Es ist bekannt, daß nach dem Zusammenbruch, als wir die größten Kohlenbergwerke verloren haben, kolossaler Kohlenmangel in Deutschösterreich herrschte, daher man sich gezwungen sah, um die Kohle gleichmäßig zu verteilen, die Kohle staatlich zu bewirtschaften. Dieser Zustand ist bis zum heutigen Sommer geblieben, wo angeblich schon Kohle aus dem Auslande eingelangt ist und in allen Kreisen Stimmen laut wurden, es möge endlich mit der Kohlenbewirtschaftung aufgeräumt werden. Es hat daher zu diesem Zwecke am 27. Juni eine Enquete stattgefunden, bei der alle Interessenten, Unternehmer und Arbeiter, eingeladen wurden, ihre Stellung zur Kohlenbewirtschaftung zu präzisieren. Die Enquete war sich vollständig darüber klar, daß es damals nicht möglich war, sich zu entschließen, die Kohlenbewirtschaftung aufzugeben, und zwar deshalb, weil

die Lage auf dem Kohlenmarkt noch eine unklare war. Alle haben gemeint, daß wohl die staatliche Bewirtschaftung auf die Dauer nicht haltbar sein werde, daß aber noch eine Zeitlang abzuwarten sei, bis man sich mit der endlichen Aufhebung derselben befassen werde.

Auf Grund dieser Anschauungen der Enquete, daß die Kohlenbewirtschaftung momentan nicht aufzuheben sei, hat damals das Bundesministerium einen Erlass hinausgegeben, worin erklärt wurde, daß die staatliche Kohlenbewirtschaftung bis Ende Februar 1922 aufrecht bleiben wird. Es wurde dies publiziert und man war der Meinung, daß es selbstverständlich dabei bleibt. Aber merkwürdigerweise hörten wir auf einmal in den Tageszeitungen vom 6. November, daß eine Konferenz stattgefunden habe, wo man entschieden hat, daß die Kohlenbewirtschaftung aufzuheben sei. Obwohl der Vertreter der Regierung erklärt hat, daß alle Interessentengruppen zu dieser Konferenz geladen waren, stelle ich fest, daß weder die Wiener Arbeiterkammer noch die Organisation der Bergarbeiter geladen waren, obwohl wir das größte Interesse hatten, bei dieser Konferenz anwesend zu sein, um unsere Meinung in bezug auf die staatliche Bewirtschaftung der Kohle zu äußern. Wir haben am 27. Juni die Erklärung abgegeben: Wir sind selbst überzeugt, daß die staatliche Bewirtschaftung nicht zu halten ist. Wir haben nur der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß, wenn die staatliche Bewirtschaftung aufgehört, die Gefahr besteht — dies wurde nicht von mir als Experten, sondern auch von den Kollegen von der Wiener Arbeiterkammer erklärt —, daß sich ein Kartell bilden werde, welches die Preisbildung zum Schaden der Konsumenten beeinflusst. Es ist vorderhand zu einem solchen Kohlenkartell nicht gekommen, aber es scheint doch der Fall zu sein, daß indirekt ein solches insofern besteht, als die steirischen Bergwerksbesitzer eine Kohlenverkaufsgenossenschaft gegründet haben, wohl nur zu dem Zwecke, behaupten sie, um den Kohlenverkauf zu bewerkstelligen. Aber die Kohlenkonsumenten befürchten, ganz besonders in Steiermark, daß diese Genossenschaft den Zweck hat, auch auf die Preisbildung einen Einfluß zu nehmen und Kohlenpreise zu erstellen, die nicht gerechtfertigt sind. Das wurde auch in den Tageszeitungen zum Ausdruck gebracht. Man befürchtet, daß die Preisbildung der Kohle eine untragliche werden wird.

Man wird uns vielleicht den Vorwurf zu machen versuchen, daß wir durch die Kritik an der Kohlengenossenschaft verhindern wollen, daß die Bergwerksbesitzer bekommen, was ihnen zufolge ihrer Auslagen gebührt. Wir sind gewiß der Meinung, daß dem Kohlenbergbau das Recht zusteht, den Betrieb anständig zu führen, aber wir sind auch der Meinung, daß eine Kontrolle sein muß, die darüber wacht,

ob die Preisbildung nicht zum Schaden der Konsumenten geschieht. Deshalb bedauern wir, daß wir bei dieser Enquete vom 4. November nicht anwesend waren, um neuerdings unseren Standpunkt zu vertreten und zu verhindern, daß die Bewucherung der Kohlenkonsumenten einen solchen Umfang annehme, wie sie es befürchten. Ich möchte daher den Herrn Bundesminister aufmerksam machen, daß in Zukunft, wenn solche Fragen zur Erörterung kommen, alle Interessentengruppen geladen werden, um ihre Meinung in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.

Nun komme ich zu einem anderen Kapitel. Es hat der Herr Kollege Schürff darauf hingewiesen, daß sich das Bundesministerium für Handel, Industrie und Bauten sehr viel auf das Gesetz über die Freischürfe zugute tut.

Ich habe schon damals, wie das Gesetz beschlossen worden ist, der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß, wenn das Gesetz auch eine kleine Besserung darstellt, doch nicht das herauskommen wird, was wir wünschen. Daß es so gekommen ist, beweist die Tatsache, daß eine ganze Reihe Freischürfen angemeldet sind, in denen keine Tätigkeit entfaltet wird. Es wird daher wohl die Pflicht des Bundesministeriums sein, die zuständigen Behörden zu beauftragen, daß alle bei den Revierbergämtern angemeldeten Freischürfen einer eingehenden Kontrolle unterzogen werden, ob die Schürfer ihre Pflicht erfüllen oder nicht. Ich habe damals beantragt, daß der Staat alle Freischürfen, die nicht entsprechend ausgenutzt werden, selbst übernehmen soll, leider wurde aber dieser Antrag abgelehnt. Wenn nicht eine eingehende Kontrolle über die Freischürfe geführt wird, so fürchte ich, daß es dazu kommen wird — wie es schon heute geschieht — daß trotz des Gesetzes mit den vorhandenen Freischürfen noch Schleichhandel getrieben wird. Das Bundesministerium muß also eine strenge Kontrolle veranlassen, ob die Freischürfe auch betrieben werden oder nicht.

Nun komme ich zu den Bundesbetrieben. Wir haben in Tirol drei Bundesbetriebe, und zwar den Kohlenbergbau Häring, den Kupferkiesbergbau in Jochberg und in Braxlegg. Es wird nun behauptet, daß die beiden Betriebe Braxlegg und Jochberg passiv sind und wenn bisher für die dortigen Bergarbeiter Lohnerhöhungen eintreten mußten, hat man diese Lohnerhöhungen immer auf den Betrieb Häring gelegt — das ist ein Braunkohlenbergbau — und die Folge davon war, daß selbstverständlich die Braunkohlenpreise kolossal in die Höhe getrieben wurden. Die Öffentlichkeit ist dann natürlich der Meinung, daß die hohen Löhne der Bergarbeiter in Häring die unmittelbare Ursache der hohen Kohlenpreise sind. Ich habe schon bei den Lohnverhandlungen als Sekretär der Bergarbeiter aufmerksam gemacht, daß es ein unhaltbarer Zustand

ist, den einen Betrieb mit dem Defizit des andern zu belasten, weil man dann nie ein klares Bild haben wird, welches Defizit Jochberg und Brilegg aufweisen. Ich möchte daher wünschen, daß in Zukunft von dieser Form Umgang genommen wird. Wenn der Staat diese Betriebe schon führt, zum Beispiel Jochberg, das erst eingerichtet werden mußte, so hat der Staat selbstverständlich die Kosten dafür in einer anderen Form zu übernehmen und sie nicht auf den Kohlenbergbau in Haring zu legen.

Nun möchte ich noch das Kapitel der Berginspektion streifen. Man hat in Österreich seinerzeit und auch heute den Revierbergämtern die Berginspektion übertragen. Schon vor dem Kriege war die Inspektion mangelhaft, während des Krieges aber war von einer Berginspektion überhaupt nicht die Rede. Da wurde uns gesagt, daß die für diesen Dienst bestimmten Beamten während des Krieges ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben. Nun ist aber der Krieg zu Ende und wir nehmen wahr, daß trotzdem von einer intensiven Inspektion in den Kohlengruben absolut keine Rede ist. Ich muß hier offen erklären, daß die Bergarbeiter gegen die Bergbehörden begreiflicherweise sehr mißtrauisch sind, weil sie schon lange keinen Bergkommissär in den Gruben gesehen haben. Es wird uns von einer Seite gesagt, daß die Bergbehörden keine Zeit haben, da sie mit anderen Aufgaben überlastet sind. Inwiefern das zutrifft, kann ich allerdings nicht konstatieren, aber ich möchte dem Herrn Bundesminister schon sagen, wenn er das Mißtrauen der Bergarbeiter gegenüber den Bergbehörden nicht größer machen will, wird er schon die Revierbergämter beauftragen müssen, eine intensivere Tätigkeit in dieser Richtung zu entfalten.

Andererseits ist es auch klar, daß die Bergarbeiter mißtrauisch werden müssen, weil seit langen Jahren ein Bericht über die Berginspektion in Deutschösterreich nicht erschienen ist. Ich habe allerdings gelesen, daß der Vertreter der Regierung im Finanzausschuß eine Erklärung abgegeben hat, er werde dafür sorgen, daß den Mitteilungen über den österreichischen Bergbau, die demnächst erscheinen, ein Bericht über die Berginspektion angereicht werden soll. Ich möchte aber sagen: Wenn schon ein Bericht erscheinen soll, so wünschen wir, daß ein ausführlicher Bericht über die Tätigkeit der Berginspektion zu erfolgen habe, damit endlich den Bergarbeitern gesagt wird, welche Tätigkeit die Revierbergämter in bezug auf die Berginspektion entfalten haben und um einigermaßen das Mißtrauen gegen die Bergbehörden zu beheben. Es wird ohnehin notwendig sein — und wenn die Regierung sich damit nicht selber beschäftigt, so werden wir dafür sorgen —, daß ein entsprechender Gesetzentwurf über die Berginspektion in diesem Hause eingebracht wird. Ich möchte noch ein anderes Kapitel streifen. Es ist eine alte For-

derung der Bergarbeiter, die, schon seitdem die Bruderladen existieren, mit dieser Institution absolut nicht einverstanden sind und energisch fordern, daß die Bruderladen aufgehoben und die Bergarbeiter unter die zu schaffende Sozialversicherung gestellt werden. Wir haben heute allerdings in der Tagespresse gelesen, daß ein Entwurf über die Sozialversicherung angekündigt wird, respektive demnächst im Hause eingebracht werden soll. Ist das der Fall, so würde ich wünschen, daß diese Reform so rasch als möglich erledigt wird, damit die Zustände bei den Bruderladen einmal aufhören. Die Verwaltung der Bruderladen ist eine solche, daß wir damit absolut nicht einverstanden sein können. Die Arbeiter haben darin zwar die Zweidrittelmajorität, aber der Vorsitzende ist immer ein Bergwerksbesitzer oder ein Bergbeamter. Er wird einfach bestimmt und dieser Vorsitzende übt die größte Gewalt auf die Verwaltung aus. Es gelingt uns schwer, die Meinung des Vorsitzenden zu überstimmen. Im alten Gesetze ist auch noch ein Fehler, und zwar heißt es dort, wenn ein statutenwidriger Beschluß vorkommt, so kann der Vorsitzende den Beschluß sistieren. Es ist oft der Fall, daß, wenn ein Beschluß gefaßt wird, der Vorsitzende aufsteht und sagt, ich sistiere den Beschluß. Allerdings hat man das Rekursrecht, aber man weiß schon bei unserem Amtschimmel, daß oft Jahre vergehen, bis man im Rekurswege zu seinem Rechte kommt. Daher ist es unbedingt notwendig, daß endlich mit den Bruderladen ausgeräumt und die Sozialversicherung geschaffen werde, um diesen Zuständen endlich ein Ende zu bereiten.

Ich mache weiters darauf aufmerksam, daß wir in den nächsten Tagen wieder ein Gesetz über die Provisionszuschüsse in den Bruderladen beschließen werden, das sind jene Zuschüsse, die den invaliden Bergarbeitern gebühren, weil die normale Provision zu niedrig ist. Die Bruderladen legen dieses Gesetz so aus, daß sie in vielen Fällen den ärmsten Teufeln diese Zuschüsse strittig machen und man bei den Schiedsgerichten erst um sie streiten muß. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei dem Bruderladenschiedsgerichte in Graz nicht weniger als 37 Klagen anhängig sind, um diesen armen Teufeln einen Zuschuß zu verschaffen. Darunter sind Witwen, die eine Monatsprovision von 100 K haben. (Hört!) Trotzdem verweigert man ihnen die Zuschüsse und aus diesem Grunde haben wir die Berechtigung, zu verlangen, daß mit den Bruderladen ausgeräumt werde. Gegen diese Institution besteht ein berechtigtes Mißtrauen und wir wünschen, daß, wenn die Vorlage über die Sozialversicherung ins Haus kommt, sie sobald als möglich erledigt wird. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Zeidler.

Abgeordneter Dr. Beidler: Hohes Haus! Daß sich die Zahl der Handwerker und Gewerbetreibenden in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich vermindert hat, ist eine Tatsache, die man sehr leicht bei einem Blick in die Gewerbestatistik erkennen kann, zuwider den Lehren des Karl Marx, denen zufolge das Handwerk schon längst hätte erledigt sein müssen. Die Anhänger jener Lehre bestreiten natürlich diese Tatsache nicht, erklären aber immerhin, daß das Handwerk und das Gewerbe bloß eine äußerst kümmerliche Existenz führen. Ich will jetzt die Behauptung von der Kümmerlichkeit der gewerblichen Existenz nicht weiter untersuchen, ich will nur die Frage aufwerfen, ob die Kümmerlichkeit der handwerklichen und gewerblichen Existenz vielleicht durch ein wirtschaftliches Gesetz bedingt ist. Und das bestreite ich. Ich habe die feste Überzeugung, daß es unserem Handwerk und unserem Gewerbe gut gehen wird, daß sie beide einer blühenden Zukunft entgegengehen, wenn sie sich den geänderten Verhältnissen von heute anzupassen vermögen, und vor allem anderen, wenn sich unser Handwerk zu veredeln vermag. Das ist ja überhaupt das österreichische Problem. Österreich wird nur dann sein, wenn es eine Veredlungswerkstätte im großen ist. Österreich ist nur dann in der Lage, Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen — und das muß es ja, weil es selbst an Rohstoffen sehr arm ist —, wenn es diese Rohstoffe in Form veredelter Arbeit wieder ausführt. Man kann also wohl sagen, daß höchste Qualitätsarbeit und Veredlung geradezu das österreichische Problem ist. Die Kräfte nun, die sich bemühen, unser Handwerk nach der Veredlungsrichtung zu erziehen, faßt man unter dem Begriff „Gewerbeförderung“ zusammen.

Es ist also aus dem von mir Gesagten klar, daß das oberste Ziel der Gewerbeförderung in Österreich sein muß, unser Gewerbe zu höheren Produktionsformen zu entwickeln, sei es nun nach der technischen Seite, insofern man bestrebt ist, höhere Erträge zu erzielen und vielleicht das Gewerbe in der Richtung der mittleren Industrie zu entwickeln, sei es in der Entwicklung nach der Kunst hin, in der Betonung der künstlerischen Seite. Dann würde es sich um die Entwicklung unseres Handwerkes zum Kunstgewerbe handeln. In beiden Fällen aber handelt es sich um eine Steigerung der Qualitätsarbeit und von diesem Gesichtspunkte aus ist es natürlich, daß die Gewerbeförderung beim Handwerk im engeren Sinne nicht stehen bleiben kann. Sie wird auf der einen Seite tiefer greifen müssen, sie wird sich auf der einen Seite um die Heimarbeit annehmen müssen und auf der anderen Seite wird sie auch in die Kreise der Industrie, der mittleren Industrie eingreifen müssen, sowohl aus technischen Gründen, um die technische Leistung zu erhöhen, als auch in dem Bestreben,

unser Gewerbe nach dem Kunsthandwerk hin zu erziehen.

Die Gruppen, in die man die Gewerbeförderung zusammenfassen kann — ich will das nur schlagwortartig hervorheben — sind drei: die Gewerbeförderung kann sich bemühen, zu belehren — das ist also die didaktische Seite —, die Gewerbeförderung kann sich bemühen, wirtschaftlich das Gewerbe zu unterstützen und zu fördern —, ich denke da an Maschinen, an Kredite usw. — und die dritte Gruppe, um die es sich handelt, sind die vielen Maßnahmen der Gesetzgebung, die ja so tief in das Leben von Handwerk und Gewerbe einschneiden. Alle drei Gruppen, die didaktische Gruppe, die wirtschaftliche Gewerbeförderung und die Maßnahmen der Gesetzgebung versprechen natürlich nur dann einen Erfolg, wenn sie in einen gewissen Zusammenhang gebracht und nach bestimmten Richtlinien getätigt werden.

Es läßt sich gar nicht bestreiten, daß in Österreich für die Gewerbeförderung sehr viel geschehen ist, Hervorragendes geschehen ist und fortwährend sehr viel geschieht. Allein, wenn man sich mit dieser Materie eingehender beschäftigt, wenn man die Betriebe selbst besichtigt und insbesondere wenn man sich mit der Literatur der Gewerbeförderung auseinandergesetzt hat, wird man sich nicht dem Eindruck entziehen können, daß die Früchte unserer Gewerbeförderung noch viel reicher wären, wenn es die Verwaltung seit jeher verstanden hätte, die gesamten Gewerbeförderungsbestrebungen unseres ganzen Staates einheitlicher zusammenzufassen, als das leider bis jetzt geschehen ist. Ich will Sie zum Beispiel nur auf folgendes aufmerksam machen. Die Kreise, die sich mit der Gewerbeförderung im engeren Sinne befassen, seien es nun amtliche Stellen oder seien es Beiräte, haben fast gar keine Beziehung zu dem großen Gebiete der gesetzgeberischen Maßnahmen. Auf der andern Seite — ich führe ein anderes Beispiel an — ist die so außerordentlich wichtige Angelegenheit der Förderung des gewerblichen Nachwuchses auf zwei verschiedene Ministerien verteilt, einerseits auf das Ministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, auf der andern Seite auf das Ministerium für soziale Verwaltung. Ich glaube schon, daß natürlich zwischen den beiden Ministerien in der Sache Beziehungen bestehen werden, allein vielfach — und das wissen wir auch und können wir durch Belege nachweisen — gehen doch diese beiden Ministerien ohne irgendeine Fühlung aneinander vorbei oder wenigstens nebeneinander her.

Ein weiterer Beleg für die Uneinheitlichkeit unserer Gewerbeförderung ist die bekannte Tatsache, daß manche Gewerbebezüge sehr reich, sehr gut, sagen wir wenigstens durch didaktische Veranstaltungen gefördert werden, ja manchmal von mehreren

Stellen zugleich, während es sich wieder in leider ziemlich vielen Fällen zeigt, daß sehr wichtige Gewerbe, ganze Gewerbebezüge jeder didaktischen Förderung vollkommen entbehren. Das ist doch ein Beweis einer gewissen Planlosigkeit, die zu bedauerlichen Folgen führen muß. Ferner habe ich aus dem eingehenden Studium unserer Gewerbebeförderungsbestrebungen im ganzen Staate den Eindruck gewonnen, daß auch in den Ländern die Gewerbebeförderungsbestrebungen einen festeren Sammelpunkt, einen festeren Mittelpunkt haben müßten, als es heute der Fall ist, um in wichtigen Fragen, zum Beispiel bezüglich gewisser Kursveranstaltungen für Länder mit wirtschaftlich ähnlichem oder gleichem Aufbau — ich denke zum Beispiel an die Frage der Ausbarmachung kleiner Wasserläufe — planmäßig vorgehen zu können. Nur dann, wenn auch in den Ländern ein solcher Mittelpunkt vorhanden ist, wird das Optimum, das Maximum der Gewerbebeförderung herausgeholt werden können.

Besonders deutlich zeigt sich mir die Notwendigkeit straffer Zusammenfassung, straffer Organisation unserer ganzen Gewerbebeförderung in der bedauerlichen, eigentlich unbegreiflichen Tatsache, daß heute die Gewerbebeförderung nicht ein einziges Zentralorgan besitzt. Es hat in alten Zeiten ein Zentralorgan gegeben, von dem ich sagen muß, daß es glänzend gewesen ist; das sind die Annalen der Gewerbebeförderung. Ich bin so glücklich, sie selbst in meiner Bibliothek zu besitzen. Es war mir immer eine Freude, ein solches Heft in die Hand zu bekommen; darin waren Aufsätze, die, wie ich glaube, durch ganz Europa gegangen sind. Es sind darin Aufsätze des alten Ögner gewesen, glänzende Aufsätze, nur glaube ich, daß sich diese Annalen der Gewerbebeförderung an einen höchst gebildeten Kreis gewendet haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Auseinandersetzungen von einem einfachen Handwerker, einem einfachen Gewerbetreibenden auch nur im entferntesten begriffen worden wären. Diese Annalen sind eingegangen; wir haben sie seit langen Jahren — ich glaube seit fünf oder sechs Jahren — nicht mehr. Es ist kein Ersatz geschaffen worden. Wir besitzen heute, was sehr zu bedauern ist, kein Zentralorgan der Gewerbebeförderung, das in der Lage wäre, befruchtend auf die Fachpresse einzuwirken. Überhaupt muß man erklären, daß die überaus wichtige publizistische Belehrung, die Belehrung von Handwerk und Gewerbe durch das geschriebene Wort in unserem Bundesstaate verhältnismäßig ganz spärlich vertreten ist. In dieser Hinsicht wäre es wünschenswert, wenn die Regierung eine Änderung zum Besseren herbeizuführen verstünde. Ich weiß wohl, daß manches geschieht, auch in bezug auf Belehrung, auf publizistische Einwirkung, besonders was das gewerbliche Fortbildungswesen anbelangt, das heute sehr scharf und mit Recht un-

günstig beleuchtet wurde, in dem viele Mängel zu verzeichnen sind. Aber viele Vorarbeiten gerade für diesen Zweig würden bei entsprechender Erweiterung und strafferer Organisation auch für andere Zweige des Unterrichtes ausgenutzt werden können. Es ist ja vielleicht überhaupt möglich, daß man mit Hilfe einer reichen Publizistik für gewerbliche Kreise die ganze Volkserziehung mehr in der Richtung des Handwerkes leiten könnte, und das wäre ja doch ein Ziel, das aufs innigste zu wünschen wäre. Ich werde zum Schluß noch ein Wort darüber sprechen, wie gut das Zustromen zum Gewerbe aus andern sehr stark überfüllten Berufen ist, und da könnte die Presse ohne Zweifel bedeutend viel mehr leisten, als sie heute leistet.

Österreich ist in vieler Hinsicht, was die Gewerbebeförderung anlangt, vorbildlich. Die Gewerbebeförderung ist wirklich ein Ruhmesblatt des alten Österreichs. Ich kann zu meiner Freude sagen, daß unsere Gewerbebeförderung im Deutschen Reich überaus anerkannt wird. Das Deutsche Reich anerkennt nicht leicht organisatorische Bestrebungen unseres Staates, aber hier ist man voll des Lobes. Man kann fast kein in Deutschland geschriebenes Buch über Gewerbebeförderung aufmachen, in dem nicht ein Loblied über die österreichische Gewerbebeförderung gesungen würde. Das ist auch berechtigt. Ich werde dann noch ein kurzes Wort über das Gewerbebeförderungsinstitut sprechen. Trotz alledem können wir von der reichsdeutschen Gewerbebeförderung sehr viel lernen. Die reichsdeutsche Gewerbebeförderung hat eines voraus, was eben das Volk im deutschen Reiche vor dem österreichischen Volke voraus hat, und das ist die Gabe straffer Organisation. In dieser Hinsicht schlagen sie uns ganz bestimmt. Sie brauchen sich nur um die Gewerbebeförderung in Baden, Bayern, Preußen und namentlich in Württemberg zu kümmern, um das, was ich jetzt gesagt habe, als richtig zu erkennen. Die Gewerbebeförderung in Württemberg ist so straff organisiert, daß die drei Zweige, die ich früher angeführt habe, die Belehrung, die wirtschaftliche Förderung und alle Maßnahmen der Gesetzgebung in einer einzigen Hand vereinigt sind. Ja, dann läßt sich natürlich das Gewerbe fördern.

Vergessen Sie doch nicht: wäre das heute, wo das getrennt ist, möglich? Wenn man das Gewerbe durch Einführung, sagen wir, neuer Methoden in die Höhe bringt und wenn man auf der andern Seite zollpolitische Maßnahmen trifft, die das Gewerbe wieder sehr schwer schädigen müssen, so werden Sie mir zugeben, daß das eine Plus vom andern Minus wieder aufgehoben wird. Wenn nicht alles, was das Gewerbe betrifft, einheitlich geleitet wird, wie das in Württemberg der Fall ist, so werden wir aus gewissen Mängeln niemals ganz herauskommen können. Das läßt sich nicht

bestreiten. Sicher ist, daß durch eine straffe Organisation erst ein planmäßiges Vorgehen und wohl auch eine ökonomische Ausnutzung aller Kräfte ermöglicht wird. Im alten Österreich hat es ja wohl die große räumliche Ausdehnung, aber auch die Verschiedenheit der Denkungsart bei den einzelnen Völkern, die diesen Staat bewohnt haben, unmöglich gemacht, Gewerbeförderung in dem von mir gekennzeichneten Sinne zu betreiben. Heute ist das anders geworden. Heute sind wir ein genuiner, national geschlossener Staat mit ziemlich gleichmäßigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Sind sie auch nicht ganz gleich, so ist doch die wirtschaftliche Struktur im großen und ganzen in der Steiermark so wie in Oberösterreich, sie ist einheitlich. Und nun sind wir sehr wohl in der Lage, diesen einheitlichen Körper straffer zu organisieren, als das bisher der Fall gewesen ist.

In großen Umrissen stelle ich mir, um zu zeigen, was ich mit dieser einheitlichen Zusammenfassung meine, vor allem vor, es möge irgendeine Körperschaft geschaffen werden — der Name ist wohl ganz gleichgültig —, in der alle Kräfte, die irgendwie mit Gewerbeförderung zu tun haben, seien sie Beiräte oder was immer, Sitz und Stimme haben. Und in diesem Forum, das eigentlich ein kleines wirtschaftliches Parlament ist, müßten alle Anträge der Regierung, alle Anträge, die aus dem Parlament kommen, vorberaten werden. Und dieses Forum, dieses kleine Parlament, wie ich es nannte, müßte auch das Recht haben, Initiativanträge zu stellen und an die Regierung zu richten. Das wäre wirklich ein einheitlicher Kristallisationspunkt und ich glaube, daß unser Gewerbe dadurch ganz erheblich gefördert würde.

Wie notwendig eine solche Zusammenfassung ist, geht mit voller Klarheit und Deutlichkeit schon aus der Übersicht der Stellen hervor, die sich in unserem Bundesstaat, vielfach ohne jede Fühlung miteinander, mit belehrenden Veranstaltungen für Gewerbetreibende befassen. Es sind das einmal die Gewerbe- und Fachschulen und dann das staatliche Gewerbeförderungsinstitut. Und da sehen Sie schon, hohes Haus, daß diese beiden letztgenannten Institute wohl zu demselben Ministerium ressortieren, sie unterstehen beide dem Ministerium für Handel und Gewerbe, allein sie gehören doch verschiedenen Departements an. Ich weiß nicht, ob das organisatorisch eigentlich ein richtiges Verhältnis ist. Wer unsere österreichische Bürokratie kennt, weiß, daß manchmal verschiedene Departements durch eine ebenso hohe und dichte Wand getrennt sind wie ganze Ministerien. Wir haben dann weiter außer diesen Instituten verschiedene Gewerbeförderungsinstitute, die Handels- und Gewerbekammer, den Fortbildungsrat, den Verein für technische Volksbildung, die Urania und das Technische Museum.

Wir haben eine Reihe privater Fachschulen und Genossenschaften. All das läuft nebeneinander her, ohne sich zu kennen, ohne daß von der einen Institution zur andern auch nur eine Brücke geschlagen wäre. Das kann man doch unmöglich als einen organisatorisch richtigen Zustand ansehen. Bei einer strafferen Zusammenfassung wäre schon einmal sehr viel Personal nicht nur zu ersparen, sondern vor allem viel mehr Personal besser auszunutzen und es wären viele Lehrmittel der einzelnen Unterrichtsanstalten nicht nur für eine Anstalt, sondern für eine ganze Reihe von Anstalten zu verwenden, was heute um so mehr ins Gewicht fällt, als ja diese Dinge unermesslich teuer sind.

Auch bei der Neuerrichtung von Unterrichtsanstalten geht man bei uns ziemlich planlos vor. Es gibt eine Anzahl außerordentlich wichtiger Gewerbegruppen, die noch heute jeder schulmäßigen Förderung vollständig entbehren. Das ist ein Zustand, der tief zu beklagen ist. Es drückt sich darin eben die geringe Wertschätzung aus, die man dem Geiste in Österreich zollt. Man hat das Handwerk empirisch weiter arbeiten lassen und wundert sich dann, wenn diese braven, fleißigen Leute doch nicht recht vorwärts kommen. Man wird ihnen den Stab fachlicher schulmäßiger Unterstützung in die Hand drücken müssen. Ich weise auf folgendes Beispiel hin: Es ist mir aus den Kreisen der Gewerbetreibenden selbst gesagt worden, daß wir dringendst fachlicher Lehranstalten bedürfen für das Nahrungsmittelgewerbe, für dieses heute unermesslich wichtige Gewerbe, haben wir so gut wie gar nichts; besonders für die Mülerei und Bäckerei besteht heute keine einzige Fachschule. Für die ganze Fleischwarenerzeugung haben wir nicht eine einzige fachliche Schule, nichts für die Konservenerzeugung. Das sind doch Dinge, die für unsere Volksernährung heute außerordentlich wichtig sind, und es ist sehr bedeutsam, ob nicht in diesen Branchen vielmehr erzeugt werden kann. Das ist eine Lebensfrage des ganzen Volkes. Es wäre eine außerordentlich wichtige Sache für die Feinlederwarenerzeugung, die infolge des angeborenen Geschmacks des österreichischen Arbeiters Glanzendes leistet, die auch für den Export von großer Wichtigkeit ist, wenn wir eine fachliche Lehranstalt hätten. Es ist nicht der Fall. Sonderbar wirkt es, daß die Holzbearbeitung, die neben der Metallbearbeitung weitaus die wichtigste Branche des ganzen Staates ist, die einen Aktivposten unserer Wirtschaft bedeutet, der gar nicht hoch genug einzuschätzen ist, nur gestützt und gefördert wird durch ein paar lokale, unbedeutende und räumlich obendrein sehr ungünstig gelegene Schulen.

Es dringt seit längerer Zeit aus den Kreisen der holzbearbeitenden Unternehmer der Ruf, endlich eine sowohl technisch als künstlerisch leistungsfähige

große Fachschule für das Holzgewerbe in Österreich zu errichten. Dadurch wird es möglich sein, daß wir uns dann nicht mit Waren aus Italien und anderen Auslandsstaaten behelfen müssen. Hier ist sehr viel Kapital zu holen, wenn wir diese Kräfte, die ja das nötige Rohmaterial in unseren Wäldern besitzen, durch schulmäßige Veranstaltungen fördern.

Soweit ich unterrichtet bin, ist wohl die Metallbearbeitung durch einzelne Fachschulen gefördert, allein — ich sehe, daß der Herr verehrte Minister mir zuzieht — hier muß ich korrigierend dazu bemerken, daß meines Wissens in den Fachschulen für Metallbearbeitung fast ausschließlich der Maschinenbau und die Elektrotechnik gefördert wird. Andere Zweige entbehren vollkommen der schulmäßigen Förderung. Ich nenne hier die Kunstschlosserei, die Spenglerei, die Baukonstruktion und die Gürtlerei; alles das entbehrt der fachlichen Fortbildung vollkommen.

Die Edelmetallbearbeitung, auch eine Branche, die für den Export sehr wichtig ist, — eine Sache, die doch heute valutarisch von höchster Bedeutung ist — entbehrt der fachlichen Schulunterstützung fast vollkommen. Ich habe aus Kreisen der Stockerauer Industrie, aber auch aus den Kreisen der Wiener, der St. Pöltener und Wiener-Neustädter metallverarbeitenden Industrie den Wunsch gehört, daß eine Technik, die jeden Tag an Bedeutung gewinnt, daß doch die Blechrestentechnik schulmäßig gelehrt werden möge. Es ist leider heute in dieser Hinsicht noch gar nichts geschehen. An kürzeren Kursen fehlt es in unseren Alpenländern an allen Ecken und Enden. Sie werden von den Alpenländern dringend gewünscht. Es brauchen ja nur Wanderkurse zu sein, die sich über eine kürzere Zeit erstrecken. Es ertönt aus diesem Kreise selbst der Wunsch nach Kleidermacherkursen, Schuhmacherkursen, Wagner- und Spenglerkursen. Sehr günstig wäre zur möglichsten Ausnutzung unserer kleinen Wasserkräfte eine fachliche Ausbildung oder sagen wir eine kursmäßige Schulbildung für Wasserkraftanlagen. Ich denke hier an das Mühlenbaugewerbe. Kärnten ist hier seinerzeit vorangegangen, in Kärnten wurden ähnliche Kurse jahrelang abgehalten. Sie sind eingegangen, es fehlte offenbar das Geld dafür. Man hat sie nicht wieder aufleben lassen.

Aus diesen Beispielen ist wohl klar und deutlich zu ersehen, wie viel auf diesem Gebiete erst geleistet werden muß, wie viel noch nachzuholen ist, wie viele klaffende Lücken unserer schulmäßigen Gewerbeförderung hier ausgefüllt werden müssen. Natürlich wird dies nur dann möglich sein, wenn, wie ich zu Beginn meiner Rede sagte, alle diese Bestrebungen in gewisser Hinsicht organisatorisch zusammengefaßt werden.

Die staatliche Gewerbeförderung besitzt in unserem Gewerbeförderungsinstitut ein — nicht ein, sondern das Exekutivorgan für die Gewerbeförderung in den Provinzen. Das staatliche Gewerbeförderungsinstitut gehört budgetmäßig zur technischen und wirtschaftlichen Gewerbeförderung, obwohl, wie ich mich bei einer genauen Besichtigung dieser Anstalt überzeugt habe, eine ganze Reihe schulmäßiger, didaktischer Veranstaltungen mit großem Erfolge in die Wege geleitet sind. Nun kommt leider gerade in letzter Zeit immer häufiger aus der Provinz die Klage an das Gewerbeförderungsamt, daß es in seiner segensbringenden Tätigkeit in den letzten Jahren bedeutend nachgelassen habe. Es ist auch tatsächlich richtig, daß die Provinz, auch schon Niederösterreich, viel weniger gefördert wird, als in den Jahren vor dem Kriege. Nun, die Leitung des Gewerbeförderungsamtes trifft hier kein Vorwurf. Ich muß gestehen, daß, wer das Gewerbeförderungsamt genau kennt — und ich habe, wie gesagt, erst vor kurzem das Vergnügen gehabt, mich von einem Ministerialbeamten durch das Institut führen zu lassen, ich habe die Einrichtungen genau besichtigt —, wer also dieses Institut kennt, wird wohl mit mir sagen müssen, daß die heutige Leitung des Gewerbeförderungsamtes vorzüglich ist, sie liegt in vorzüglichen Händen, in Händen, die außerordentlich sorgsam das ihnen anvertraute Gut wahren. Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die leitenden Persönlichkeiten unseres Gewerbeförderungsinstituts sehr gut wissen, wo der Hebel anzusetzen ist. Ich habe zu meiner Freude gesehen, daß neue Aufgaben, besonders auf dem Gebiete des gewerblichen Unterrichts mit großem Erfolg in die Wege geleitet werden. Allein all diese Dinge sind heute zu geringfügig. Es ist begreiflich, daß sich das Land beklagt; denn eigentlich haben von unserem Gewerbeförderungsinstitut, von unserem mustergültig eingerichteten Gewerbeförderungsinstitut, das, ich betone es nochmals, eine der besten Aktivposten unseres Wirtschaftslebens ist, doch nur die Wiener Kreise etwas. Die Provinz, das flache Land, auch nur Niederösterreich, geschweige denn die übrigen Länder wissen eigentlich von den Arbeiten unseres Gewerbeförderungsinstituts nichts. Die Ursache, weshalb, ist ja klar. Die Leitung des Instituts trifft hier kein Vorwurf. Es ist einfach viel zu wenig in das Budget eingestellt, das Gewerbeförderungsinstitut ist viel zu wenig reich mit finanziellen Mitteln bedacht. Das ist der eine außerordentlich schwere Mangel und die zweite Ursache ist die Tatsache, daß sich das Personal unseres Gewerbeförderungsinstituts fortwährend und namentlich in den letzten Jahren furchtbar verringert hat, weil ja infolge des Zerfalles Österreichs eine Menge hoch spezialisierter Kräfte an die Sukzessionsstaaten abgegeben werden mußten. Mit diesen geringen Mitteln und mit dem geringen

Personal, das heute dem Institut zur Verfügung steht, lassen sich natürlich mehr weniger nur Wiener Kurse bestreiten. Das ist gar kein Zweifel.

Ich möchte hier einen Appell — vielleicht dringen diese Worte aus dem Hause hinaus — an unsere Wiener Gewerbetreibenden richten. Bei meinem Besuche, namentlich in der Kunsttischlerei, hat mir mein Herz über die wundervollen Arbeiten gelacht, die hier geleistet werden. Ich habe mir gedacht, ja, da müßte sich das Wiener Gewerbe drängen, da müßte der Saal vollgepfropft sein. Wenn ich auch weiß, daß die Kurse gut besucht sind, so fürchte ich, es sind noch immer viel zu wenige. Hier sollte man einen ganzen Strom von Menschen durchleiten. Das wäre eine gewerbliche Schulung nicht nur für die Gewerbetreibenden, sondern so manchem Beamten, der daran denkt, sich pensionieren zu lassen, wäre es sehr nützlich, wenn er diese wundervollen, an Kunst sehr nahe heranreichenden Arbeiten einmal genau in Augenschein nehmen würde.

Es ist ferner eine betrübende Wahrnehmung zu machen, auf die ich die Regierung auf das dringendste aufmerksam mache. Ich habe mir die sogenannten Betriebsmeister vorstellen lassen, ich habe gesehen, daß das ausgezeichnete Menschen von hoher Befähigung, daß das Meister sind. Ich habe mir den Wagenbauer angesehen und ich glaube, daß dieser Betriebsleiter Assistent an der technischen Hochschule sein könnte, denn es ist einfach glänzend, etwas ganz Hervorragendes, was er leistet. Dasselbe gilt mehr weniger, wenn auch nicht in demselben Maße, von allen diesen Kräften. Es sind vorzügliche Leute. Aber sie haben den einen Fehler, daß sie nicht viel jünger sind als ich. Sie sind zwar noch in der Vollkraft ihrer Jahre, aber sie stehen heute schon in einem Alter, daß man es für dringend geboten erachten muß, für Nachwuchs zu sorgen. Dieser Nachwuchs aber fehlt heute vollkommen. Wenn es nicht möglich ist, die Erfahrungen dieser Kräfte auf jüngere Kräfte zu übertragen, so wird das ganze reiche Material ihrer eigenen Erfahrung einfach verloren gehen und vor der Gefahr stehen wir allerdings. Es ist heute notwendig, daß wir nicht nur tüchtige Handwerker, sondern auch Gewerbeförderer im Gewerbeförderungsinstitut erziehen und das wird geleistet werden, wenn die Erfahrungen rechtzeitig auf jüngere Kräfte übertragen werden. Es ist eine hohe Verpflichtung, die das Ministerium für Handel und Gewerbe übernommen hat, hier zum Rechten zu sehen, weil sonst unersetzliche, uneinbringliche Werte verloren gehen. Von allen Seiten wird ja über den Mangel an Nachlehrern für viele Gewerbe geklagt. Hier wird dem Gewerbeförderungsinstitut ein viel größerer Platz in der Erziehung von Gewerbeförderern eingeräumt werden müssen, als es heute der Fall ist.

Gänzlich undurchführbar ist es natürlich, die wirtschaftliche Gewerbeförderung ohne zureichende Geldmittel durchzuführen. Jedem von uns ist bekannt und auch aus den älteren Berichten über die Gewerbeförderung sieht man es klar und deutlich, wie erfolgreiche und wie nachhaltige Folgen die Überlassung von Maschinen, die Gewährung von Krediten hervorgebracht haben. Mit diesen Dingen sind wir heute sehr stark ins Hintertreffen gelangt. Ich erinnere sie nur an die Förderung der Kleinindustrie in unseren Alpenländern, an die Klein-eisenindustrie, an die Holzindustrie in unseren Alpenländern. Wie außerordentlich sind die durch kreditpolitische Mittel und durch Überlassung von Maschinen gefördert worden! An diesen Dingen mangelt es heute, denn mit den in das Budget eingestellten Mitteln läßt sich ja hier natürlich so gut wie nichts machen, wenn Sie an die ungeheuren Preise der Maschinen und sonstigen Arbeitsbehelfe denken. Aber wenn auch die Gewerbeförderung in ihrem jetzigen Umfang nicht wird aufrecht erhalten werden können, so ist es doch notwendig, daß die wirtschaftliche Förderung dort nicht unterbleibt, wo es sich um allgemeine hohe öffentliche Interessen handelt. Und das liegt immer dann vor, wenn es sich um die Einführung neuer Arbeitsmethoden oder wenigstens solcher Arbeitsmethoden handelt, die in Österreich viel zu spärlich vertreten sind; das liegt dort vor, wo es sich um Unterstützung gefährdeter Spezialitäten handelt; das liegt dort vor, wo es sich um die Verbesserung von Arbeitsweisen, Arbeitsmethoden handelt; es liegt ferner bei der Unterstützung von höchstqualifizierter Arbeit vor und schließlich liegt diese Notwendigkeit der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln dann vor, wenn durch irgendeine Förderung von Hilsgewerben eine ganze Gruppe von Gewerben unterstützt werden kann.

Ich mache Sie zum Beispiel aufmerksam auf die Förderung der Uhrzahnradherzeugung; durch diese Förderung wird das gesamte Uhrmacher-gewerbe bedeutend unterstützt. Es ist möglich, daß es in der Tischlerei dadurch geschieht, daß man die Hobel, die Werkzeuge, die dieses Handwerk benutzt, rationeller gestaltet. In der Hinsicht ist uns auch das Deutsche Reich um Bedeutendes voraus. Hierfür müssen natürlich entsprechende Mittel eingestellt werden.

Vielfach wird sich ja die Förderung des Handwerkes und der mittleren Industrie überschneiden; allein man darf hier nicht zu engherzig und zu ängstlich sein. Bedenken Sie doch, daß es zwischen Hausindustrie, Handwerk und mittlerer Industrie nur ganz fließende Grenzen gibt: da kann ja niemand haarscharf sagen, wo das eine beginnt und das andere aufhört. Ungarn hat in dieser Hinsicht vielfach Vorbildliches geleistet. Seine

oft bespöttelte Industrieförderung ist auch dem Handwerk zugute gekommen. Auch unsere Gewerbeförderung wird hier nicht zu ängstlich sein und sich keineswegs scheuen dürfen, auch in das Gebiet der mittleren Industrie einzugreifen.

Nicht unterlassen kann ich endlich, etwas zu erwähnen, was heute von einem Redner scharf hervorgehoben wurde. Bei der Verteilung der Maschinen und der Arbeitsbeihilfe aus der Sachdemobilisierung sind furchtbare Fehler begangen worden und vielleicht ist dieses Wort noch sehr milde. Es sind hier Fehler begangen worden, die sich heute gar nicht mehr gut machen lassen, und es muß in den Kreisen des Gewerbes und Handwerks natürlich erbitternd wirken, wenn die Leute sehen, wie ihre Bitten um Überlassung von Maschinen und Arbeitsbeihilfen nicht erfüllt wurden, wie hingegen Händler ganze Lager erhalten haben. Ich möchte hier schon an die Regierung die dringende Bitte richten, dafür zu sorgen, daß wenigstens aus den Resten der Sachdemobilisierung und vielleicht auch aus den Beständen unserer staatlichen Industriewerke heute noch Handwerk und Gewerbe möglichst reich bedacht werden. Eine ganze Reihe von Handwerkern wird der Regierung für diese Maßnahmen außerordentlich dankbar sein. Das wäre nach meiner Überzeugung eine Gewerbeförderung, die ebenfalls sehr nachhaltig einwirken würde. Es ist möglich, wenn der gute Wille vorhanden ist. Bedenken Sie eine Einrichtung, die wieder zeigt, wie man im Deutschen Reiche alles geistiger anfaßt, wie man für Organisation eine größere Begabung hat. Im Deutschen Reiche besteht in Karlsruhe ein Institut für wissenschaftliche Betriebsführung. An diesem Institut wird auch das Handwerk und das Gewerbe gelehrt, wie es möglichst rationell seinen Betrieb führen kann. Man kann nicht sagen, daß wir bei uns in Österreich gar nichts dergleichen hätten. Unser Gewerbeförderungsinstitut tut alles Mögliche, allein bei den früher bezeichneten geringen budgetären Mitteln natürlich nur in unvollkommener Weise. Nun ist gerade dieses Gebiet, neue Arbeitsmethoden ausfindig zu machen, das Handwerk ergiebiger zu gestalten, aller budgetären Forderungen würdig.

Ebenso wie bei dem sehr wesentlichen Gebiet der Gewerbeförderung steht es mit unserer wissenschaftlichen Berufsberatung. Ich habe erst vor wenigen Tagen einen interessanten Vortrag eines Dozenten an der Universität gehört. Dieser hat, um zum Beispiel festzustellen, ob jemand als Mechaniker eine gute Zukunft hat, erprobt, wie fein seine Handnerven sind. Diese Berufserziehung ist ja bei uns bis jetzt noch in den Kinderschuhen, es wird sich hier Bedeutendes leisten lassen, denn es ist immerhin eine Möglichkeit vorhanden, daß einer, der vielleicht eine gute Zukunft als Tischler hätte, ein Schlosser

werde. Heute ist die gewerbliche Berufsförderung so entwickelt, daß man das mit Bestimmtheit vorherzusagen kann, in welcher Branche für die betreffenden jungen Menschen eine gute Zukunft liegt. Es ist natürlich mit der Gewerbeförderung wie in der Landwirtschaft, man darf nicht gleich Früchte erwarten. Man muß erst den Boden bearbeitet haben, dann wird er reiche Früchte tragen, und die einzige Rettung Österreichs besteht ja — und es ist dies auch von mehreren Seiten dieses Hauses in der jetzigen Debatte schon hervorgehoben worden — in höchst qualifizierter Arbeit. Ich brauche diese meine Worte nicht zu wiederholen.

Es liegt mir noch eines auf dem Herzen: das Finanzministerium dringend zu ersuchen, die Mittel für unsere Gewerbeförderung reichlicher zu gestalten und, wie ich es voriges Jahr schon in einer Entschliebung, die vom hohen Hause angenommen wurde, gesagt habe, leider vergeblich gesagt habe, ist vor allem zu wünschen, daß die Leiter des Gewerbeförderungsinstituts sich freier und rascher bewegen können, daß sie über ihre budgetären Mittel freier und rascher verfügen können. Es kann sonst der Fall eintreten, daß Konjunkturen vorübergehen, daß ein Eingreifen überhaupt nicht mehr von Belang ist. Wenn unsere Finanzverwaltung meint, daß die Mittel, die heute der Gewerbeförderung zur Verfügung gestellt werden, reichlich genug seien, so möchte ich sie doch darauf aufmerksam machen, sie möge einmal sehen, wieviel das Gewerbe an Steuern vor dem Eingreifen der Gewerbeförderung einbringt und wieviel es einbringen kann nach dem Eingreifen der Gewerbeförderung. Es wird sich herausstellen, daß eine reiche Dotierung auch vom finanziellen Standpunkte sehr segensreich ist. Was die größere Selbstständigkeit anlangt, will ich das Beispiel von Nürnberg anführen. In Nürnberg haben wir bekanntlich ein Gewerbeförderungsinstitut. Der Sitz der Regierung ist bekanntlich in München. Die Regierung kommt im Jahre vielleicht ein-, zweimal nach Nürnberg und inspiziert das Institut. Im großen und ganzen verfügen diese Herren des Instituts ganz frei über ihre Mittel und sie brauchen nicht immer ängstlich eine Anfrage an die oberste Instanz zu richten. Das ist das, was ich bezüglich der Gewerbeförderung vorzubringen habe.

Nun gestatten Sie mir, hohes Haus, von dringenden und mit sehr geringen Kosten durchzuführenden Maßnahmen zu sprechen, die das Gewerbe jedenfalls bedeutend fördern werden, also von Maßnahmen der Gewerbeförderung im weiteren Sinne. Man kann unser Handwerk aus der schweren Krise, die es ohne Zweifel durchmacht, durch administrative Verfügungen, aber auch durch finanzpolitische Verfügungen bedeutend fördern und unterstützen. Ich möchte die Regierung bitten, daß sie endlich die sachmäßige Entwicklung unserer Genossenschaften

strenge durchführe. In Niederösterreich steht es damit sehr schlecht. Im ganzen politischen Bezirk Krems zum Beispiel sieht es mit den Fachgenossenschaften ganz elend aus. Niederösterreich wird hier von den Alpenländern übertroffen. Das ist ein schwerer Mangel. Es soll eine Verschärfung der Genossenschaften eintreten und es wäre auch sehr wünschenswert, wenn die Grenzen der Fachgenossenschaften scharf gezogen würden und sich aus einem Gerichtsbezirk in den andern, aus einem politischen Bezirk in den andern, überschneiden, das ist der Zustand von heute und dem sollte nach meiner Überzeugung gesteuert werden. Ich komme nun zu einem Vorschlag, von dessen Durchführung ich glaube, daß sie die reichsten Früchte tragen wird und leicht und ohne besondere Kosten gemacht werden kann.

Wenn Sie wissen, wie es in den Genossenschaftskanzleien aussieht, dann werden Sie mir wohl zugeben, daß die Leute ihren Aufgaben heute einfach nicht gewachsen sind. Unsere Gesetzgebungsmaschine arbeitet sehr rasch und fast jede Woche fällt ein schweres Bündel von Gesetzen herab. Mit diesen Dingen sollen sich unsere Gewerbetreibenden auseinanderzusetzen? Wahrlich eine Forderung, die zu hoch ist. Aber man kann folgendes machen: Wenn sich unsere Fachgenossenschaften bezirksmäßig zusammenschließen, wenn die Fachgenossenschaften eines politischen Bezirkes ihre sämtlichen Kanzleiarbeiten von einer einzigen Persönlichkeit besorgen ließen — ich werde gleich sagen, aus welchen Kreisen sie stammen soll —, so würde viel bessere Arbeit geleistet werden. Wäre es denn nicht möglich, daß man heute manchen Steuerbeamten, manchen Beamten der Gewerbeverwaltung aus seinem Amte für diese Tätigkeit entnimmt? Das wäre ein vorzügliches Mittel des Beamtenabbaues. Und ein solcher Mann, der mit der gewerbetreibenden Bevölkerung in fortwährender Berührung steht, ein Verwaltungsjurist, ein Steuerbeamter, ein Finanzbeamter, würde natürlich viel Besseres leisten können, als jetzt auf diesem Gebiete geleistet wird. Ich denke mir die Sache so, daß unsere Fachgenossenschaften ihre Kanzleiarbeiten zusammenlegen. Dieser Funktionär, der aus den Beamtenkreisen kommt, könnte als ein Berufsberater und als Steuerberater wirken, er könnte möglicherweise auch bei Kontingentsteuern die staatliche Steuer auf die einzelnen umlegen, er könnte sie an die Regierung abführen, es eröffnen sich mit einem Worte eine ganze Reihe von Aufgaben für eine solche autonome Stelle. Das würde der Regierung nicht das geringste kosten; es würde im Gegenteil den Säckel der Regierung entlasten, wenn eine Reihe von Beamten ganz ruhig in Pension gehen könnten, weil sie als autonome Funktionäre ihr gutes Fortkommen hätten. Es wäre damit dem Gewerbe sehr geholfen und es wäre auch der Regierung geholfen, namentlich dem Finanzminister. Ich würde schon die

Regierung bitten, ihr Augenmerk auf diese Frage zu lenken, und ich werde mir in kürzerer Zeit erlauben, dem Hause einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten. Daß noch für kreditpolitische Dinge eine Menge getan werden könnte, liegt vollkommen klar auf der Hand.

Was übrigens die Bezahlung einer solchen Persönlichkeit in dieser autonomen Stelle anlangt, so denke ich mir seine Bezahlung natürlich durch Gewerbeumlagen. Es gibt keinen einzigen politischen Bezirk, in Niederösterreich wenigstens — soweit kenne ich die Verhältnisse aus dem Augenschein —, indem die Gewerbetreibenden nicht durch Umlagen, sagen wir vier bis sieben Millionen heute aufbringen könnten. Das werden sie auch sehr gerne aufbringen, wenn sie dann eine so hochqualifizierte Persönlichkeit haben, die natürlich ihre Aufgabe ganz anders erfüllen wird, als es jetzt der Fall ist. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Regierung folgendes täte: Sobald unsere Gewerbetreibenden, unsere gewerblichen Korporationen, sagen wir für Rohstoffe, für die Beschaffung von Maschinen gewisse Gelder aufbringen, sollte die Finanzverwaltung denselben Betrag, gegen niedere Verzinsung selbstverständlich, noch dazu legen, gegen die volle Garantie des Warenbesitzes, des Maschinenbesitzes der Korporation. Verloren gehen könnte hier gar nichts. Das wäre sicher eine Gewerbebeförderung, die auch segensvoll wirken würde.

Zum Schlusse habe ich mir noch vorgenommen, ganz kurz auf eine wichtige Tatsache aufmerksam zu machen. Wir haben heute große Wasserbauprojekte, sie werden dem Staate Milliarden und Milliarden kosten und wir haben ein kleines Amt, die Wasserbauversuchsanstalt, die um ihren weiteren Bestand ringt. Das Budget ist so geringfügig, daß der Leiter dieses Amtes nicht einmal in der Lage ist, sich ein Maschinfräulein zu halten und trotzdem — bedenken Sie — werden alle diese großen Projekte, in denen ein großer Teil unseres Volksvermögens angelegt ist, schiefgehen und dem Staate werden schauerliche Kosten erwachsen, wenn nicht vorher durch Versuche festgestellt ist, wie die Sache zu machen ist. Der Staat spart also hier sehr wenig, wenn er bei diesen Dingen spart. Ich habe überhaupt das betrübliche Gefühl, daß man zufrieden ist, wenn die Gewerbeinspektion, die Genossenschaftsinstruktoren und verschiedenes andere, so auch unser Gewerbebeförderungsamts nur auf dem Papiere stehen, wenn die einzelnen Funktionäre in gewisse Rangklassen, jetzt in gewisse Besoldungsgruppen eingeteilt sind, wenn sie nur ihr Bureau und ihre gewisse Nummer haben, alles andere — denkt man sich — findet sich schon. Ob sie wirklich ins Leben eingreifen, ob sie unser wirtschaftliches Leben gestalten, ist dann eine Frage, die sich namentlich die Finanzverwaltung vielleicht nicht ganz so angelegen sein läßt, wie es wünschenswert wäre.

Zum Schluß ein paar Worte, einen allgemeinen Appell. Ich habe hier vom Beamtenabbau gesprochen. Es gibt in manchen Berufen eine Überfüllung und das ist gerade in Beamtenkreisen. Es würde sehr wünschenswert sein, wenn sich künftighin nur die Menschen hohen Schulen zuwenden, die auch die nötige Begabung haben. Wer aber praktische Begabung hat und wer sonst die durch die Berufsberatung festgestellten Eigenschaften besitzt, soll sich ganz ruhig dem Gewerbe zuwenden, soll Handwerker werden und nicht fürchten, deshalb in seiner sozialen Stellung deklassiert zu werden. Es wäre sehr gut, wenn unser Handwerk durch die Zuflutung aus diesen Kreisen vergeistigt würde. Es würde gar nicht schaden, wenn jemand, der Latein und Griechisch kann, Kunstschüler würde. Ich habe vor einigen Monaten in der reichsdeutschen Presse gelesen, daß ein Lehrer nach zwanzigjähriger Tätigkeit das Katheder ruhig verlassen und sich der Tischlerei zugewandt hat, und heute ist er, wie ich höre, ein zufriedener, glücklicher Mensch, wozu er es in den 20 Jahren seiner Lehrtätigkeit nicht gebracht hat. Diese Zuwanderung hochwertiger, gebildeter, durchgebildeter Menschen würde auch die soziale Kluft bedeutend schließen. Ich habe bei der Besichtigung der herrlichen Erzeugnisse, namentlich des Kunstgewerbes, im Gewerbeförderungsamte mir gedacht, daß doch eigentlich zur Herstellung solch hoch qualifizierter Arbeit mindestens ebenso viel Intelligenz notwendig ist, wie für manche Arbeit — sagen wir — in den bescheidenen kleineren Beamtenkreisen. Man sollte hier sozial umdenken, es sollten sich auch tüchtige Kräfte mit Liebe und Lust unserem Handwerk zuwenden. Das wäre dann eine Angelegenheit — vielleicht die letzte Angelegenheit — der Gewerbe-förderung, die wirklich in die Tiefe greifen würde, und damit, hohes Haus, erlaube ich mir zu schließen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt. (Nach einer Pause.) Der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt ist im Hause nicht anwesend und verliert das Wort.

Es gelangt der Herr Abgeordnete Bösch zum Wort.

Abgeordneter Bösch: Hohes Haus! Wenn ich es nicht übernommen hätte, einige Worte zu diesem Kapitel zu sprechen, so würde ich wirklich in so vorgerückter Stunde auf das Wort verzichten. Verzeihen Sie mir darum, wenn ich doch Ihre Aufmerksamkeit einige Minuten in Anspruch nehme.

Zunächst muß ich in Vertretung des Gewerbebestandes einiges über das Gewerbe sagen. Es ist allbekannt, daß der Gewerbebestand mit zu jenen Ständen gehört, die an den Kriegsnachwehen zu leiden haben. Es muß leider festgestellt werden,

daß der Gewerbebestand bei den Behörden zu wenig Beachtung findet. Denn es kommen Gesetzentwürfe in das Haus und zur Behandlung, von denen der Gewerbetreibende gar nichts weiß, bis er auf einmal von der vollendeten Tatsache steht, daß etwas Gesetz geworden ist, daß seine Interessen besonders berührt, ihnen aber nicht immer dient. Wenn andere Organisationen bei der Schaffung von Gesetzen zu Rate gezogen und gehört werden, erwartet der Gewerbe-stand, der zwar allerdings nicht so gut organisiert ist wie manch anderer Stand, daß auch er, beziehungsweise seine bestehenden Organisationen gehört werden.

Der Gewerbebestand fordert dringend, daß das Genossenschaftswesen einer Reform unterzogen werde. Es soll endlich das nicht haltbare Institut der Kollektingenossenschaften verschwinden und an ihre Stelle sollen die Fachgenossenschaften treten. Weiter soll es möglich sein, daß die Fachgenossenschaften eines großen Gebietes, zum Beispiel eines Landes, sich zu einer großen Körperschaft, gewissermaßen zu einem Landesverband aller Fachgenossenschaften zusammenschließen. Auch die Rohstoff- und Einkaufsgenossenschaften erfordern dringend die Beachtung der Behörde.

Über Gewerbe-förderung hat ja mein Herr Vorredner, Parteigenosse Zeidler, sehr ausführlich gesprochen; ich brauche also darüber nichts mehr zu sagen. Ich will nur die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß bereits Bedeutendes geschehen ist. Die Gewerbe-förderungsinstitute haben Mittel zugesichert erhalten, die sie in die Lage versetzen, ihre nutzbringende Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Über das gewerbliche Fortbildungsschulwesen kann ich mich auch nicht mehr äußern, so sehr es notwendig wäre, auch diese Schulen einer eingehenden Würdigung der Behörden zu empfehlen.

Aber etwas muß ich noch über das Verhältnis der Gewerbetreibenden zu den Behörden sagen. Wenn Sie mit Gewerbetreibenden zu ammenkommen, so hören Sie nichts als Klagen und Klagen. Immer klagt der Gewerbetreibende über die leidige Tatsache, daß Eingaben, Beschwerden, Gesuche, Bitten, die er an die Behörde richtet, oft jahrelang auf die Erledigung warten. Ich selbst habe vor einiger Zeit eine Eingabe urgiert, die im Jahre 1915 an das Finanzamt gelangt ist — sie ist heute noch nicht erledigt. Und solcher Fälle könnten wir ja viele aufzeigen. Besonders schwierig gestaltet sich aber der Verkehr der Gewerbetreibenden mit der Steuerbehörde. Umständlich und zeitraubend ist die Art der Steuerkassion. Ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß der Bauer nicht weiß, wie er satieren soll. Dasselbe gilt auch vom Gewerbetreibenden; er weiß tatsächlich vor lauter Tabellen, Abzügen, Anmerkungen usw. nicht, wie er seine Kassion zu machen hat. Weiters ist es ein großer Übelstand — und es ist damit

auch die Dringlichkeit der Verwaltungsreform begründet —, daß der Gewerbetreibende wegen jeder Bagatelle zur obersten Behörde gehen muß.

Ich könnte Ihnen da Fälle erzählen von Refusen, von Beauftragungen, die einfach haarsträubend sind und deutlich beweisen, daß es dringend notwendig wäre, daß endlich die Verwaltungsreform durchgeführt wird. Da ich aber das hohe Haus nicht länger in Anspruch nehmen will, kann ich darüber nicht weiter ausholen.

Ich muß weiter noch das eine sagen, daß die Gewerbetreibenden außerordentlich darüber klagen, daß sie infolge der sich überstürzenden Neuerungen und Vorschriften kaum imstande sind, sich von Woche zu Woche oder von 14 Tagen zu 14 Tagen den Tagtag ihrer Gehilfen auszurechnen. Da sind ungezählte Abzüge zu machen, Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterkammer, Gehilfenumlagen usw. usw., heute so, das nächste Mal anders. Der Gewerbetreibende frant sich in den Haaren und weiß nicht, wie er es machen soll. Stundenlanges Studium entzieht ihn der werktätigen Arbeit, weil alle diese Sachen so kompliziert sind. Und was ihm am meisten Unannehmlichkeiten macht, das sind die Bestimmungen, welche rückwirkende Kraft haben. So ist es ihm unmöglich, zu kalkulieren, und die Verhältnisse, die sich im bunten Wechsel überstürzen, machen ihn unsicher, daß er gegen das Preistreibergesetz verstoßen könnte. Und so kommt es nicht selten vor, daß der Gewerbetreibende, ohne daß er es eigentlich selbst merkt, zurückwirtschaftet. Er kann dann schließlich seine Rohstoffe und sein Inventar nicht mehr nachschaffen. Der Gewerbestand fühlt sich von oben und unten bedrückt, von oben durch die Bureaufkratie, die nicht notwendig wäre, durch die Umständlichkeit des Verkehrs mit den Behörden, und von unten durch die Arbeiterorganisationen. Diese greifen in seine Verhältnisse ein, sie bringen es zustande, daß zwischen Meister und Gesellen, zwischen Meister und Lehrling nicht mehr jenes familiäre Verhältnis herrscht, das zur gedeihlichen Entwicklung notwendig wäre. Die Organisation läßt nicht zu, daß der Meister, selbst wenn seine Gesellen damit einverstanden sind, über die Zeit hinaus arbeitet — zu Zeiten wie vor Weihnachten, oder wenn er Saisonarbeiten machen muß — darf er seine Werkstätte nicht eine Viertelstunde länger offen halten, sonst kommt er mit der Behörde in Konflikt. Seine Arbeiter wären einverstanden, aber die Organisation läßt es nicht zu, weil sie über den Achtstundentag mit unbegreiflicher Angstlichkeit strenge wacht. Wir sind auch nicht grundsätzliche Gegner des Achtstundentages, aber die Gewerbetreibenden meinen, es wäre nicht notwendig, daß man den Achtstundentag auch dann so streng und unbedingt fordert, wenn diejenigen, die das Recht auf ihn

haben, damit einverstanden sind, daß er ausnahmsweise nicht eingehalten wird.

Es wäre weiter zu erwähnen, daß das Gewerbe in verschiedener Beziehung schutzbedürftig ist. Lange schon warten die Gewerbetreibenden auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, sie erwarten ein Gesetz, daß das geistige Eigentum schützt: ein Musterchutzgesetz, sie erwarten ein Gesetz, das die Alters- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung beinhaltet — bis heute vergebens; dringend ist zu hoffen, daß all dies bald komme.

Auch in den Krankenkassen hat der Gewerbetreibende nicht jenen Einfluß, den er fordern muß.

Ich hätte noch darauf hinzuweisen, daß die Gewerbetreibenden an der Grenze unter besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten müssen. Es wäre dringend zu wünschen, daß ein Weg gefunden werden könnte, der es den Gewerbetreibenden ermöglicht, Waren, die im Inland nicht zu haben sind, aus dem Auslande zu beziehen und das ohne viele Umstände machen zu können. Es wäre vielleicht möglich, auch im Warenverkehr eine Zone zu schaffen, wie wir sie bei der Briefpost im Nahverkehre haben.

Ich muß mich vom Gewerbe wegwenden und will noch ein Wort über ein Gebiet verlieren, das von der Behörde leider nicht in entsprechendem Maße beachtet wird. Es ist das unsere Industrie, insbesondere unsere Borarlberger Stickerindustrie. Sie beschäftigt den Hauptteil der Bewohner des Landes und ich kann Ihnen ihre Bedeutung für das Land und den Staat am allerbesten dadurch zum Ausdruck bringen, daß ich Ihnen sage: Unsere Industrie ist imstande, obwohl sie sich nur über das kleine Land Borarlberg erstreckt, eine Ausfuhrziffer von 50 Millionen Schweizer Franken zu erzielen. Es ist eine Exportindustrie und muß es sein, denn der Inlandsmarkt kommt als Verbraucher nicht in entsprechendem Maße in Betracht, weil er nicht aufnahmefähig genug ist. Wien ist als Abnehmer und Handelsplatz heute leider nicht solid genug, der Zwischenhandel liegt vielfach in zu schlechten Händen. Die Stickerei muß sich daher den Weg in die Welt suchen und sie will das und kann das mit eigenen Fachleuten tun, sie braucht dazu nicht den polnischen Juden und nicht den Wiener Juden. Aber gerade das scheint der Umstand zu sein, warum ihr die notwendige Unterstützung nicht zuteil wird. Der Einspruch der Wiener und polnischen Juden scheint es zustande zu bringen, daß sie mißachtet wird, obwohl sie die vorher erwähnte Bedeutung hat.

Beweis für ihre Mißachtung ist der Umstand, daß mit der Tschecho-Slowakei, mit Jugoslawien und Rumänien in leger Zeit Handelsübereinkommen getroffen wurden, in welchen ganz auffallend einseitig nur die Interessen der Wiener Händler berücksichtigt

2744 77. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 15. Dezember 1921.

und keine Rücksichten auf die Interessen der Erzeuger von Stickereien genommen wurden. Die Transfyllager in Wien, die also aus dem Auslande stammen und in Händen von Juden sind, können auf Grund dieser Verträge hinaus, sie können das Kontingent der Ausfuhr füllen und die Erzeuger haben das Nachsehen.

Das muß anders werden. Die Behörde muß dazu kommen, den Export zu fördern, alle aufnahmefähigen Länder müssen für unsere Stickereien unter den gleichen Bedingungen offenstehen, wie sie für die einzige Konkurrentin, für die Schweiz offenstehen. Dieses Ziel muß erreicht werden und das kann nur der Fall sein, wenn die Behörde die Industrie mehr unterstützt. Hier erwächst unseren Handelsvertretern im Ausland eine bedeutende Aufgabe. Aber leider muß ich wieder sagen: Unsere exportfördernde Tätigkeit ist unzulänglich. Beweis dafür folgendes: Spanien ist ein Land, das für Stickereien in großem Maße in Betracht kommt. Nach Spanien sind in letzter Zeit viel Waren ausgeführt worden, die Industrie war froh, dieses gute, aufnahmefähige Gebiet gewonnen zu haben. Nun gelang es den Schweizer Konkurrenten, nach und nach der spanischen Regierung förmlich die Auffassung zu suggerieren, daß es notwendig sei, für Waren aus valutastarken Ländern, aus Deutschland und Österreich, Valutazuschläge einzuheben. Spanien hat es getan. Unsere Industrie mußte kaum etwas davon, und als sie sich an die Wiener Regierung um Hilfe wandte, da konnte diese ihr die Unterstützung nicht in dem Maße gewähren, wie es zum Bestande der Industrie notwendig gewesen wäre. Die Valutazuschläge bestehen und die Folge davon ist, daß Borsarlberg und unsere Industrie nicht mehr nach Spanien ausführen kann, daß der spanische Markt von den Schweizern bedient wird und unsere Industrie der Arbeitslosigkeit zu verfallen droht. Diese Art der Exportförderung ist gewiß nicht ausreichend. Ich muß allerdings anerkennen, daß einzelne Beamte des Handelsministeriums und des Ministeriums für Äußeres ihr Möglichstes tun, der Industrie zu Hilfe zu kommen. Aber das allein genügt nicht; uns scheint das System verfehlt, weil es uns nicht ermöglicht, die Exportförderung fruchtbringend zu betreiben. Und wenn die Exportförderung nicht gelingt, dann kommt die Arbeitslosigkeit in der Industrie, und wenn Arbeitslosigkeit herrscht, dann fallen dem Staate Lasten zu, die wir ihm nicht aufbürden möchten. Es entgehen ihm auch eine Menge Steuern.

Eines möchte ich noch erwähnen, was auch beweist, wie wenig die Industrie beachtet wird. Von Innsbruck nach Wien geht heute noch immer nur eine Telephonlinie, über die alle Gespräche aus Tirol, Borsarlberg und der Schweiz geleitet werden müssen. Es kann daher vorkommen, daß man drei

Tage lang auf eine Telephonverbindung mit Wien warten muß. Was das für den Industriellen und Gewerbetreibenden bedeutet in einer Zeit, wo die Krone in einem Tage vielleicht dreimal hinauf- oder hinuntergeht, können Sie sich leicht vorstellen. Daß diese Linie nicht ausgebaut wird, ist um so bedauerlicher, als die Regierung wiederholt dazu aufgefordert wurde und selbst zugeben muß, daß sich die Linie rentieren würde, denn bekanntlich werden die Auslandsgespräche in Auslandsvaluta berechnet. Aber es scheint fast, als ob unser Staat keine Auslandsvaluta brauchte. Uns Grenzbewohnern ist es wenigstens unbegreiflich, wie das arme Österreich zuschauen kann, wie die Schweiz von den Automobilen bei der Grenzabfertigung zehn Franken verlangt, während unser armer Staat von dem mit hochwertiger Valuta ins Land kommenden Ausländer, vom Schweizer, ganze 50 K fordert. Da lacht sich der Fremde ins Fäustchen und wir machen uns tatsächlich vor dem Auslande nur lächerlich.

Über die Verhältnisse zu sprechen, welche die Valutareisenden in unserem Grenzlande hervorrufen, wäre sehr anregend und ich würde es gerne tun. Ich darf es nicht, weil ich eingangs gesagt habe, ich wolle das Haus nicht lange aufhalten.

Ich komme zum Schlusse. Ich möchte den Vertreter des Handelsministeriums bitten, daß er für ein energisches Handeln frei von Bürokratismus und unter Berücksichtigung der Industriellen, gewerblichen und handelsreibenden Interessen Sorge. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Referenten verzichten auf das Schlußwort.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte die Damen und Herren, die Plätze einzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren, welche Kapitel 21 mit dem vom Ausschusse beschlossenen, in der Druckorte ziffermäßig angegebenen Änderungen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte die Damen und Herren, welche Kapitel 22 ebenfalls mit den vom Ausschusse beschlossenen Änderungen die Genehmigung erteilen wollen, sich zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschlüsse. Ich bitte mir zu erlauben, daß ich nur auf die Nummern in der Druckorte hinweise.

Die Entschlußsanträge 1 und 2 sind ohne Einspruch geblieben. Ich bitte die Damen und

Herrn, welche diese beiden Entschliessungen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Wir kommen zum Antrage 3. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Entschliessungsantrag annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Gegen die Entschliessungsanträge 4, 5, 6, 7, 8 ist keine Einwendung erhoben worden. Ich bitte die Damen und Herren, welche diese Anträge annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte die Damen und Herren, welche die Entschliessung Nummer 9 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Die Anträge 10 und 11 sind ohne Widerspruch geblieben. Ich bitte die Damen und Herren, welche die Punkte 10 und 11 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Wir kommen zu Antrag 12. Ich bitte die Damen und Herren, welche auch die Resolution 12 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte die Damen und Herren, welche den Entschliessungsantrag 13 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte nunmehr die Damen und Herren, welche Kapitel 23, „Bergwesen“, mit den in der gedruckten Zusammenstellung ersichtlichen ziffermäßigen Änderungen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte die Damen und Herren, welche die bei diesem Kapitel vom Finanzausschusse vorge schlagenen zwei Entschliessungen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche das Kapitel 24, „Bauten“, mit den vom Ausschusse beschlossenen, in der Druckform ersichtlichen ziffermäßigen Änderungen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die Entschliessungen 1 und 2 zu diesem Kapitel annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel 33, „Sozialisierung“, in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Ist gleichfalls angenommen.

Damit ist diese Gruppe der Spezialdebatte erledigt.

Ich breche die Verhandlung ab und schreite zum Schluß der Sitzung.

Die Vorlage der Bundesregierung über die Verwendung von Teilen der Gebärungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (662 der Beilagen) werde ich dem Justizauschusse zuweisen.

Es sind Zuschriften eingelangt, in denen die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung angekündigt wird. Ich ersuche um Vorlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Sever** (liest):

„Auf Grund der mir von der Bundesregierung erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Hintanhaltung einer Schmälerung der inländischen Steuerbemessungsgrundlagen (Steuer Sicherungsgesetz vom Jahre 1921) (663 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 15. Dezember 1921.

Der Bundesminister:

Gürtler.“

„Auf Grund der mir von der Bundesregierung erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ergänzung der Bestimmungen über die Voreinzahlung der direkten Steuern (zweites Steuervoreinzahlungsgesetz) (664 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 15. Dezember 1921.

Der Bundesminister:

Gürtler.“

„Auf Grund der mir von der Bundesregierung erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über einige Abänderungen des IV. Hauptstückes des mit Kundmachung vom 13. Mai 1921, B. G. Bl. Nr. 275, wiederverlautbarten Personalsteuergesetzes (665 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 15. Dezember 1921.

Der Bundesminister:

Gürtler.“

2746

77. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 15. Dezember 1921.

Präsident: Ich werde diese Vorlagen, falls gegen meinen Antrag keine Einsprache erhoben wird, dem Finanz- und Budgetausschuß zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Es wird kein Widerspruch erhoben, die Zuweisung ist erfolgt.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 16. Dezember, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag der Abgeordneten Rudel-Zeynek, Dr. Resch, Johann Gürtler und Genossen (560 der Beilagen), betreffend die Erhöhung des Zuschusses zu den Unterhaltsbeiträgen, und über den Antrag der Abgeordneten Probst, Sever und Genossen (590 der Beilagen) auf Erhöhung der Unterhaltsbeiträge (652 der Beilagen).

2. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag der Abgeordneten Rudel-Zeynek, Schlesinger, Stradal und Genossen (615 der Beilagen), betreffend Zuschüsse aus Bundesmitteln zur Aufbesserung der Besoldung der privaten Fürsorger und Fürsorgerinnen (653 der Beilagen).

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Bundes-

regierung (643 der Beilagen), betreffend die Erhöhung der Teuerungszulagen zu Unfallrenten (654 der Beilagen).

4. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag der Abgeordneten Zwanzger, Baumgärtel, Muchitsch, Schlager und Genossen (513 der Beilagen), betreffend die Regelung der Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbruderladen (655 der Beilagen).

5. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag der Abgeordneten Pich, Allina, Baumgärtel, Smittka und Genossen (608 der Beilagen) auf Abänderung der VII. Novelle zum Krankenversicherungsgesetz (660 der Beilagen).

6. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 (628 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist daher genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr 10 Minuten abends.